

# Siegbert Alber

„UM GRÖßERE SEKTIEREREIEN  
ZU VERHINDERN, WAR DIE  
INTERNATIONALE ZUSAMMEN-  
ARBEIT SICHER WICHTIG“



Siegbert Alber, geboren am 27. Juli 1936 in Hechingen, 1955–1960 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Wien, Paris, Tübingen und Hamburg, 1965 Eintritt in die CDU, 1968/69 Referent der CDU-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag, Kreis-, Bezirks- und Landesvorsitzender der JU, 1971–1980 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Stuttgart, 1969–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und des Europarats, 1977–1980 Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), 1977–1997 Mitglied des EP, 1982–1984 stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, 1984–1992 Vizepräsident des EP, Mitglied der Paneuropa-Union (PU) und zeitweilig deren Präsident, 1997–2003 Generalanwalt am EuGH, Honorarprofessur am Europa-Institut der Universität des Saarlandes.

Das Interview fand am 17. und 18. März 2011 in Hildesheim statt und wurde geführt von Michael Gehler, Marcus Gonschor und Hinnerk Meyer.

*Wir dürfen ganz herzlich Herrn Prof. Siegbert Alber begrüßen und Dank sagen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um zu uns zu kommen. Wir beginnen unsere Zeitzeugengespräche immer mit der Frage nach dem biographischen Hintergrund und der Sozialisation. Sie wurden 1936 in Hechingen geboren. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Schulzeit sagen?*

Hechingen liegt in Hohenzollern. Ich war später immer wohlgefiten, sowohl von den Württembergern als auch von den Südbadenern, weil ich weder das eine noch das andere war, denn Hechingen liegt genau in der Mitte dieser beiden Regionen und Hohenzollern war preußisch. Mein Vater war Bankkaufmann, meine Mutter Hausfrau – es waren nor-

male Verhältnisse. Als ich älter wurde, erlebte ich schon bewusst das Ende der Kriegszeit. Deshalb kann ich mich noch an Dinge erinnern, an die man sich in dem Alter wahrscheinlich nicht ohne Weiteres erinnern würde: an die Bomberangriffe auf Stuttgart. Wir waren zwar weit weg von dort, aber als Kind merkte man das nicht. Die Bomberflotten flogen alle über Hechingen ein, weil die Burg Hohenzollern ein Markierungspunkt für die Alliierten war. Meine Mutter kam vom Bodensee. Sie entstammte ursprünglich einer Schweizer Familie, wurde aber in Deutschland geboren. Wenn wir am Bodensee waren, erlebten wir auch die Bomberangriffe auf Friedrichshafen – zwar aus sicherer Entfernung, wenn wir aber tags darauf dorthin fuhren, konnten wir die Trümmer sehen. Damals hat mich sehr beeindruckt, dass das Schweizer Ufer des Sees nachts immer hell beleuchtet war, während das deutsche im Dunkeln lag. Das sind Eindrücke, die bleiben. Was mich auch sehr geprägt hat – ich könnte das Bild noch malen: Ich war damals etwa acht Jahre alt, als wir spielende Kinder auf eine Wiese gekommen sind, wo zwei Erschossene lagen. Es waren geflüchtete KZ-Häftlinge. Der eine hatte noch ein Marmeladenglas, das er irgendwo aufgegabelt hatte, unter dem Arm. Sie wurden von einem SS-Mann überrascht, erschossen und an dieser Stelle eingegraben. Der SS-Mann stand dann rauchend daneben. Solche Schreckensbilder prägen einen natürlich.

Die Schulzeit war normal. Einmal wurde über Hechingen ein Bomber abgeschossen, der nach dem Angriff auf Stuttgart auf dem Heimflug war. Die Lehrerin schickte alle Schüler in ihrer Panik heim, anstatt in den Keller der Schule. Wir rannten wild herum, während die Flugzeugteile des Bombers, Propeller und dergleichen, um uns herum auf den Boden fielen. Es wurde zu einem bleibenden Eindruck, dass damals niemand getroffen wurde. Ich kann nicht sagen, dass diese Erlebnisse die direkte Ausgangslage für mein späteres europäisches Engagement bildeten, aber mittelbar sicher. Bei Kriegsende war ich neun Jahre alt. Wir hatten Einquartierungen fremder Soldaten bei uns zuhause, zunächst Marokkaner. Das waren ganz wilde Gesellen. Meine Schwester war weißblond, was diese Soldaten niemals zuvor gesehen hatten. Jeder wollte meiner Schwester eine Locke abschneiden. Damals hatten wir schon eine elektrische Klingel und Türöffnung, was für diese „Halbwilden“ faszinierend war. Sie haben stundenlang Schlange gestanden und immer wieder die Klingel gedrückt – und wir mussten dann aufmachen. Nachher kam eine französische Offiziersfamilie in unser Haus. Er war Marineoffizier – der erste, den ich überhaupt je in Süddeutschland gesehen hatte. Ich war beeindruckt. Die Familie brachte einen

Buben mit, der genauso alt war wie ich. Vom ersten Tag an waren wir Freunde, obwohl das damals nicht erlaubt war. Es gab ja noch keine Reconciliation. Die Familie nahm mich unter anderem auch mit ins französische Offizierskasino – allerdings mit der Auflage, ja nicht den Mund aufzumachen, um als Deutscher aufzufallen. Ich war dadurch der bravste „Franzosenjunge“, den es je gab. Ich habe kein Wort gesagt. Als ich später Offizier der französischen Ehrenlegion wurde, erwähnte ich diesen Vorfall und meinte: So still war ich nur noch einmal in meinem Leben – im mündlichen Staatsexamen.

Das waren Dinge, die einen zumindest mittelbar prägen. Während der Schulzeit habe ich schon begonnen, mich finanziell auf das Studium vorzubereiten. Damals gab es ja noch kein Bafög. Man musste sogar Studiengebühren zahlen. Schon im Alter der Mittleren Reife begann ich deshalb als Schlossführer auf der Burg Hohenzollern zu arbeiten. Ich war jedes Wochenende dort und später auch während der Semesterferien. Die Arbeit auf der Burg Hohenzollern hat mich natürlich im Geschichtsbewusstsein beeinflusst: Die preußische Geschichte musste man „intus“ haben. Somit war es für mich klar, dass ich auch einmal in Berlin studieren werde. Da ich aber mehr noch ins Heilige Römische Reich Deutscher Nation „verliebt“ war, bedeutete es, dass Berlin als Studienort nicht ausreichte. Wien musste zum Ausgleich hinzukommen. Die Zeit mit der französischen Familie und dem Französisch in der Schule waren für mich Anlässe, später auch in Paris zu studieren. An die Diktatur, den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg habe ich viele negative Erinnerungen, auch wenn wir nicht direkt betroffen waren. Im Unterbewusstsein bleiben solche Erinnerungen aber haften.

*Ihre Studienorte Berlin, Wien und Paris haben Sie schon erwähnt. Außerdem waren Sie zwischen 1955 und 1960 während Ihres Studiums der Rechtswissenschaften noch in Tübingen und Hamburg. Gab es für Sie zu dieser Zeit prägende Persönlichkeiten oder Lehrer, die Ihnen in besonderer Erinnerung geblieben sind?*

Ich möchte vorab noch etwas zu den Studienorten sagen, weil es aus heutiger Sicht eher unüblich ist, an so vielen Orten zu studieren. Wie ich erwähnte, habe ich mein Studium ja selbst finanziert und musste deshalb in jeden Semesterferien arbeiten. Während meine Kommilitonen in den Städten, in denen ich später studierte, Urlaub machten, habe ich gearbeitet. Aber um eine Stadt näher kennenzulernen, ist es viel besser, wenn man dort berufstätig ist und am Ende des Monats

kein Geld mehr hat. Ich würde diese Erfahrung nicht missen wollen. Für das Examen war es zwar nicht gerade positiv, aber für die Lebenserfahrung allemal. Paris war eine Ausnahme. Als ich 1956 zum Studium dorthin kam, waren kaum Ausländer bzw. Deutsche dort. Wir wurden unter den DOM-TOM-*(Départements et Territoires d'outre-mer)* Studierenden geführt. Paris, diese Weltstadt, war ein Erlebnis. Vor allem da ich vorher in Berlin war und eine noch immer teilweise zerstörte Stadt erlebt hatte.

An prägenden Lehrern aus dieser Zeit sind mir der in Tübingen lehrende Staatsrechtler Günter Dürig<sup>138</sup> und der Ordinarius für Öffentliches Recht Otto Bachof<sup>139</sup> sowie der Mitherausgeber des „Kommentars Strafrecht Schönke-Schröder“<sup>140</sup> Horst Schröder in Erinnerung. In Wien hat mich der Völkerrechtler Alfred Verdroß-Droßberg<sup>141</sup> sehr beeindruckt. Hans Dölle<sup>142</sup> und Konrad Zweigert<sup>143</sup>, die Direktoren vom Hamburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, haben mich während meiner Zeit in der Hansestadt geprägt. Etwa 20 Jahre später war ich für einige Jahre stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums an diesem Institut, wo sich der Kreis dann wieder schloss. Ich habe einige der damaligen Koryphäen erlebt. Bei Hans Feine,<sup>144</sup> einem Rechtshistoriker, der nicht so bekannt war, habe ich – weil ich kein großes Lateinum hatte – in Rechtsgeschichte Scheine gemacht. Die Teile in Latein habe ich mir von meiner früheren Lateinlehrerin übersetzen lassen. Ich hab mich sehr gefreut, dass ich dann von Feine für die Übersetzung nur ein „noch ausreichend“ bekommen habe, obwohl es eine Lateinlehrerin übersetzt hatte. Meinen Lateinmangel habe ich

138 | Günter Dürig (1920–1996), deutscher Rechtswissenschaftler, Professor an der Universität Tübingen.

139 | Otto Bachof (1914–2006), deutscher Rechtswissenschaftler, Professor an der Universität Tübingen.

140 | Adolf Schönke/Horst Schröder: *Strafgesetzbuch. Kommentar.* München 282010.

141 | Alfred Verdroß-Droßberg (1890–1980), österreichischer Völkerrechtler, 1924–1960 Professor an der Universität Wien, 1958–1977 Richter beim EGMR.

142 | Hans Dölle (1893–1980), deutscher Rechtswissenschaftler, 1946–1956 Universität Tübingen, Direktor des Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht.

143 | Konrad Zweigert (1911–1996), deutscher Rechtswissenschaftler, 1948–1956 Professor an der Universität Tübingen, 1963–1979 Direktor des Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht.

144 | Hans Feine (1890–1965), deutscher Rechtswissenschaftler, 1931–1945 und 1955–1958 Professor an der Universität Tübingen.

später dadurch ausgeglichen, dass ich eine Lateinlehrerin geheiratet habe.

*Können Sie Ihre angesprochenen Lehrer, Dürig, Schröder, Verdroß-Droßberg usw., noch etwas charakterisieren?*

In den ersten zehn Jahren nach dem Krieg gab es noch große Lücken, weil viele im Krieg geblieben und manche politisch auch sehr zurückhaltend waren. Über unseren ehemaligen Lehrer Walter Erbe,<sup>145</sup> der Landtagsabgeordneter der FDP war, haben wir immer gewitzelt, weil wegen seines politischen Engagements immer viele Stunden ausfielen. An das Erbrecht haben wir deshalb noch einen Paragraphen angefügt: Der Erbe haftet nicht für ausgefallene Stunden.

Die Dozenten an der Universität waren nach meiner Schulzeit andere Menschen als die Lehrer. Die große Freizügigkeit, die man an deutschen Universitäten hatte, war nicht immer nur positiv. Gerade wenn man nicht selber aus einem akademischen Haus kommt, ist die Gefahr größer, dass man sich verzettelt. Ich war ja auch noch ein Jahr in Cambridge, wo ich einen richtigen Schulbetrieb erlebte. Die Freiheit, so positiv wie ich sie heute sehe, ist letztlich nur akzeptabel, wenn man das notwendige Verantwortungsgefühl hat – das man mitunter als Student nicht so hat. Ich habe jetzt vornehm umschrieben, was ich mit dem Wort „Faulheit“ auch in einem Begriff hätte sagen können. Manche Professoren waren natürlich gerade in Jura ein bisschen langweilig: A, a, 1., 2. usw. Ich bin ehrlich gesagt erst später im Beruf aufgewacht. Mir war das Studium zu theoretisch. Nachher im Beruf, als ich Fälle hatte und konkret wusste, wie es läuft, war ich glücklicher, als zuvor mit den rein abstrakten Theorien. Der Tübinger Günter Dürig war während des Krieges Panzeroffizier, aber sehr friedensbewegt, weil er die Schrecknisse des Krieges miterleben musste. Während meines Studiums wurde gerade die sogenannte Wiederbewaffnung diskutiert. Ich erlebte, wie Dürig einem Studenten, der sich um ein Stipendium bemühte, obwohl er die Bedingungen bzw. die Noten dafür nicht erfüllt hatte, sagte: Ein Panzer kostet so und so viel Geld. Da wird man für Sie bestimmt auch noch ein paar Hundert DM aufbringen. Dürig hat eindeutig Farbe bekannt. Wieder andere waren natürlich äußerst zurückhaltend aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem Dritten Reich.

145 | Walter Erbe (1909–1967), deutscher Politiker der FDP, 1958–1961 Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung.

*Welche Erfahrungen haben Sie eigentlich in Paris, nur kurz nach dem Ende des Krieges machen können?*

Ich wurde als Exot bestaunt. Allerdings habe ich mich auch engagiert und Scheine gemacht, die die Franzosen vielleicht nicht ohne Weiteres selber gemacht hätten. Interessanterweise war das ja 1956, also noch vor Beginn der europäischen Einigung in Form der Römischen Verträge. Mir wurde das ganze Auslandsstudium anerkannt, während man später Probleme bekam. Vorher gab es die „mittelalterliche“ Einstellung, sich auch einmal im Ausland „umzusehen“. Es gab aber auch französische Professoren, die einen sehr, sehr kritisch beäugten. Ich kann mich an einen Elsässer namens Laufenburger<sup>146</sup> erinnern, der großen Wert darauf legte, dass sein Name ja französisch ausgesprochen wurde – und wehe wenn nicht! Die Franzosen waren natürlich nationalbewusster als die Deutschen. In England musste ich eine Robe, einen *gown*, tragen. Da ich schon ein Examen hatte, durfte ich einen *master gown* tragen. Als Student hatte man nicht allzu viel Geld, weshalb man ihn gebraucht kaufte. An dem *gown* hingen zwei Bänder, von denen ich aber nicht wusste, was sie bedeuteten. Sie hätten bedeutet, dass ich in Cambridge mein Examen abgelegt hätte. Da ich das aber nicht getan habe, hätte ich sie abschneiden müssen. Als Deutscher wusste ich das aber nicht und habe die Bänder schön zu einer großen Schlaufe zusammengebunden und war deswegen vom ersten Tag an bei den Professoren unten durch, weil sie dachten, dieser *bloody German* macht sich über unsere Traditionen lustig. Ich habe damals über diese englischen Traditionen gelächelt, aber auch hier muss ich inzwischen sagen: Im Nachhinein haben sie mich geprägt. Insofern kann ich jedem empfehlen, im Ausland zu studieren. Wien war natürlich etwas anders – allein schon durch die gleiche Sprache. Mein Zimmer hatte ich in einem Adelshaushalt gemietet. Von der alten Gräfin wurde ich manchmal auch eingeladen, was mir den Blick in eine andere Welt öffnete, obwohl ich sie von der Burg Hohenzollern her kannte – der preußische Adel war aber noch etwas abgehobener.

*Gestatten Sie, bevor wir zu den weiteren Fragen kommen, Ihnen noch eine Frage zu Ihrem Elternhaus zu stellen: Welchen Stellenwert hatte eigentlich Glaube und Religion in Ihrer Kindheit und Jugendzeit?*

146 | Henry Laufenburger (unbekannt).

Mein Vater war sehr christlich eingestellt. Unter seinen Geschwistern war er der katholischste. Meine Mutter war – vielleicht auch durch ihr Schweizer Erbe bedingt – etwas liberaler als mein Vater, der sehr engagiert war. Ich wurde später auch Ministrant. Als Schüler war ich frommer als heute.

*Gab es für Sie während Ihrer Schul- bzw. Studienzeit historische oder politische Vorbilder?*

Um ehrlich zu sein, als Vorbilder habe ich sie damals nicht gesehen – ich habe sie als Personen geschätzt. Das war natürlich einmal Adenauer, auch mittelbar bedingt durch meine Lateinlehrerin, die einst Privatsekretärin des späteren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Gebhard Müller<sup>147</sup> war. Sie war eine hundertfünfzigprozentige Adenaueranhängerin. Immer wenn wir kein Latein lernen wollten, hat einer hinten gegen Adenauer gewettert, woraufhin die Lehrerin den Unterricht unterbrach und wir von ihr über Adenauer aufgeklärt wurden, was er alles geleistet hätte. Ich war von seinen Leistungen beeindruckt. Ich muss aber gleich hinzufügen, dass mir an historischen Persönlichkeiten auch Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, imponierte. Er bewahrte Deutschland vor der kommunistischen Revolution, obwohl er ja Sozialist bzw. Sozialdemokrat war und viel ausstehen musste. Geschichte war an sich mein Lieblingsfach. Ich hätte es vielleicht auch studiert, wenn ich schon das große Lateinum gehabt und gewusst hätte, dass es für eine Hochschullaufbahn gereicht hätte – denn für die Schule wäre ich nicht geeignet gewesen, weil ich zu ungeduldig bin. Vor allem die mittelalterliche Geschichte hat mich immer fasziniert: Friedrich II. als Beispiel. Man kann ja sagen, dass er schon ein Europäer war. Friedrich der Große hat mich weniger beeindruckt. Er war zu preußisch und zu wenig deutsch – um es aus heutiger Sicht zu sagen.

*Vor allem war Friedrich der Große antiösterreichisch.*

Das auch, ja.

*Sie haben erwähnt, dass sie 1956 in Paris waren – vor der europäischen Einigung. Die Montanunion gab es ja schon. 1956 ereignete sich auch die Suezkrise, ein einschneidendes Erlebnis für die franzö-*

147 | Gebhard Müller (1900–1990), deutscher Politiker der CDU, 1953–1958 baden-württembergischer Ministerpräsident.

*sische politische Kultur. Was haben Sie eigentlich von der französischen Innen- und Außenpolitik mitbekommen – sofern man etwas mitbekommen konnte?*

Es war nur etwa zwei Jahre her, dass Frankreich sich aus Vietnam bzw. Indochina zurückgezogen hatte – Dien Bien Phu war das Stichwort. Die französische innenpolitische Situation habe ich hautnah erlebt. Ich wollte mit einer Studentengruppe nach Algerien gehen, was aber scheiterte, weil mich die linke Studentengruppe nicht mitnehmen wollte. Die Su-ekrise fiel mit dem Ungarnaufstand zusammen. Dadurch konnten sich Frankreich und England nicht so in Ungarn engagieren, wie es eigentlich nötig gewesen wäre. Sie waren festgenagelt. Das haben wir – auch die französischen Studenten – sehr bedauert. Wer mich auch sehr beschäftigte, war Ministerpräsident Georges Bidault, der über Algerien gestolpert war und fliehen musste. Dann kam de Gaulle, der Algerien aufgab. Bidault suchte in der Bundesrepublik bei Adenauer Schutz, wurde aber eiskalt fallengelassen. Ich kann das aus machtpolitischen Gründen schon verstehen – beschäftigt hat es mich damals dennoch. Die Studenten sehen ja manches anders als die offizielle Politik.

*Kurz zuvor, 1954, scheiterte mit der Absetzung des Themas EVG von der Tagesordnung im französischen Parlament das prestigeträchtige Projekt einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsallianz. Der Integrationsprozess galt als gescheitert. Welche Erinnerungen haben Sie an das Ereignis und die damit verbundene Stimmung?*

Die EVG wäre im Grunde eine Politische Union gewesen. Das Scheitern haben wir, die europäisch Interessierten und Engagierten, natürlich mehr als bedauert. Die Nichtbehandlung war ein Geschenk von Mendès-France<sup>148</sup> an die Sowjetunion – was nirgends so zu lesen ist. Die Sowjets haben durchblicken lassen, dass sie im Gegenzug für das Scheitern der EVG dafür sorgen würden, dass die Franzosen mit einem „blauen Auge“ aus Vietnam kommen würden. So wurde es intern kolportiert. Ob es stimmt, kann ich nicht sagen. Es ist aber zumindest sehr schlüssig. Die Russen hatten zwar keinen Gewinn davon, weil sie ja Deutschland und nicht Frankreich aus der EVG halten wollten, aber so kam Deutschland in die NATO. Andernfalls wäre Deutschland wohl kaum in

148 | Pierre Mendès-France (1907–1982), französischer Politiker der sozialistischen Partei, 1954/55 Ministerpräsident und Außenminister seines Landes.



die NATO gekommen. Bei uns wurde es nicht als Nullsummenspiel wahrgenommen, sondern sogar begrüßt. Wenn die Überlieferung, wonach das Scheitern der EVG der Teil eines Gegengeschäftes zwischen Paris und Moskau war, wahr ist, dann ist das Scheitern der EVG noch mehr zu bedauern. Mit dem Scheitern der EVG wurde Europa gelähmt. Erst durch Jacques Delors wurde die Hemmung später in den 1980er Jahren wieder behoben. In den 1950er Jahren schaltete man dann auf die NATO um.

*Stichwort: Deutsche Wiederbewaffnung*

Ich war davon nicht betroffen, weil ich zum letzten „weißen Jahrgang“ gehöre: Ich war zu jung für den Krieg und zu alt für die neue Bundeswehr. Insofern blieb ich davon unberührt. Natürlich hat man damals schon gestaunt, zumal ja gerade einige Politiker sich vehement dagegen ausgesprochen hatten. Selbst Franz Josef Strauß meinte, dass seine Hand abfaulen solle, wenn er wieder ein Gewehr in die Hand nehme. Im Nachhinein hat man es als sinnvoll eingestuft. Ich stand der Wiederbewaffnung als Nichtbetroffener sehr positiv gegenüber. Ein Klassenkamerad von mir hatte sich sofort nach Gründung der Bundeswehr freiwillig gemeldet, um Offizier zu werden. Er kam aber gleich wieder zurück, denn er hatte seine Erfahrungen mit den Unteroffizieren und Feldwebeln, die schon im Krieg gedient hatten, und dem entsprechenden Drill gemacht. Er war richtig schockiert vom alten Ton – das war noch nicht der Ton des neuen Bürgers in Uniform. Es ging damals nicht nur um die Wiederbewaffnung, sondern um die generelle Einstellung zur militärischen Seite.

*Der Begriff der Wiederbewaffnung ist interessant. Die Bundesrepublik ist ein Staat, der neu entstanden war, kann eigentlich nur bewaffnet werden und nicht wiederbewaffnet. Wie weit war auch das Traditionselement Wehrmacht – wertfrei gesehen – im Spiel?*

Was die Personen angeht, konnten nur ehemalige Wehrmachtsoldaten wieder anfangen. Ich hatte später einen Kollegen im Parlament, einen General, der deutlich erklärte, dass das Modell des Bürgers in Uniform vom Grafen Baudissin<sup>149</sup> von den alten Feldwebeln nicht gerne gehört wurde und einen großen Unterschied zur Wehrmacht bedeutete. Die

149 | Wolf von Baudissin (1907–1993), deutscher General und Militärtheoretiker, maßgeblich am Aufbau der Bundeswehr beteiligt.

Ehemaligen konnten mit Demokratie wenig anfangen. Die Wiederbewaffnung kann man ambivalent bewerten. Durch die Wiederbewaffnung entstanden immense Kosten und von dem Moment an war Deutschland finanziell nicht mehr so gut gestellt. Vorher hatte man ja nicht so viele Ausgaben. Was die generelle Frage nach der Wiederbewaffnung angeht, glaube ich, dass dies recht gut gelöst wurde. Mich selber hat das Thema nicht außerordentlich beschäftigt. So friedensbewegt waren die Leute damals auch nicht, weil man sah, was im Osten vor sich ging.

*Kommen wir noch einmal auf Ihre Studienzeit in Wien, im in Zonen aufgeteilten und besetzten Österreich, zurück. Welche Erfahrungen haben Sie dort machen können? Haben Sie vielleicht auch einmal eine Neutralität, wie sie Österreich seit 1955 hat, für Deutschland in Erwägung gezogen? Modell Österreich?*

Eine Neutralität Deutschlands wurde sicher diskutiert und wäre auch machbar gewesen. Ich glaube aber nicht an eine Wiedervereinigung, die 1953 im Zuge der sowjetischen Noten diskutiert wurde (Gustav Heinemann, Erhard Eppler,<sup>150</sup> usw.). Die Neutralität Deutschlands wäre möglich gewesen. Dann hätten wir aber zwischen allen Stühlen gesessen. Wir hätten außer der Neutralität nichts anbieten können, während durch die österreichische Neutralität das NATO-Gebiet durchbrochen wurde. Das war für die Russen interessant. Eine deutsche Neutralität hätte Moskau abgehakt, und wir hätten uns dadurch nur geschwächt. Insofern habe ich den deutschen Kurs für gut befunden. Die Österreicher haben durch geschickte Verhandlungen ihren Staatsvertrag erreicht. Erst dadurch sind sie zu einer Nation geworden, was auch beruhigend auf die Politik wirkte. Die Neutralität war ein Grundkonsens über die Parteien hinweg. Ich habe österreichische Politik zu meiner Studentenzeit nicht sonderlich verfolgt – es gab auch keinen Grund, weil es automatisch recht ordentlich lief.

*Als Historiker wissen wir, wie eng verzahnt die Adenauersche Politik der Wiederbewaffnung mit dem Koreaschock und -boom verbunden war. Wieweit haben Sie damals den Blick für die globalen Konfrontationsmuster gehabt? War Korea für Sie in den 1950er Jahren ein Thema?*

150 | Erhard Eppler (geb. 1926), deutscher Politiker der SPD, 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Nicht unter dem Gesichtspunkt eines globalen Musters. Es wurde unter einer gewollten Ausweitung des Kommunismus wahrgenommen. Aus heutiger Sicht kann man das mit dem Begriff „global“ in Zusammenhang bringen. Damals ging es nicht um Länder in Mittel- und Südamerika, die mitunter kommunistisch werden könnten. Korea und Vietnam nahm man unter dem Gesichtspunkt des sich ausbreitenden Kommunismus wahr, weshalb auch wir in Westdeutschland als potentielles Opfer direkt involviert waren.

*Sie haben gesagt, dass die europäische Einigung 1956 noch nicht so weit fortgeschritten war. Die OEEC mit dem Marshallplan, den Europarat und die Montanunion gab es schon vor den Römischen Verträgen. Welche Erinnerungen verbinden Sie mit der Montanunion und dem Zusammengehen von Schuman und Adenauer?*

Die Montanunion war eine Verpolitisierung der Kriegsindustrien. Die Gegner der EGKS argumentierten ja immer, dass diese Institution nur der Großindustrie, Kohle und Stahl, dienen würde. Nein! Es war die Kriegsindustrie! Das hat uns schon beeindruckt, wir haben es auch begriffen. Wenn man gerade die Kriegsindustrien vergemeinschaftet, ist das das größte und tragfähigste Fundament zur Garantie des Friedens. Der Gesichtspunkt der Versöhnung als Grundpfeiler eines Friedens hat uns, die noch das Gegenteil von Frieden erlebt haben, sehr beeindruckt. Zehn Jahre später, hat man das gar nicht mehr so gesehen. Den neu hinzugekommenen Ländern der EU geht es heute doch zumeist nur noch um Profit und Geld. Sie haben den eigentlichen Grundgedanken der Friedenssicherung durch Versöhnung nicht so mitbekommen. Für mich war die EGKS phänomenal, da man mit dem schwierigsten Thema begonnen hatte: der Vergemeinschaftung der Kriegsindustrien. Der Einstieg war grandios. Der Grundgedanke nahm damals Gestalt an, dass er bleibend wirken konnte.

*Sie haben erwähnt, dass Sie Konrad Adenauer schätzten. Wann sind Sie eigentlich der CDU beigetreten und was waren für Sie die ausschlaggebenden Motive?*

Politisch war ich immer interessiert, aber nicht engagiert. Als Student stand ich weder der CDU noch der SPD nahe. Damals war ich echt links eingestellt – wie junge Leute ja gerne sind, auch aus Gerechtigkeitsempfinden, was sicher positiv ist. Ich wollte erst einmal mein Examen machen und im Beruf sein, weshalb ich erst 1965 der CDU beigetreten

bin, nicht ahnend, dass ich für diese Partei nur vier Jahre später im Bundestag sitzen würde. Wer mitmachte, hatte jede Chance. Ich bin eigentlich durch Ludwig Erhard zur CDU gekommen, weil mir das Modell der sozialen Marktwirtschaft sehr eingeleuchtet hat, wobei ich besonders das Wort „sozial“ betone und bedaure, dass wir darin auch in der CDU einen Nachholbedarf haben. Ich bin deshalb auch Mitglied der CDU-Sozialausschüsse (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft) geworden, gehörte also zum linken Flügel der CDU – fast identisch mit dem rechten Flügel der SPD. Nachdem ich eingetreten war, begann ich mich zu engagieren und wurde im gleichen Jahr Kreisvorsitzender der JU in Stuttgart, später dann dort CDU-Kreisvorsitzender. Die Überlegung und Motivierung lag in der sozialen Marktwirtschaft.

*Können Sie Ludwig Erhard ein wenig charakterisieren, so wie Sie ihn erlebt haben bzw. wie er auf Sie gewirkt hat?*

Ich habe Ludwig Erhard zum ersten Mal im Bundestag näher kennengelernt. Im September 1969 war die Bundestagswahl und zwei Wochen später fand eine Schiffsfahrt auf dem Rhein mit allen neuen Abgeordneten statt. Ludwig Erhard saß mutterseelenallein auf dem Deck. Zwei Jahre vorher wäre man an diesen Mann gar nicht herangekommen. Das war eine Art Damaskuserlebnis für mich, wie ein Mann dieser Art nachher so geschnitten wurde. Er war natürlich als Kanzler schwach und nicht so durchsetzungsstark, vielleicht war er aber auch zu anständig. Als Person war Erhard sehr beeindruckend. Ich kann mich erinnern: Er hielt einmal in Tübingen einen Vortrag. Als er wieder abfuhr und aus dem Auto mit geöffneter Scheibe winkte, ergriffen Studenten seine Hand und hielten sie fest, so dass er fast aus dem fahrenden Auto gezogen worden wäre und einen Schrei losließ.

*Adenauer hatte gegenüber Erhard große Vorbehalte.*

Aus heutiger Sicht würde ich sagen zu Recht. Aus damaliger Sicht dachte man natürlich, dass Adenauer keinen Nachfolger wolle, der ihm möglicherweise das Wasser reicht. So hatte Adenauer ja damals auch Lübke zum Bundespräsidenten gemacht, obwohl er es selbst hätte werden sollen und können. Man hatte den Eindruck, Adenauer wollte keine starken Leute in seiner Entourage. Dass Adenauer aber auch sachliche Gründe hatte, sah man erst später ein. Es ist schade, weil Erhard auch eine beeindruckende Persönlichkeit war.

*Vielleicht gestatten Sie noch eine ergänzende Frage: Wie haben Sie Ludwig Erhards Europa-, USA- und Frankreich-Politik gesehen? Hat man damals wahrgenommen, dass er unterschiedliche Präferenzen hatte?*

Das hat man schon, denn damals ging es ja um die Streitfrage Atlantiker oder Gaullisten, wobei ich meine, dass diese Trennung übertrieben dargestellt wird. Es hat zwar bei den Außenpolitikern eine Rolle gespielt, aber in der Innenpolitik weniger. Man hat es als *l'art pour l'art* zur Kenntnis genommen. Gut, im Zuge der NATO hatte die Frage eine gewisse Dramatik, vor allem als die Franzosen dann aus dem militärischen Teil ausgestiegen sind. Dabei spielte es eine größere Rolle, dass Gerhard Schröder als Amerikafreund galt. Mein späterer Freund im Parlament, Hans Graf Huyn,<sup>151</sup> hat wegen Schröder im Zorn das AA verlassen, wurde dann Referent bei Franz Josef Strauß und war CSU-Bundestagsabgeordneter. In diesen Zirkeln war das schon eine Art Kampftema, aber nicht bei den Nicht-Außen- bzw. Verteidigungspolitikern. Die Frage der Ellipsentheorie spielte bei ihnen nicht die Rolle, wie es von den Medien berichtet wurde. Adenauer war ein eindeutiger Gaullist. Nachdem er mit den Engländern sowieso schlechte Erfahrungen gemacht hatte – er wurde ja als OB von Köln abgesetzt –, spielten mitunter auch persönliche Motive eine Rolle.

*Erhard hat sich öffentlich gegen die Römischen Verträge ausgesprochen. Das ist bemerkenswert, weil man wusste, wie wichtig diese Verträge für Adenauer gewesen sind. Erhard war kein Freund der kleinen kerneuropäischen Integration. Er hatte eine große Freihandelszone vor Augen. Ist Ihnen damals bewusst gewesen, dass es einen echten Gegensatz zwischen dem Bundeskanzler und dem AA auf der einen Seite und dem Wirtschaftsministerium unter Erhard auf der anderen gab?*

Man hat es zur Kenntnis, aber nicht ernst genommen, weil es damals noch nicht absehbar war, dass die Weltwirtschaft einmal ein so globales Gebilde werden würde. Man hat gesagt, dass es professorale Überlegungen seien, die stimmen oder auch nicht stimmen können. Insofern war es kein allgemeines Thema.

151 | Hans Graf Huyn (1930–2011), deutscher Diplomat und Politiker der CSU, außenpolitischer Berater von Franz Josef Strauß, 1976–1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.

*Sie haben das Jahr 1965 in Bezug auf Ihren Eintritt in die CDU angesprochen. Im selben Jahr gingen die NEI in der EUCD auf. Wann ist Ihnen eigentlich zum ersten Mal die Materie der christlich-demokratischen Parteienkooperation, ihr Gewicht und Wert bewusst geworden? Haben Sie deren Gründung erlebt bzw. war das überhaupt ein Thema für Sie?*

Zunächst hat man davon gehört, wusste aber nicht, was diese Einrichtungen sind – man war ja auch nicht so beteiligt. Direkt zur Kenntnis genommen habe ich die EUCD erst als Abgeordneter, weil ich ja dann unmittelbar damit befasst war. Solange man sich nicht so pointiert in der Politik engagiert hatte, stuft man die EUCD ein wenig verächtlich als eine Art Debattierklub ein. 1965 war das kein Thema für mich. Später hat die EUCD eine wichtige Rolle gespielt, als die Konservativen noch nicht in der EVP waren. In dem Moment als sie in die EVP kamen, hat die EUCD an Einfluss verloren. Das kann sich heute wieder ändern, weil die Konservativen ja wieder aus der EVP ausgetreten sind. Noch hat es sich nicht verfestigt.

Gerade bei den internationalen Begegnungen spielten auch persönliche Überlegungen eine Rolle. Adenauer habe ich schon erwähnt: seine Wut und Enttäuschung gegenüber den Engländern. Bei Schröder auf der anderen Seite muss man wissen, dass seine Familie nach dem Ersten Weltkrieg aus dem Saarland ausgewiesen wurde, also hatte er auch persönliche Vorbehalte gegen Frankreich. Solche Aspekte werden kaum in Rechnung gestellt, natürlich weil sie schwer zu beweisen sind. Dennoch spielen sie eine Rolle. Diese emotionalen Gesichtspunkte darf man nicht vergessen. Sie spielen natürlich bei den anderen eine nicht so große Rolle. Ich war ja dann ab 1969/70 im Europarat und schon als Mitbetroffener sehr engagiert. Obwohl ich – wie damals alle – ein nicht-direkt-gewähltes Mitglied war, sammelte ich meine Erfahrungen in diesen Kreisen. Da es keine geschlossenen Zirkel waren, konnte ich an allen Begegnungen teilnehmen. Damals war es interessant, zumal ich im Europarat die ersten Engländer kennengelernt hatte, die nachher auch im EP das Sagen hatten, u. a. Lord Duncan-Sandys,<sup>152</sup> Churchills Schwiegersohn. Wahrscheinlich hat er in Oxford studiert: Er

152 | *Duncan Sandys (1908–1987), britischer Politiker der konservativen Partei, 1947 Mitbegründer des United Europe Movement, seit 1974 Baron Duncan-Sandys.*

sprach auch sehr gut Deutsch. Als ich ihn einmal nach der Bedeutung eines englischen Wortes in einem Vortrag fragte, antwortete er: „He studied in Cambridge, but he learned nothing.“ Mit dieser Aussage hatte Sandys nicht ganz unrecht. Es war beeindruckend, all diese Leute der ersten Stunde hautnah mitzuerleben. Bei ihnen spielte der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit aus innerer Überzeugung eine Rolle.

*Dürfen wir Sie bitten, Duncan Sandys noch ein wenig zu charakterisieren?*

Er war natürlich ein Grand Seigneur, genauso wie Carlo Schmid oder Erich Mende, die zur gleichen Zeit im Europarat tätig waren. Es waren für mich beeindruckende Personen. Ich habe sehr bedauert, als bei der ersten Direktwahl die JU den Slogan „Auch dein Opa nach Europa“ geprägt hat. Diese alten Männer waren nicht nur beeindruckend, sondern sie brachten auch sehr viele Erfahrungen mit ein. Es ging ihnen nicht nur um eine neue Karriere, wie vielen jungen. Es ging ihnen auch nicht ums Geld, denn sie hatten schon gute Pensionen. Sie waren in die Politik verliebt und repräsentierten ihre Gedanken. Ich war am Anfang meiner Parlamentszeit im EP von vielen englischen Kollegen eingeladen, in ihren Wahlkreisen zu sprechen. Ich sollte zum Thema sprechen, warum ein Politiker das nationale Parlament verlässt, um ins Europäische zu gehen. Für einen Engländer war es nicht nachvollziehbar, Westminster zu verlassen. Umgekehrt ja, aber so nicht. Es gab eine andere Einstellung zu Europa. Die Engländer taten sich sehr schwer. Sie begannen zwar alle als Anti-Marketeer, nach einem Jahr hatten wir die englischen Kollegen aber überzeugt und sie waren pro Europa – natürlich immer sekundär gegenüber ihrer Heimat bzw. ihrem Heimatparlament. Das sah Lord Duncan-Sandys sicher anders. Er gehörte der englischen Oberschicht an, die schon immer international war – politisch und kulturell. Diese Einstellung bemerkte man.

*Richten wir unseren Fokus wieder zurück auf die transnationale Parteienkooperation. Wer waren Ihrem Wissen nach innerhalb der CDU bzw. innerhalb der europäischen Schwesterparteien die führenden Exponenten dieser europäischen Vernetzung?*

Aus Österreich fällt mir Alois Mock ein, der später lange Jahre sehr aktiv war. Auf deutscher Seite waren das Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Gerhard Schröder und Karl Theodor zu Guttenberg. Letzterer war mehr

auf Adenauers Seite. Den Franzosen Pierre Pflimlin<sup>153</sup> möchte ich erwähnen, dessen Vize ich lange Jahre im EP war. Eugen Gerstenmaier<sup>154</sup> und Erik Blumenfeld<sup>155</sup> waren positiv eingestellte Europapolitiker, auch Eduard Adorno,<sup>156</sup> ein späterer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Bruno Heck lässt sich anführen, auch wenn es nicht sein Spezialgebiet war. Ich würde sagen, dass es sicher mehrere waren, von denen aber nicht so bekannt war wie von den Gaullisten bzw. Atlantikern, zu welchem Lager sie gehörten. Man wusste zwar, wer wohin tendierte, es spielte aber keine so große Rolle, wie es im Nachhinein dargestellt wurde.

*Auch Kai-Uwe von Hassel war aktiv.*

Mit von Hassel war ich in der WEU. Auch als Verteidigungsminister war er beeindruckend. Er hat ja seinen eigenen Sohn bei einem Flugzeugabsturz eines „Starfighters“ verloren.

*Es bildeten sich Fraktionen in den verschiedenen europäischen Institutionen, angefangen mit der gemeinsamen Versammlung der Montanunion, natürlich im Rahmen des EP und in Form der Beratenden Versammlung des Europarates. Welchen Einfluss haben eigentlich die bestehenden europäischen Institutionen und Organe mit Blick auf die Kooperation bzw. die transnationalen Verbände?*

Das ist ein Punkt, den ich gerne ausweiten möchte: Sie haben die persönlichen Begegnungen nicht erwähnt, die ich für genauso wichtig halte, wie die institutionalisierten. Zum Letzteren kann ich nicht viel sagen, weil ich organisatorisch mit solchen Fragen nicht befasst war. In der Vorstufe der Aufnahme von Beziehungen von Parteien sind natürlich persönliche Begegnungen sehr wichtig. Diese haben naturgemäß über den Europarat verstärkter stattgefunden als über das Parlament, weil die späteren Mitgliedsparteien dort ja noch nicht vertreten waren. Ich

153 | Pierre Pflimlin (1907–2000), französischer Politiker des MRP, 1956–1959 Vorsitzender seiner Partei, 1958 Ministerpräsident seines Landes, 1984–1987 Präsident des EP.

154 | Eugen Gerstenmaier (1906–1986), deutscher Politiker der CDU, 1954–1969 Bundestagspräsident.

155 | Erik Blumenfeld (1915–1997), deutscher Politiker der CDU, 1961–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1973–1989 Mitglied des EP.

156 | Eduard Adorno (1920–2000), deutscher Politiker der CDU, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.



kann mich erinnern, dass ich einmal beauftragt wurde, nach Portugal zu fahren, um zu überprüfen, welche Parteien mit uns später zusammenarbeiten könnten. Bei Irland war es genau das Gleiche. Wir wussten nicht, welche Partei wir in die EVP aufnehmen sollten: die Fianna Fáil oder die Fine Gael. Wir haben kaum einen Unterschied im Programm feststellen können. Also haben wir uns dafür entschieden, die Partei aufzunehmen, die zuerst anfragte. So kamen wir zur Fine Gael, die ja lange in der Opposition war. Bei den Griechen war es wiederum ähnlich, auch wenn klar war, dass es die Nea Dimokratia (ND) würde. Die ersten Kontakte sind nicht nur über die Parteizentralen zustande gekommen, sondern mehr noch über persönliche Begegnungen, denn im Europarat hatte man ja für jedes Land einen entsprechenden Ansprechpartner. Man musste im Europarat Mitglied eines nationalen Parlaments sein. Dadurch hatte man dann bessere Einflussmöglichkeiten. Diesen Punkt darf man nicht unterschätzen. Persönliche Kontakte sind oft größere Wegbereiter als die akademische Frage nach Programmen, die in Frage kommen. Es lief eigentlich recht pragmatisch: Man hat sich gegenseitig besucht und eine Kooperation abgesprochen. So war es dann auch später mit den mittel- und osteuropäischen christlichen Parteien. Man wusste lange nicht, welche Partei in Frage käme. Ich war damals einer der Verbindungsmänner des Europarates nach Polen. Ich kann mich noch an Begegnungen mit den Gebrüdern Kaczyński<sup>157</sup> erinnern. Einmal war ich auch als Vertreter der deutschen CDU zu Gast bei den Wahlen in Guatemala. Diese persönlichen Kontakte fanden zumeist zeitlich vor einer institutionalisierten Zusammenarbeit statt und dienten als Grundlage.

Die später gebildeten politischen Gremien waren je nach politischer Bedeutung oftmals von ehemaligen Ministerpräsidenten und ähnlich hohen Persönlichkeiten besetzt, die natürlich sehr wertvolle Anregungen geben konnten. Im Zuge der Verselbstständigung der Kontakte der Regierungschefs ist die Bedeutung dieser internationalen Gremien etwas gesunken. Das kann sich aber wieder ändern. Wegen der gemeinsamen Mitgliedschaft in der EVP waren die Gremien auch nicht mehr so nötig.

157 | *Lech (1949–2010) und Jarosław Kaczyński (geb. 1949), Zwillingbrüder, polnische Politiker der Partei Recht und Gerechtigkeit; Lech Kaczyński, 2005–2010 polnischer Staatspräsident, Jarosław Kaczyński 2006–2007 polnischer Ministerpräsident.*

*Schlagen wir die Brücke einmal zurück nach Bonn. Zwischen 1969 und 1980 waren Sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Wie haben Sie die Europapolitik Kiesingers nach seiner Zeit im Bundestag erlebt? Welche Erinnerungen verbinden Sie mit ihm?*

Kiesinger war europapolitisch nicht so leicht einzuschätzen wie auch die Frage, ob er Atlantiker oder Gaullist war. Er war „flächendeckend“. Er hat ja nicht sehr lange regiert. Damals ging es primär nicht um die Entwicklung der Ostpolitik, die während seiner Kanzlerschaft nach außen keine Rolle spielte. Wohl aber wurde sie innerhalb von SPD und FDP intern und eigentlich geheim diskutiert. Diese Parteien haben die Ostpolitik hinter Kiesingers Rücken eingefädelt. Über den italienischen Abgeordneten Ludovico Montini,<sup>158</sup> dem Bruder von Papst Paul VI., haben sie international mit dem Vatikan und intern über die italienische KP Kontakte geknüpft. Der Kressbronner Kreis<sup>159</sup> spielte nie eine Rolle. Kiesinger wurden diese Aktivitäten verschwiegen. In der Tagespolitik ging es damals hauptsächlich um die Wirtschaftspolitik und zwar um die Frage der Aufwertung der DM, die 1969 wahlentscheidend war. Die Ostpolitik wurde erst nachher plakativ betrieben. Intern hat sie in den Parteien natürlich schon eine Rolle gespielt. Ich muss zu den italienischen Kommunisten sagen, dass man sie nicht in einen Topf mit den Ostkommunisten stecken konnte. Das waren in der Tat andere Leute. Die Frage der Europapolitik spielte damals nicht unbedingt eine große Rolle. Damals herrschte Lethargie.

*Wir wissen erst seit einigen Jahren, als sich Historiker mit dem Gipfel von Den Haag zu beschäftigen begannen, dass Willy Brandt keine unwesentliche Rolle für die eigentlich schon zweite „relance“-Phase – also noch vor Jacques Delors – Ende der 1960er Jahre spielte. Die Währungs- und Politische Union, die Aufnahme der Briten, Dänen, Iren – die Norweger scheiterten zwar – wurden ja schon diskutiert. Wie haben Sie die ausklingende Große Koalition erlebt? War Brandt für Sie als Europapolitiker wahrnehmbar?*

158 | Ludovico Montini (1896–1990), italienischer Politiker der DC.

159 | Bezeichnung für den Koalitionsausschuss von CDU/CSU und SPD, benannt nach der am Bodensee liegenden Gemeinde Kressbronn, in der Kurt Georg Kiesinger Urlaub machte. Vgl. dazu Stefan Marx (Bearb.): Die Protokolle des Koalitionsausschusses der ersten Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 63). Düsseldorf 2013.

Er war als solcher wahrnehmbar, aber es war nicht seine Priorität. Ich habe Willy Brandt erst nach der ersten Direktwahl des EP 1979 näher kennen gelernt. Damals hatten ja nur noch ganz wenige das Doppelmandat (von Bundestag und Europaparlament) – unter anderem Brandt und ich. Vor dieser Wahl musste man nationaler Abgeordneter sein, um ins EP zu gelangen. Wenn dann in Bonn Abstimmungen stattfanden, mussten wir dorthin kommen und wurden von Flugzeugen der Bundeswehr hin- und hergeflogen. Nach 1979, als nur noch wenige ein Doppelmandat hatten, gab es ein sogenanntes „pairings“-Abkommen. Es bedeutete, dass wenn man in Brüssel oder Straßburg war, aber der SPD-Kollege nicht, dann durfte dieser in Bonn eigentlich nicht abstimmen – und umgekehrt, damit die Mehrheitsverhältnisse nicht verzerrt würden. Mein „pairings“-Partner war aber Willy Brandt, der zu mir sagte: Kollege Alber, Sie müssen das verstehen. Ich rede für meine Partei und es würde niemand begreifen, wenn ich sitzen bliebe und nicht abstimmte. Also war ich gezwungen, jedes Mal eigenständig nach Bonn zu kommen, um an den Abstimmungen teilzunehmen. Dadurch hatte ich zu Willy Brandt etwas näheren Kontakt. Europa gegenüber war er positiv eingestellt – auch der Erweiterung gegenüber, weil auch skandinavische Länder in den Kreis rückten. Eine Priorität im klassischen Sinne aber war es nicht, weil für ihn – beratend durch Egon Bahr – die Ostpolitik im Vordergrund stand.

*Egon Bahr, mit dem wir auch ein Zeitzeugengespräch geführt haben, sagte, dass er einmal in Moskau mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko<sup>160</sup> über die politische Dimension Europas gesprochen habe. Bahr war sehr vorsichtig und meinte, dass dies noch 20 bis 30 Jahre dauern würde. Als Bahr nach Bonn zurückgekehrt war und Brandt von diesem Gespräch mit Gromyko – der schon zu antizipieren schien, dass Europa mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft sein solle und auch eine politische Dimension bekommen würde – berichtete, entgegnete der ihm: „Du Defätist!“ Aus Brandtscher Sicht hätte die Politische Union schon viel früher kommen sollen.<sup>161</sup> Das sprach*

160 | Andrej Gromyko (1909–1989), russischer Politiker der KPdSU, 1957–1985 Außenminister und 1985–1988 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Staatsoberhaupt seines Landes.

161 | Egon Bahr: Barack Obama – Chancen für eine Welt der Kooperation, in: Michael Gehler/Hinnerk Meyer (Hg.): Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I (Historische Europastudien 5). Hildesheim – Zürich – New York 2012, S. 176–184, hier S. 182.

*aus unserer Sicht dafür, dass Willy Brandt auch schon als nationaler Politiker und nicht erst später als Europaparlamentarier die politische Dimension Europas vor Augen hatte. Immerhin waren sowohl Brandt als auch Helmut Schmidt im Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa von Jean Monnet. Wie haben Sie dieses Aktionskomitee, das zwar nur bis Mitte der 1970er Jahre eine Rolle spielte, in Erinnerung? Damals waren Sie schon im Bundestag aktiv und haben die Europapolitik mitverfolgt.*

Man wird nicht fehlgehen, wenn man Jean Monnet europapolitisch auch als einen der Gründerväter betrachten würde und nicht nur Adenauer, Schuman und De Gasperi. Jean Monnet hatte schon während des Krieges, damals in Algier, positive Gedanken zu Europa entwickelt. Insofern kann man ihn als einen überzeugten sozialistischen Europäer einstufen. Ich würde bei Willy Brandt auch sagen, dass er die Vision hatte, wohingegen Egon Bahr eher national dachte. Seine Gegner warfen ihm oft vor, er sei ein vaterlandsloser Geselle – das war er bestimmt nicht. Ob er dann aber tatsächlich zur Wiedervereinigung so viel beigetragen hat, wie er dies nachträglich meint, steht auf einem anderen Blatt. Willy Brandt war sicher europäischer als Egon Bahr. Aber drängend war er sicher auch nicht. Das hat im Laufe der Jahre sowieso abgenommen. Ich kenne kaum einen Politiker, der in den 1970er und frühen 1980er Jahren noch Europa als Punkt eins auf seiner Tagesordnung hatte. Als die Engländer kamen, nahm Europa eine ganz andere Entwicklung. Erst Delors brachte Europa wieder voran.

*Wie haben Sie das Duo Schmidt-Giscard aus der Perspektive der CDU-Opposition erlebt?*

Giscard habe ich später, als er Mitglied des EP wurde, kennen gelernt. Ich glaube, Europa war für diese beiden nicht das wichtigste Thema. Von Schmidt soll die Aussage in Bezug auf europäische Visionen stammen, dass wer Visionen habe, einen Arzt aufsuchen solle. Schmidt und Giscard waren zu sehr Pragmatiker. Eine visionäre Triebkraft hatten sie nicht. Sie waren nicht gegen Europa, aber haben es abwartend hingenommen. So sehe ich das.

*Wie haben Sie die langen Jahre der Opposition der CDU von 1969 bis 1982 empfunden? Sie kommen ja zu dem Zeitpunkt in den Bundestag, als die CDU nach 20 Jahren Regierung auf die Oppositionsbank wechseln muss.*

Als ich ins Parlament kam, wechselte die Regierung und als ich in der Periode 1980 ausschied, kam die CDU in der nächsten Periode wieder an die Regierung. Deshalb hieß es immer: Wenn ich noch einmal für den Bundestag kandidiere, wechselt die CDU wieder in die Opposition. Es war natürlich doppelt frustrierend. Für die bisherigen CDU-Parlamentarier ohne Amt war es enttäuschend, da sie auf eine neue Position in der folgenden Legislaturperiode hofften. Für uns Neulinge bedeutete dies, dass es gar keine Chance gab, gleich eine Position zu erlangen. Wobei man natürlich auch sagen muss, dass Kiesinger 1969 kein schlechtes Wahlergebnis erzielt hatte: 46,1 Prozent – davon kann man heute nur träumen! Wir kamen in die Opposition, obwohl wir die stärkste Partei waren. Das hatte sich die CDU aber auch selbst zuzuschreiben, weil man die FDP durch die Ankündigung, das Wahlrecht zu ändern, verärgert hatte. Bei uns entstand der Eindruck, die FDP habe die Koalition mit Erhard verlassen, wodurch diese Situation zustande kam. Erich Mende erklärte uns in Straßburg aber später, dass die wahren Mörder Erhards eher in der CDU zu verorten seien, als bei den Liberalen. Im Zuge der Diskussion um die Änderung des Wahlrechts erkannte der alte Parteifuchs Herbert Wehner, dass er die FDP gewinnen könne, wenn man das Thema von der Tagesordnung absetze. Scheel<sup>162</sup> dankte es Wehner und so kam es zu dieser Koalition, die dann mit dem Thema Ostpolitik begründet wurde, was aber vorher im Wahlkampf nicht thematisiert wurde. So konnte man die neue Koalition aber legitimieren.

*Wie haben Sie die Kontroverse um die Ostverträge (Grundlagenvertrag, Moskauer und Warschauer Vertrag usw.) erlebt? Wie hat sich diese Thematik für Sie als Parlamentarier dargestellt? War es eine Fundamental- oder eine Scheinopposition seitens der CDU im Bundestag?*

Die SPD-Wahlprogramme hatten ursprünglich den Tenor, dass Breslau und Königsberg deutsche Städte seien. Das führte zu großen emotionalen Bewegungen. Wir waren zunächst der Meinung, man sollte die Ostverträge ablehnen. Auf der anderen Seite haben wir aber gesagt, dass wenn das Motiv einer guten Außenpolitik die Versöhnung sein soll, man der SPD auch entgegenkommen müsse. Ich persönlich habe eine merkwürdige, vielleicht schizophrene Haltung vertreten: Ich sagte da-

162 | Walter Scheel (geb. 1919), deutscher Politiker der FDP, 1969–1974 Außenminister, 1974–1979 Präsident seines Landes.

mals, dass ich am liebsten dem Polen-Vertrag zustimmen und die anderen Verträge ablehnen wollte. Ich hatte eine bestimmte Affinität zu Polen, wie ich sie auch zu Frankreich hatte. Wir haben dann gesagt, dass wir weder ablehnen noch zustimmen können, weshalb wir uns letztlich der Stimme enthalten haben. Damit war garantiert, dass die Verträge ratifiziert würden. Das Thema hat uns sehr beschäftigt, sowohl inhaltlich als auch emotional – aber weniger als Oppositionspartei. Wir wollten uns konstruktiv damit auseinandersetzen.

*Wie haben Sie die damalige Position von Franz Josef Strauß in Erinnerung, der öffentlich sehr profiliert auftrat?*

Über Strauß hat man zu dieser Zeit nur den Kopf geschüttelt. Später hat er Honecker noch Milliarden-Kredite vermittelt. Es gibt auch die Gnade des rechtzeitigen Todes. Strauß war immer ein Hardliner, auch argumentativ. Insofern war er überzeugend. Seine Ausdrucksweise würde heute wohl weniger überzeugend ankommen als damals. Wir haben ihn nicht als einen aufgefasst, der alles zu Fall bringen will.

*Strauß war grundsätzlich kein Gegner der Ostpolitik, wohl aber was die Methodik anging. Seine Devise lautete nicht „Wandel durch Annäherung“, sondern „Annäherung durch Wandel“. Kann man das sagen?*

Das kann man sicher sagen, wobei wir natürlich zuerst definieren müssen, was eigentlich „Wandel durch Annäherung“ ist. Für diese Formel gibt es verschiedene Interpretationen, wie auch für „Annäherung durch Wandel“. Unter „Wandel durch Annäherung“ haben wir damals verstanden, dass wir sozialistischer werden sollen: also erst Wandel, dann können wir uns annähern. Das hat man den Linken immer unterstellt. Um diese Argumentation zu Ende zu führen: Wir brauchen zunächst eine Definition, was wir unter diesen Formeln verstehen. Damals hat man nicht mehr einen reinen Ablehnungskurs der DDR gegenüber führen wollen, weil die Hallstein-Doktrin unterlaufen und damit obsolet wurde. Diese Realität hat man erkannt. Ich war später mit Hallstein noch eng zusammen.

*Wie haben Sie Walter Hallstein eigentlich persönlich erlebt? Wie würden Sie ihn charakterisieren?*

Hallstein war beeindruckend. Ein Vollblutpolitiker war er aber sicher nicht. Er war überzeugt und hat auch für seine Meinung gekämpft, aber

– ich will nicht sagen bürokratisch, das wäre zu abwertend – er kam doch eher aus dem Lager der Exekutive, wobei er natürlich schon diplomatisch gefuchst war.

*Sie haben die Oppositionszeit als sehr frustrierend beschrieben. Die 1970er Jahre gelten aus der Sicht mancher Soziologen und Historiker als das „sozialdemokratische Jahrzehnt“, wozu auch das Dreigestirn aus Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky beigetragen hat. Wie würden Sie das heute einschätzen? Hat das eine Rolle gespielt für die Opposition – im Sinne einer Herausforderung oder Provokation?*

Da die CDU seit ihrer Gründungszeit der sozialen Marktwirtschaft sehr verbunden war, ist es sicher nicht richtig, erst in den 1970er Jahren von einem sozialen Zeitalter zu sprechen, wie es einige tun. Zutreffend ist sicher, dass die CDU einerseits nicht mehr so engagiert für ihr eigenes Programm gekämpft hat und andererseits in den Medien die sozialpolitischen Aspekte dieser drei Genannten etwas übertrieben wurden. Kreisky habe ich persönlich kennen gelernt. Selbstverständlich will ich ihnen die sozialpolitische Betonung ihrer Politik nicht absprechen. Im Zuge der 1968er Revolte wurde die Zeit vorher aber – in meinen Augen – zu Unrecht so verteufelt. So reaktionär, wie es dargestellt wurde, war es vorher nicht. Da wird vieles verklärt in der Geschichte. Natürlich ist ein Sozialdemokrat kraft seines Herkommens dem Sozialen vielleicht mehr verpflichtet, als anderem. Es kam in den 1970er Jahren auch die grüne Bewegung hinzu, die nicht die Grünen erfunden haben. Sie haben es nur rechtzeitig erkannt. Andere Parteien, vor allem die CDU, haben es verschlafen.

*Welche Bedeutung hat Ihrer Erinnerung nach das Jahr 1968 allgemein mit Blick auf die deutsche Geschichte und speziell mit Blick auf die Notwendigkeit, sich international neu zu formieren und zu kooperieren?*

Die 1968er Bewegung hatte im Grunde mehrere Ursprungsmotivationen. Umwelt spielte damals keine große Rolle. Einer der Anknüpfungspunkte war die Notstandsgesetzgebung, was heute kaum noch gesehen wird. Dieses Thema hat die Bevölkerung entzweit. Ein echter Machiavellist hätte solche Gesetze überhaupt nicht initiiert, sondern einfach im Falle eines Falles durchgegriffen. Hinzu kam, dass diese junge Generation einen Vaterkomplex hatte, weil viele der Väter eben doch in den Nationalsozialismus involviert waren. Der Widerstand ge-

gen Hitler wurde erst nach dem Krieg von Tag zu Tag größer wie ein bekanntes Diktum ja schon sagt. Alle waren Widerstandskämpfer, obwohl sie engagiert waren. So hat man Konrad Adenauer ja auch vorgeworfen, dass er Hans Globke<sup>163</sup> als Staatssekretär beschäftigte. Auch in der DDR gab es einige ehemalige NS-Funktionäre, die hohe Positionen erreicht hatten. Man hätte ja nicht alle ausweisen oder einsperren können. Adenauer hat daher sicher zur inneren Versöhnung beigetragen, weil er erkannte, dass Nazis politisch keine Chance mehr hatten. Dennoch war es ein Aufhänger. Zudem drängte die junge Generation nach vorne, aber die Positionen waren besetzt. Da wird man revolutionär. Einen normalen Alterungsprozess der Gesellschaft mit dem Wegsterben der Älteren gab es nicht, weil viele im Krieg geblieben waren und viele Positionen schon von Jüngeren besetzt waren, die gerade einige Jahre älter waren als die Nachdrängenden. 1968 war multikausal und ist sicher eher soziologisch bzw. psychologisch zu erklären als politisch.

*Die Ursachen haben Sie sehr gut geschildert. Was waren die Wirkungen? Werden diese eher überschätzt und die Ursachen unterschätzt?*

Die Ursachen werden unterschätzt und häufig nicht gesehen. Die Wirkungen werden nicht überschätzt – die waren und sind groß. Ich kann mich noch an die Studenten und ihre Plakate mit den Slogans „Unter den Talaren, Muff von 1000 Jahren“ erinnern. Da wäre ich auch mitmarschiert. Die Hierarchien waren später im Formalen im Fallen, sind aber in der Praxis doch erhalten geblieben. Der Leistungsgedanke wurde etwa aufgeweicht und der Unterdrückungsgedanke von vorher überdimensioniert. Das waren Wirkungen, die geblieben sind.

*Den Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten haben wir schon gestreift. Worum ging es im Kern eigentlich?*

Der Hintergrund war die NATO. Damals ist Frankreich aus dem militärischen Teil ausgeschieden. Wäre Frankreich in der NATO geblieben, wäre es nicht zu diesem Konflikt bzw. der „merkwürdigen Beäugung“ des anderen gekommen. Ich würde die militärische Seite als den Hauptgesichtspunkt dieser Zersplitterung sehen.

163| Hans Globke (1898–1973), deutscher Jurist, 1953–1963 Chef des Bundeskanzleramts. Globke wurde wegen seiner Tätigkeit als Ministerialbeamter in der NS-Zeit kritisiert.



*Hatte dieser Streit auch konfessionelle Wurzeln?*

Das würde ich nicht sagen. Es war eher Zufall, dass die Atlantiker eher evangelisch und die Gaullisten eher katholisch waren. Darin sehe ich keine Kausalität und keinen Zusammenhang.

*Die Frage stellt sich auch vor dem Hintergrund, weil nur Adenauer persönlich von de Gaulle in Colombey-les-Deux-Églises empfangen wurde. Beide fühlten sich verbunden aufgrund der christlich-katholisch-abendländischen Philosophie. Ist das ein Ansatzpunkt, der auf die klare frankophone bzw. frankophile Position Adenauers hinweist?*

Wenn man die drei klassischen Gründerväter Schuman, Adenauer und De Gasperi in Bezug auf ihre Herkunft analysiert, war es Zufall, dass sie alle Katholiken waren. Entscheidend war aber, dass sie alle aus Grenzgebieten stammten. Robert Schuman wurde als Lothringer in Luxemburg geboren. De Gasperi saß noch im österreichisch-ungarischen Reichstag und Adenauer stammte aus dem Rheinland, das man auch als ein erweitertes Grenzgebiet sehen kann. Das waren alles Grenzümgebungen zu romanischen Gebieten. Das spielte eine weit größere Rolle, als der Wertehintergrund und eine noch weit größere Rolle als die religiöse Gemeinsamkeit. Sie wollten alle die trennenden Grenzen abschaffen. Amerika war weit weg. England hat sich nie als europäisches Land in diesem Sinne gesehen.

*Gestatten Sie noch eine letzte Rückfrage zum Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten: Ist er ausgegangen wie das Hornberger Schießen?*

In gewisser Weise ja. Es hat sich totgelaufen. Mit der These der Ellipse mit den zwei Brennpunkten Amerika und Europa hat sich der Konflikt erledigt.

*Welche Rolle spielte die Sowjetunion in diesem Streit?*

Sie gehörte nicht zum aktiven Inhalt, wurde aber als Bedrohung Europas wahrgenommen. Die Gründung Europas wird auch als Antwort auf das Expansionsstreben der Sowjets interpretiert. Insofern spielte sie mittelbar und ungewollt eine große Rolle als Triebfeder. Ein ehe-

maliger italienischer EG-Kommissar, Carlo Scarascia-Mugnozza,<sup>164</sup> sprach einmal von der beruhigenden Gewissheit des Kalten Krieges als einer Triebfeder für die europäische Integration.

*Wie stark würden Sie die Faktoren Kalter Krieg und Antikommunismus mit Blick auf die europäische Integration gewichten? Sie haben gesagt, dass die italienischen Kommunisten anders waren als die in Ungarn oder Polen. Mit Enrico Berlinguer<sup>165</sup> und dem sogenannten Eurokommunismus erfolgte eine Wende bei den westeuropäischen Kommunisten. Viele gaben sich nun betont pro-europäisch und befürworteten die europäische Integration bzw. die EWG. Wie ist das einzuschätzen?*

Die Italiener sind insgesamt anders. Die italienischen Faschisten waren auch anders als die Nationalsozialisten. Der Eurokommunismus war damals ein Schlagwort. Ich habe in meinen Vorträgen immer gesagt, dass wir zwar auch von einem Euroscheck sprechen, doch bleibe auch der Euroscheck ein Scheck. Man konnte nicht hinter die Fassade der Eurokommunisten sehen, nicht erkennen, was sie beabsichtigten. Adenauer sagte in seiner holzschnittartigen Art auch: Kommunismus ist Kommunismus. Die Eurokommunisten konnten letztlich selbst nicht definieren, was sie darunter verstanden. Dass sie pro-europäisch waren, mag sein. Aber das können auch andere sein. Das Feindbild war dadurch nicht aufgehoben.

*Das Feindbild Kommunismus war innenpolitisch bzw. innereuropäisch nicht aufgehoben, aber ein Ergebnis von 1968 war ja auch die Reaktion der westlichen Kommunisten auf den Panzerkommunismus in der Tschechoslowakei. Die französischen oder österreichischen Kommunisten grenzten sich von der Kommandozentrale in Moskau ab. Das war ein wichtiges Signal.*

In der Tat. Ich war damals sehr beeindruckt von Alexander Dubček<sup>166</sup> und später sehr angetan, dass ich ihn in meiner Funktion als Vizepräsi-

164 | Carlo Scarascia-Mugnozza (1920–2004), italienischer Politiker der DC, 1961–1972 Mitglied des EP, 1972–1973 EG-Kommissar für Landwirtschaft und Vizepräsident der Kommission, 1973–1977 EG-Kommissar für Angelegenheiten des Parlaments, Umweltpolitik und Verkehr und Vizepräsident der Kommission.

165 | Enrico Berlinguer (1922–1984), italienischer Politiker der KPI, 1972–1984 Generalsekretär seiner Partei.

166 | Alexander Dubček (1921–1992), tschechoslowakischer kommunistischer Politiker, führender Exponent des Prager Frühlings.

dent des EP begleiten und zum Flughafen bringen durfte. Ihm hat man das Ehrliche eines – sagen wir ruhig demokratischen – Kommunisten abgenommen. Aber man hatte mit einem Großteil der anderen seine Erfahrungen gemacht. Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling, sagt schon das bekannte Sprichwort.

*Kommen wir auf das Thema Parteienkooperation zurück: Welchen Stellenwert nahm die Parteienkooperation im Rahmen der Arbeit der Gesamtpartei ein? Trifft es zu, dass eine Partei in Opposition, z. B. die CDU ab 1969, ein größeres Interesse an einer „Parteiaußenpolitik“ hat, als eine Partei, die Regierungsverantwortung trägt?*

Ich würde das bejahen, weil man natürlich auf Ebene der Regierung keinen Kontakt mehr zu anderen Regierungen pflegen kann.

*War die EUCD eigentlich ein aus Ihrer bzw. Sicht der Parteiführung geeigneter Rahmen für den Austausch über bzw. die Akkordierung von Europapolitik?*

Hinter die Frage, ob die EUCD so prägend für die Gestaltung der Politik war, muss man sicher ein Fragezeichen setzen. Aber die gegenseitigen Begegnungen – vor allem weil in den Gremien nicht das „Fußvolk“ saß, sondern hohe Parteifunktionäre – waren zum Austausch sicher wichtig. Die EUCD aber als Gestaltungsgremium zu bezeichnen, halte ich für bedenklich. Das liegt sicherlich an den fehlenden Möglichkeiten dieser Institution.

*Wer waren aus Ihrer Sicht auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene die aktivsten Protagonisten bzw. Persönlichkeiten, die den Aufbau der transnationalen Parteienkooperation initiierten und vorantrieben?*

Leo Tindemans, Piet Bukman, Jacques Santer, Wilfried Martens und Gerold Tandler<sup>167</sup> würde ich auf jeden Fall nennen wollen. „Berufsbedingt“ waren natürlich vor allem die jeweiligen Parteivorsitzenden und Generalsekretäre aktive Protagonisten. Keiner war dezidiert anti-europäisch.

167 | Gerold Tandler (geb. 1936), deutscher Politiker der CSU, 1971–1978 Generalsekretär seiner Partei, 1978–1982 bayerischer Innenminister.

*Bevor wir weiter auf die anderen Europäer eingehen, bleiben wir bei den Deutschen und Österreichern. In Österreich zählen Josef Taus, Alois Mock, in Deutschland Helmut Kohl oder Franz Josef Strauß zu den führenden Politikern der transnationalen Parteienkooperation. Stimmt die Wahrnehmung seitens der Historiker, dass Strauß von der CSU eher die EDU, während Kohl von der CDU eher die EVP favorisierte?*

Das kann man sagen.

*Wie ist das zu erklären?*

Kohl ist ein typischer parlamentarisch orientierter Politiker. Er war deshalb auch mehr mit dem Parteienzusammenschluss verbunden. Strauß war eher breiter angelegt. Seine Parteiengruppierung spielte auf europäisch-internationaler Ebene auch keine allzu große Rolle. Da Strauß sich immer ein bisschen abheben wollte, hat er die EDU-Schiene befahren. Vielleicht hätte er es anders gemacht, wenn die CSU international stärkere Partner gehabt hätte.

*Sowohl Helmut Kohl als auch Franz Josef Strauß haben es sehr gerne gesehen, dass die ÖVP Teil dieser europäischen christdemokratischen Parteienfamilie wurde. EVP-Mitglied konnte sie ja noch nicht werden, da Österreich in den 1970er und 1980er Jahren noch kein EG-Mitglied war. Man hatte aber Interesse daran, dass die EDU in Österreich auf Schloss Kleßheim in Salzburg gegründet wird. Wie erklären Sie sich das?*

Österreich fühlte sich vielleicht als etwas kleineres Land nicht ernst genommen, wenn es ganz alleine blieb. Die Österreicher haben damit natürlich auch außenpolitisch Anschluss gesucht, da sie auf militärischem Gebiet wegen der Neutralität ihren Einfluss nicht hätten ausweiten können. Insofern war das eine ganz natürliche Überlegung, die man als positiv bezeichnen muss. Da die Österreicher ja von Haus aus – das ist sicher noch das k.u.k. Erbe – sehr international und multikulturell orientiert waren, war es sehr wohl verständlich, sich dort zu engagieren, wo die Neutralitätsklausel nicht zum Problem werden konnte.

*Wie haben Sie eigentlich die damaligen österreichischen Politiker erlebt? Josef Taus war eher ein Wirtschaftsmann, Alois Mock kam vom ÖAAB. Josef Klaus war zur Zeit Kiesingers österreichischer Bundeskanzler.*

Als ich im Europarat tätig war, bin ich immer von Stuttgart mit dem Zug nach Straßburg gefahren. In dem Zug saßen schon alle Österreicher, Bruno Pittermann<sup>168</sup> und Karl Czernetz<sup>169</sup> etwa. Bis Karlsruhe wurden mir dann alle innerösterreichischen Probleme erklärt. Insofern hatte ich auch persönlich zu diesen Politikern ein enges Verhältnis. Die internationale Orientierung blieb ein österreichisches Gen und wurde durch die Nachkriegsentwicklung unterstützt. Die Politiker der damaligen Zeit – die jetzigen kenne ich nicht mehr so – hatten dieses Erbe verinnerlicht. Insofern waren sie von Anfang an sehr überzeugte Europäer.

*Von 1977 bis 1997 waren Sie Mitglied des EP. Wie sind Sie eigentlich nach Straßburg gekommen?*

Ich habe ja anfangs davon gesprochen, was mich zum Europäer gemacht hat: Auslandsstudium, persönliche Erlebnisse usw. Es war klar, dass ich mich von Anfang an politisch für Europa interessiert habe – sehr zum Spott vieler nationaler Kollegen. Europa wurde damals vom Karrieredenken her als „unter ferner liefen“ eingestuft. Nichtsdestotrotz hat mich Europa von Anfang an interessiert. Als ich 1969 in den Bundestag kam, hätte ich auch schon ins EP gehen können, weil ein Platz für Baden-Württemberg frei war. Ich habe dann Prof. Hans Furler<sup>170</sup> um Rat gefragt. Er empfahl mir, nicht sofort ins EP zu wechseln, da so überhaupt kein Kontakt zu Bonn zustande käme. Ich solle in den Europarat gehen, der damals noch höher angesehen war als das EP. Vom Europarat hätte ich 1972 wieder ins Parlament wechseln können, bin aber erst 1977, vor den ersten Direktwahlen, dorthin gegangen. Dadurch hatte ich bis 1980 ein Dreifachmandat im Bundestag, Europarat und EP. Zu dieser Zeit nahm die Bedeutung des Europarats ab und die des EP sichtlich zu. Erst im Zuge der EU-Osterweiterung 2004 stieg der Einfluss des Europarats wieder. Viele der mittel- und osteuropäischen Länder betrachten die Mitgliedschaft im Europarat allerdings eher als Wartesaal für eine spätere Mitgliedschaft in der EU. Da mich Europa

168 | Bruno Pittermann (1905–1983), österreichischer Politiker der SPÖ, 1957–1967 Vorsitzender seiner Partei, 1957–1966 Vizekanzler, 1964–1976 Präsident der SI.

169 | Karl Czernetz (1910–1978), österreichischer Politiker der SPÖ, 1956–1978 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, 1975–1978 deren Präsident.

170 | Hans Furler (1904–1975), deutscher Politiker der CDU und Rechtswissenschaftler, 1958–1973 Mitglied des EP, 1960–1962 dessen Präsident.

seit meinem Studium faszinierte, war es nahe liegend, dass ich in die relevanten Gremien ging. Es hat dann auch problemlos geklappt.

*1979 wurde das EP zum ersten Mal direkt gewählt. Wie haben Sie diese Wahl erlebt?*

Ich habe die Direktwahlen aus politischer Sicht sehr begrüßt, habe sie aber psychologisch als nicht so positiv erlebt. Den Slogan der JU „Auch dein Opa nach Europa“ hatte ich ja schon erwähnt. Dieser hatte nicht zur Festigung des Ansehens des Parlaments beigetragen. Bei einer normalen Wahl scheidet bis zu ein Drittel der Abgeordneten altersbedingt aus oder aufgrund der Tatsache, dass sie nicht wiedergewählt werden. Bei der Europawahl wäre das genauso gewesen. Es kam aber hinzu, dass die Sitzzahl quasi verdoppelt wurde. Deshalb brauchte man enorm viele neue Parlamentarier, sowohl für die altersbedingt ausgeschiedenen als auch für die neu geschaffenen Sitze. So viele Kandidaten gab es aber nicht, weshalb man dann auf ältere Persönlichkeiten zurückgriff: So kam Willy Brandt dazu, so kam Alfons Goppel<sup>171</sup> dazu. Ich muss sagen: Diese Alten waren ein Gewinn, aufgrund ihrer Erfahrungen, ihrer Abgeklärtheit. Es waren keine Hitzköpfe, die den Dolch im Gewand hielten. Es ging ihnen nicht ums Geld. Den Erfahrungsschatz der alten Abgeordneten wollte ich nicht missen. Trotz des verheerenden psychologischen Eindrucks durch „Auch dein Opa nach Europa“ waren sie ein Gewinn. Viele junge Abgeordnete schielten dann schon auf potentielle neue Positionen, in der Wirtschaft etwa oder in der nationalen Politik. Diese Wahl wurde falsch gehandelt, auch von der Presse. Trotzdem war sie natürlich ein Gewinn für Europa. Die Medienunterstützung war – und ist auch heute noch – minimal, wenngleich sie nicht unbedingt antieuropäisch ist. Wenn man sich heute die Zeitungen anschaut, dann taucht das Thema „Europa“ unter Außen-, Landwirtschafts- oder Wirtschaftspolitik auf, aber nie als eigenständige Politik. Viele Journalisten schreiben nichts, weil sie Angst davor haben, etwas Falsches zu schreiben. Oft musste ich den Unterschied zwischen Europarat und EP deutlich machen. Am Schluss wird trotzdem häufig alles verwechselt. Diese Informationsflüsse sind sehr stockend und schleppend. Was der Bauer nicht kennt, frisst er nicht. Das kann ich nachvollziehen. Was er nicht versteht, da ist er erst einmal dagegen.

171 | *Alfons Goppel (1905–1991), deutscher Politiker der CSU, 1962–1978 bayerischer Ministerpräsident, 1979–1984 Mitglied des EP.*

Das kann ich auch nachvollziehen. Wir hatten einmal vier finnische Kollegen in unserer Fraktion, die hervorragende Arbeit geleistet haben. Sie wurden alle nicht wieder nominiert, weil sie in Finnland nicht bekannt waren. Wer in Brüssel arbeitet, ist daheim nicht bekannt. Wenn Sie für die Arbeit, die Sie leisten, kein Echo finden, ist das schon ein wenig frustrierend.

*Sie haben das Problem der schleppenden bzw. verzerrten Wahrnehmung Europas seitens der Öffentlichkeit angesprochen. Wie war das denn parteiintern in der CDU? Welchen Stellenwert hatte die Europawahl von 1979 eigentlich damals nach Ihrer Erinnerung sowohl in der Öffentlichkeit als auch parteiintern?*

Es war ein Thema. Da die Europawahl zudem die einzige Wahl in diesem Zeitraum war, spielte sie eine größere Rolle, als wenn sie in die Nähe einer nationalen Wahl gefallen wäre. Später wurden die Europawahlen leider als Testwahlen für nationale Stimmungen missbraucht. Sie wurden daher auch von nationalen Themen überfrachtet. Das führte zu einer Abwertung.

*Den Slogan der JU haben wir schon mehrfach thematisiert. War das eigentlich auch die Position der Partei?*

Nein, sie hat ihn schmunzelnd zur Kenntnis genommen, aber auch nicht gegengesteuert.

*Gab es eigentlich einen Unterschied in der Atmosphäre und in der praktischen Arbeit im Vergleich zwischen direkt und nicht-direkt gewähltem Parlament?*

Die Unterschiede zwischen dem direkt und nicht-direkt gewählten Parlament würde ich vor allem darin sehen, dass man im nicht-direkt gewählten EP vom nationalen Parlament abgeordnet war. Man musste ja gleichzeitig nationaler Parlamentarier sein. Insofern war die Verzahnung zwischen EP und nationalem Parlament weitaus größer. Es gab später einen Europaausschuss, der zur Hälfte aus Bundestags- und zur Hälfte aus Europaparlamentariern bestand. Bei dieser Einrichtung kam es aber wegen der Stimmberechtigung der Europaabgeordneten in einem Bundestagsausschuss zu juristischen Problemen. Leider hat sich später der Einfluss minimalisiert. Hinzu kam, dass viele neue Europaparlamentarier 1979 überhaupt keine parlamentarische Erfahrung hatten, was

zunächst per se nicht schlecht sein muss. Dennoch war das nicht nur positiv, weil sie häufig zu euphorisch waren.

*Wie würden Sie den damaligen Wahlkampf der Union beschreiben? Ging es auch um zukunftsweisende Fragen, etwa ob das zukünftige Parlament eher christ- oder eher sozialdemokratisch sein würde?*

Das hat eine große Rolle gespielt, im Wahlkampf aber eher aus nationaler, weniger aus europäischer Sicht. Den bereits überzeugten Europäern ging es um die Frage des größeren Einflusses auf die Europapolitik. Daheim ging es um die Frage, wie Europa aussehen sollte: sozialistisch oder christdemokratisch-liberal. Die Frage der größeren Einflussmöglichkeit hat sicher auch eine Rolle gespielt, wobei ich sagen muss: Ich würde diese Problematik ganz anders beschreiben. Der Vorteil des EP liegt darin – das wird Sie überraschen –, dass es noch keine gemeinsame Regierung gibt. Auf europäischer Ebene muss man als Parlamentarier auf keine Regierung Rücksicht nehmen. Dadurch orientiert man sich mehr an der Sache als an anderen Überlegungen. So kam es, dass der Rat oder die Kommission zum gemeinsamen Gegner des EP avancierte. Es gab sachorientierte Mehrheiten, die auf nationaler Ebene niemals zustande kämen. Ich habe beispielsweise zeitweise sehr eng mit einem sozialdemokratischen Kollegen kooperiert – wir haben uns gegenseitig in den Fraktionen unterstützt. In Bonn wäre das undenkbar gewesen. Auch wenn kritisiert wurde, dass der tatsächliche Einfluss des EP nur gering sei, Text- bzw. Gesetzentwürfe konnten wir erheblich beeinflussen. Mich haben im EP weitaus mehr Lobbyisten aufgesucht, als noch im Bundestag. In Bonn musste man in die Ministerien gehen – auf europäischer Ebene musste man die Parlamentarier konsultieren. Verfassungsrechtlich war das EP ein Nullum, in der Realität hatte es aber eine weitaus stärkere Position als ein nationales. Inzwischen hat das EP jedoch bedeutende Mitentscheidungsrechte und ist dem Ministerrat gleichgestellt.

*Das EP war also ein Arbeits- bzw. ein Sachparlament?*

Ja, ein Sachparlament.

*Das klassische Spiel zwischen Regierung und Opposition fällt aus. Sie haben erwähnt, dass die Europawahlkämpfe mit nationalen Themen überfrachtet wurden. Woran lag das? Hat man nicht entgegengewirkt? Gab es nicht genug kontroverse Europathemen?*



Die Sachthemen waren zumindest in Deutschland nicht so kontrovers, weil inzwischen alle Parteien mehr oder weniger proeuropäisch waren. Sie interessierten zudem nicht die gesamte Bevölkerung. Darum wurden die Europawahlen zu nationalen Testwahlen umfunktioniert.

*Obwohl das EP in den vergangenen Jahrzehnten stets an Macht gewonnen hat, lässt sich eine Abnahme der Zustimmung seitens der Bevölkerung feststellen. Woran liegt das und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die transnationale Parteienkooperation? Hat sie in diesem Kontext versagt oder war die Arbeit in den Fraktionen entscheidender?*

Eine parallele Entwicklung halte ich für kausal. Je mehr das EP an Einfluss gewann, desto mehr Angst bekamen die Leute. Ich habe in meinen Referaten immer gesagt, dass die Leute am Anfang Angst um Europa hatten, nun haben sie Angst vor Europa. Brüssel ist zu weit weg, es ist nicht personalisierbar. Daraus resultiert ein Negativ-Image, das auch in eine Art Ablehnung mündete. Auf europäischer Ebene können Sie auch keinen Wahlkampf führen, der von Malta bis Schottland gleich ist. Die Mentalitäten sind anders. Da wir auf der internationalen Parteebene auch nicht über die Mittel verfügen, waren wir darauf angewiesen, was die einzelnen Mitgliedsstaaten daraus machen. Das muss man sehen. Man konnte gar nicht anders. Die Presse griff die Europathemen dann auch nicht auf – aus diversen Gründen. Europa war auch kein Thema, weil die Leute es immer mit Rückflüssen von Mitteln verbunden haben, die dann aber häufig nicht kamen. Zudem resultieren die Probleme in zum Teil nicht nachvollziehbaren Verordnungen Brüssels. Dabei wird aber oft Ursache und Wirkung verwechselt. Solche Verordnungen entstammen nicht selten dem Ministerrat, also dem Gremium der nationalen Regierungsvertreter. Ich habe so etwas im Bundestag selbst erlebt: Es hieß, wenn der Bundestag ein bestimmtes Gesetz nicht verabschiedet, dann wird es zur Behandlung und Beschlussfassung „nach Europa“ geschickt. So konnte man immer den Eindruck erwecken, dass alles, was aus Bonn oder Berlin kam, gut und alles, was aus Brüssel oder Straßburg kam, schlecht war. Die nationalen Abgeordneten waren dabei auch nicht immer eine Hilfe. Denn sobald das EP an Kompetenzen gewinnt, verlieren die nationalen Abgeordneten bzw. das nationale Parlament an Einfluss. Diese heterogenen Motive führen zu Misstrauen oder gar Ablehnung. Das würde ich gar nicht für so schlimm halten, wenn es gelänge, dem Bürger eigentlich klarzumachen, worum es geht. Man kommt an den Bürger nicht heran. Was etwa in Fachartikeln in der Zei-

tung steht, liest der Bürger schon gleich gar nicht. In österreichischen Talkshows lässt man die Teilnehmer wenigstens ausreden, aber in deutschen fallen die Teilnehmer nur gegenseitig über sich her, so dass man am Schluss gar nicht mehr weiß, was der Einzelne konkret gesagt hat. Es gibt leider im Hinblick auf Europa nicht den Grundkonsens, den man erwarten müsste. Wir haben, Gott sei Dank, einen Grundkonsens im Hinblick auf Deutschland als solches, wengleich nicht bezüglich der verschiedenen Sachfragen. Einen Grundkonsens hinsichtlich Europa haben wir nicht. Bei einem Treffen von evangelischen und katholischen Bischöfen wurde ich einmal gefragt, was die Kirchen für Europa tun könnten. Ich habe gesagt, dass wir in der Politik Europa schaffen. Die Kirchen sollten den Europäer schaffen. Darüber waren die Bischöfe erschrocken. Wir haben keinen Europäer. Solange wir den nicht haben, wird es auch Probleme mit der Identität geben.

*Welche Rolle spielten eigentlich die Bischöfe der katholischen Kirche zu Ihrer Zeit? War es ihnen ein Anliegen, dass sich die europäische Einigung vollzieht. Als Hildesheimer interessiert uns natürlich speziell, wie Sie Altbischof Josef Homeyer<sup>172</sup> erlebt haben, der ein ganz führender Mann in diesem Bereich war. Wie hat der hohe Klerus eigentlich das Geschehen der transnationalen Parteienkooperation gesehen und welche wechselseitigen Beziehungen gab es?*

Zu Beginn der europäischen Einigung haben die Bischöfe sicher sehr positiv agiert, als der Gedanke der Versöhnung und des Erhalts des Friedens im Vordergrund stand. Dieses Anliegen kann man auch aus konfessionellen und religiösen Überlegungen begrüßen. In Fragen rein (sach) politischer Natur – Verfassung, Vertiefung, Stimmgewichtung usw. –, hielt sich die Kirche zurück. In ideologischen Fragen sind die katholischen Bischöfe natürlich befangen und sich oft selber nicht einig. Deshalb sind sie zu vorsichtig. Ich war damals in der Europagruppe der Bischofskonferenz, die seinerzeit von Bischof Homeyer geleitet wurde. Ich habe mich sehr mit ihm angefreundet. Er war ein sehr überzeugter Europäer, nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Die Kirche hat keine Wahlauftrufe gegeben. Sie war aus gutem Grund sehr zurückhaltend.

*Wie haben Sie die EVP-Gründung (1976) erlebt?*

172 | Josef Homeyer (1929–2010), deutscher römisch-katholischer Theologe, 1983–2004 Bischof von Hildesheim.

Man muss die Zeit, bevor Großbritannien Mitglied der EVP wurde, und die Zeit, während der die britischen Konservativen Mitglied waren, unterscheiden. Als sie noch nicht dabei waren, ging es darum, eine Kooperationsform der konservativen Parteien zu etablieren. Später konzentrierte es sich auf die Fraktion oder EVP als gemeinsames Dach. Es war folgerichtig: Wenn schon die europäischen Regierungschefs ständig kooperieren, muss auch der Parteienunterbau folgen. Ob die Initiativen, die von der EVP ausgingen so entscheidend waren, sei dahingestellt. Die Parteispitze initiierte eher die großen Themen, die Parteibasis erledigte eher die Detailarbeit. Die EUCD und die EVP waren als Bindeglied zwischen Parteispitze und „Fußvolk“ gedacht.

*Wie wurde die EDU-Gründung (1978) seitens Ihrer Partei wahrgenommen?*

An Einzelheiten kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich sage aber auch: Es war zwangsläufig. Man hat sie zur Kenntnis genommen.

*Gab es zwischen beiden Konkurrenz bzw. Konflikte? Wie drückten sich diese aus?*

Daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Man hat die Kooperationen nicht für so prägend gehalten. Die Resolutionen boten nie Anlass für Konflikte.

*Der Name EVP weist ja auf den Anspruch, eine „Europäische Volkspartei“ gründen zu wollen hin. Es gab nationale Parteien auf Länderebene. Für Europa eine Partei zu gründen, war ein hoher Anspruch, eine große Ambition. Der Zusatz „Fraktion“ folgte später, womit man auf die Verbindung zum Parlament hinwies. Welche Erwartung hatten Sie an eine europäische Partei? Hatten Sie eine supranationale Partei, die einmal die nationalen Parteien ersetzen können wird, vor Augen?*

Der Gedanke, dass wir in einer gemeinsamen europäischen Partei aufgehen, hat im Stadium der Gründung bei vielen eine Rolle gespielt. Inzwischen hat sich der Name EVP aber genauso verselbstständigt wie der der CDU. Wir hatten mit dem Gedanken geliebäugelt, eine europäische Partei zu schaffen. Es gab ja auch die SI, auch wenn es keine Partei im eigentlichen Sinne war.

*Gab es so etwas wie ein Wettrennen zwischen den Sozialdemokraten Europas und den Christdemokraten um die Etablierung einer neuen Kooperationsform innerhalb des EP? Hat man sich da wechselseitig wahrgenommen im Konkurrenzkampf?*

Bei einigen mag dieser Gedanke eine Rolle gespielt haben. Da die breite Masse, auch die Bevölkerung, es nicht so wahrgenommen hat, würde ich den Konkurrenzcharakter nicht als Haupttriebfeder sehen.

*Besonders Franz Josef Strauß hat sich im Rahmen der EDU engagiert. Können Sie sagen, welche Ziele Strauß mit der transnationalen Parteilzusammenarbeit verfolgte?*

Ich würde meinen, dass Strauß europäisch gesehen ähnliche Ziele verfolgte wie mit Blick auf die Bundesrepublik. Strauß wollte mit der CSU sein Eigengewicht klarstellen, auch später auf europäischer Ebene. Es waren mehr personelle Überlegungen, auch in Bezug auf Einflussnahme.

*Bei einer Regierungskonstellation aus CDU/CSU und FDP war klar, dass die FDP ihren Anspruch auf den Posten des Außenamtschefs stets geltend machen würde. Hans-Dietrich Genscher, vormaliger Innenminister, entwickelte sich zum Langzeitaußenminister. Mit Klaus Kinkel war das ähnlich. War das Strauß ein Dorn im Auge?*

Ja, Außenpolitik gilt ja als klassische, als sehr vornehme Politik. Strauß hatte immer Weltambitionen, wurde gerne hofiert. Genscher war sehr argusäugig. Kohl ist es immerhin nicht gelungen, seinen Mitarbeiter Horst Teltschik als Staatssekretär für Außenfragen im Kanzleramt zu installieren. Genscher hintertrieb es. Außenpolitische Überlegungen spielten bei Strauß sicher immer eine Rolle.

*Nach Gründung der EVP 1976 bestand die EUCD bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1998 parallel weiter. Welche Themen wurden im Rahmen dieser Kooperationsform diskutiert?*

Fragen der Währungs- und Wirtschaftspolitik, der Globalisierung und der Verteidigung spielten eine Rolle. Im Grunde war primär alles, was außenpolitisch relevant war, ein Thema. Demgegenüber spielten Themen wie Kultur und Bildung nur eine untergeordnete Rolle.

*Welche politischen Ziele verfolgte die EUCD?*

Es ging um eine Koordinierung der Politiken, so dass die einzelnen Mitglieder nicht für sich aussicherten. Ob die Kooperationsform erfolgreich war, lasse ich aber dahingestellt.

*Wir haben in den 1970er Jahren ja das große Thema der Energieversorgung: Ölpreisschocks und -krisen. Auch der Terrorismus spielte etwa in Italien oder der Bundesrepublik eine Rolle. Welchen Stellenwert hatten diese beiden Themen im Rahmen der transnationalen Parteikooperationsformen?*

Diese Themen wurden ja erst aktuell, als ich nicht mehr im EP war. Alle europapolitisch wichtigen Themen wurden behandelt, sicher auch Terrorismus. Ich möchte aber einen anderen Punkt, losgelöst von der Parteienkooperation, erwähnen, was für mich ein Damaskuserlebnis war: 1985 wurde das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ durch die französische Marine versenkt. Wir wollten Frankreich deswegen im Parlament anklagen. Vom linkensten französischen Kommunisten bis zum rechtensten Le Pen-Mann<sup>173</sup> wurde das französische Vorgehen verteidigt. Ein solches nationales Bewusstsein wäre in Deutschland unmöglich gewesen. Daraus ableitend sind natürlich auch die internationalen Parteizusammenschlüsse vom nationalen Denken überlagert. Das darf man nicht trennen. Die deutschen Kollegen sind sicher engagierter, Europa voranzutreiben als Kollegen anderer Nationen, weil wir kein Vaterland mehr in dem Sinne hatten. Dieser Aspekt schlägt sich auch in dezidiert proeuropäischen Gremien nieder. Fragen der Energieversorgung spielten auch eine große Rolle, wobei natürlich die anderen Länder und Parteien andere Einstellungen haben konnten.

*Langjähriger Präsident der EUCD und maßgeblicher Akteur auf deutscher Seite war Kai-Uwe von Hassel. Wie haben Sie diesen Mann erlebt?*

Von Hassel war vorher unter anderem Verteidigungsminister der Bundesrepublik und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Er war auch einmal Präsident der Versammlung der WEU, der ich damals angehörte. Ich hatte ein sehr enges privates Verhältnis zu ihm. Er war ein sehr überzeugter Europäer. Als sein Sohn als Luftwaffenpilot bei einem Absturz ums Leben kam, war er natürlich sehr betroffen. Er war ein *Grand*

173 | Jean-Marie Le Pen (geb. 1928), französischer Politiker des Front National, 1972–2011 Vorsitzender seiner Partei.

*Seigneur, entstammte einer Kolonistenfamilie, wurde in Tanganjika, dem heutigen Tansania, geboren und war weltoffen.*

*Wir haben uns gefragt, welche Rollen die einzelnen Parteien in den Kooperationsformen spielten. Zunächst waren die Schweizer, auch die Österreicher und manche Franzosen stark in den NEI. Mit dem steigenden Gewicht der Bundesrepublik, Stichwort DM, Wirtschaft und Handel, werden CDU und CSU in den transnationalen Plattformen wichtiger. Ist der Eindruck korrekt, in den 1970er Jahren von CDU/CSU im Rahmen von EUCD und EDU von einem Primus inter Pares zu sprechen? Wie würden Sie rückblickend den Stellenwert der CDU/CSU speziell mit Blick auf die Parteienkooperation bzw. allgemein mit Blick auf den europäischen Parlamentarismus in den 1970er und 1980er Jahren einschätzen?*

Man kann es Ihrer Frage schon entnehmen. Sie haben sicher Recht. Der Einfluss der CDU/CSU hat damals zugenommen, weil Deutschland generell im Ansehen gestiegen ist. Es kam hinzu, dass wir in finanzieller Sicht mehr Mittel hatten, um die internationalen Organisationen zu fördern. Natürlich spielte dieser Faktor eine Rolle. Die Schweiz hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit großes Ansehen, was sich auch auf ihre Einflussmöglichkeiten innerhalb europäischer Organisationen auswirkte. Später hat sich der Einfluss reduziert. Deutschland hat an Bedeutung gewonnen. Im Gegenzug gab es natürlich – ich will nicht sagen Aversionen – aber doch ein gewisses Misstrauen. Das spürte man auch in der Europapolitik. Die kleinen Länder fühlten sich oft übergangen. Auch unter den europäischen Christdemokraten stieg der deutsche Einfluss. Man musste jedoch sehr vorsichtig vorgehen. Die Niederländer waren uns gegenüber immer sehr zurückhaltend bis skeptisch eingestellt.

*Sie haben ja den Aspekt der Finanzen angesprochen. Welche Rolle spielten eigentlich Stiftungen? Die KAS ist ja weltweit aktiv und sehr potent. Gibt es vergleichbare Einrichtungen in den europäischen Nachbarstaaten?*

Nicht in diesem Umfang. Wir haben diese Stiftung sicher auch bewusst so ausgebaut. Die Diplomaten sind generell sehr vorsichtig und zurückhaltend. Die politischen Stiftungen sind demgegenüber natürlich freier. Sie bekennen auch Farbe. Als ergänzende Informationsbeschaffer waren die Stiftungen sehr wichtig.

*Wie würden Sie den Einfluss der KAS bzw. den der HSS auf die internationalen Kontakte der Parteienvertreter, etwa mit Blick auf die Förderung von Programmen, Organisation von Veranstaltungen, Tagungen etc. einschätzen? Ist das ein Faktor, den man einbeziehen muss?*

Ja, es kommt aber natürlich darauf an, wo die Stiftungen ihren Schwerpunkt haben. Zum Teil gibt es sogar Abstimmungen unter den Stiftungen. In den Bereichen, wo die Stiftungen engagiert sind, zeigen sich auch ihre innen- und parteipolitischen Einflussmöglichkeiten.

*Wie gestaltete sich die Kooperation zwischen EUCD und EVP bzw. EVP-Fraktion? Wie hat man die EUCD auf EVP-Fraktionsebene wahrgenommen?*

Auf Fraktionsebene hat man die EUCD nicht so sehr wahrgenommen. Man hat sie dann wahrgenommen, wenn es über Sachthemen oder personelle Fragen Verflechtungen zur Fraktion gab.

*Gab es Konflikte?*

Nicht unbedingt.

*Gibt es so etwas wie eine EUCD- bzw. EVP-Mentalität?*

Vielleicht als Sekundärtugend. Eine prägende Mentalität aber gab es nicht.

*Gab es eine Identität der EUCD, die möglicherweise von der EVP-Identität differierte?*

Wie ich schon wiederholt sagte: Solange die britischen Konservativen bei uns in der Fraktion waren, wusste man, dass die EUCD existiert, eine prägende Rolle spielte diese Organisation aber nicht.

*Worin bestehen eigentlich die wirklichen Unterschiede zwischen den britischen Konservativen, den Tories, der CSU in Bayern, den niederländisch Christlich-Sozialen und der italienischen DC? Für einen Außenstehenden sind sie mitunter kaum wahrzunehmen. Wo liefen die programmatisch-ideologischen oder gesellschaftspolitischen Konfliktlinien? Es sind doch offensichtlich unterschiedliche Welten.*

Diese unterschiedlichen Welten gab es wahrscheinlich auch innerhalb eines Landes. In den Niederlanden gab es mehrere christliche Parteien, die man fast als fundamentalistisch bezeichnen kann. Die Italiener waren immer flexibel. Die Unterschiede innerhalb eines Landes waren mitunter weitaus größer als innerhalb des europäischen Zusammenschlusses. Das ist auch personell bedingt. Die EUCD war auch kein Parteienzusammenschluss, sondern lediglich der Organisationsrahmen für das Zusammentreffen bestimmter Politiker verschiedener europäischer Parteien. Da in diesen Gremien zudem keine „normalen“ Abgeordneten saßen, sondern erfahrene und gestandene, waren die Differenzen im Endeffekt gar nicht so groß.

*1983 übernahm Thomas Jansen in Personalunion das Amt des Generalsekretärs der EVP und der EUCD. Welchen Eindruck hatten Sie von diesem Mann?*

Ich bin mit ihm befreundet. Er war natürlich sehr proitalienisch, da seine Frau aus Italien stammt. Er lebt inzwischen auch wieder in Italien. Wir haben zusammen im Arbeitskreis der katholischen Bischofskonferenz gesessen. Ich hatte eine sehr gute Zusammenarbeit mit ihm. Thomas Jansen kam von der Parteiorganisation, womit er natürlich einen anderen Hintergrund hatte, als wenn er aus dem Parlament gekommen wäre. Er hat seine Sache sehr ernst genommen und war sehr engagiert für Europa.

*Jansen hatte die Personalunion inne, wie aber war sein Verhältnis zur EDU? Haben Sie daran Erinnerungen?*

Dazu kann ich nichts Konkretes sagen. Zumindest hat er die EDU nie als zu bekämpfenden Gegensatz gesehen.

*Wie haben Sie Jansens Vorgänger als Generalsekretär der EVP, Jean Seitlinger, erlebt? Gab es Unterschiede zu Jansen?*

Ich würde meinen, dass es von der Person her Unterschiede gab. Seitlinger war Abgeordneter und als Lothringer ein enger Freund von Robert Schuman. Ich hatte mit Seitlinger noch Kontakt. Thomas Jansen war eher ein engagierter Beamter und damit auch sehr gründlich. Seitlinger als Politiker hat sich nicht so sehr um Details gekümmert.



*Sie erwähnten, dass Jansen sehr engagiert war. Welchen konkreten Einfluss in Bezug auf die Zusammenarbeit der Christdemokraten in Europa würden Sie ihm zuschreiben?*

Bei der Ausarbeitung von Stellungnahmen oder Resolutionen war er federführend. Die Abgeordneten delegieren solche Aufgaben eher. Von daher hatte Thomas Jansen natürlich einen gewaltigen Einfluss. Ob diese Ausarbeitungen dann aber positiv aufgenommen oder nur abgeheftet wurden, steht auf einem anderen Blatt.

*Welche Rolle spielten eigentlich die folgenden Präsidenten der EVP für die Kooperation der Christdemokraten? Wie würden Sie diese Männer charakterisieren? Welche Themen standen für Sie auf der Agenda? Beginnen wir mit Leo Tindemans.*

Tindemans hatte als belgischer Ministerpräsident einen guten Namen. Obwohl Helmut Kohl ihn einmal als Freund bezeichnet hat, war Kohl ihm später gegenüber nicht so hilfsbereit. Es kam zum Zerwürfnis. Ich hatte ein persönlich sehr enges Verhältnis zu Tindemans. Er kandidierte einmal als Fraktionsvorsitzender, wurde letzten Endes aber nicht gewählt. Von da an wurde er abweisender in der EVP-Fraktion und zog sich zurück.

*Worin bestand das Zerwürfnis mit Kohl?*

Das hat Tindemans auch nicht gewusst. Kohl hätte ihn im Stich gelassen, meinte er. Das kränkte Tindemans schwer.

*Das ist erstaunlich. Der Tindemans-Bericht von 1975 offenbarte gewisse föderalistische Züge. Auch Kohl werden solche Ambitionen zugeschrieben. In Fragen der Europapolitik bzw. der Visionen und der Zukunft Europas kann es kaum Differenzen zwischen Kohl und Tindemans gegeben haben.*

Ja, europapolitisch kann dieses Zerwürfnis nicht begründet gewesen sein. Es muss persönlicher Art sein. Vielleicht trafen verschiedene Ehrgeize aufeinander. Ich weiß nur, dass Leo Tindemans damals sehr geknickt war.

*Piet Bukman?*

Bukman kenne ich eher weniger. Zu ihm kann ich kaum etwas sagen.

*Jacques Santer?*

Jacques Santer war ehemals Ministerpräsident von Luxemburg. Die Vertreter der kleinen Länder hat man immer gerne für führende Posten genommen. Er war ein honoriger Mann, aber nicht unbedingt dynamisch. Man hat ihm später auch Unrecht getan, als er vom Posten des EU-Kommissionspräsidenten zurücktreten musste. Er war unschuldig. Er hätte aber insgesamt mehr auf den Tisch hauen müssen.

*Wilfried Martens?*

Er war sehr engagiert, aber eigentlich relativ ruhig.

*Nicht sehr in Erscheinung tretend?*

Ja.

*Helmut Kohl haben wir im EVP-Kontext schon erwähnt. Was fällt Ihnen zu Helmut Kohl generell als nationaler und europäischer Politiker ein?*

Kohl war von Anfang an ein überzeugter Europäer. Ob er zum Fall des Kommunismus so viel beigetragen hat, wie er es später sagte, weiß ich nicht. Als es jedoch nötig war, hat er den Mantel der Geschichte ergriffen. Wir verdanken ihm im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung viel. Er ist ein engagierter Europäer gewesen. Er hat nie gezögert. Ich würde ihn sehr positiv einschätzen.

*Kam mit Kohl in der EVP das Gewicht der CDU deutlich zum Ausdruck?*

Wenn er anwesend war, hatte er Gewicht. Er wurde anerkannt, nicht aber von den Konservativen bzw. von Margaret Thatcher. Die Konservativen waren immer geteilter Meinung. Wen Kohl nicht leiden konnte, dem zeigte er es auch. Es wurde erzählt, dass Margaret Thatcher während einer Tagung im Schloss Kleßheim Helmut Kohl auch privat treffen wollte. Da er sie nicht leiden konnte, habe er einen Termin vorgeschoben und das Treffen abgesagt. Als Frau Thatcher dann einkaufen ging, habe sie Helmut Kohl in einem Café sitzen sehen, wo er eine Torte aß.

Das war ihm wichtiger. Er war stur. Im Rahmen der EVP spielte er aber eine sehr positive Rolle.

*War für Sie der Föderalist Kohl erkennbar? Hanns Jürgen Küsters argumentiert, dass Kohl eine sehr stark föderalistische Ambition verfolgte. In der Opposition war das leichter, aber auch noch in den ersten Jahren als Bundeskanzler zeigte sich diese Zielsetzung. Er wollte nach der Einheit einen Modus Vivendi mit François Mitterrand finden, um neben der Währungs- auch die Politische Union zu schaffen.*

Von der Herkunft her ist Helmut Kohl als früherer Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes sicher ein überzeugterer Föderalist, als wenn er gleich in der Bundespolitik aktiv geworden wäre. Ich persönlich schwanke: Es ist natürlich so, dass Europa aufgrund seiner Anonymität und Größe dem Bürger nicht so sehr vermittelbar ist. Insofern identifiziert sich auch der Bürger leichter mit einer Region, als mit der Nation. Ob das auf Dauer bezüglich der Effizienz positiv ist, bleibt offen. Es heißt immer, dass Europa nicht alles regeln muss, nur die großen Themen, während die kleineren auf Landesebene entschieden werden sollten. Ich halte diese Fragestellung aber für falsch. Für mich heißt die Frage vielmehr: Muss etwas überhaupt geregelt werden? Da könnte man bei vielen Themen sagen: Nein, das muss nicht sein. Wenn man diese Frage aber bejaht, dann ist es meines Erachtens besser, dass es auf europäischer Ebene geregelt wird, als wenn 27 oder noch mehr nationale Einzellösungen gewählt werden. Für die praktizierenden Föderalisten bedeutet Föderalismus doch, dass man sich vom anderen abheben muss. Wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht, damit er beweisen kann, wie nötig er ist, halte ich das für falsch. Ich bin ein pragmatisch veranlagter Typ. So wenig Regeln wie möglich und nur so viele wie nötig und beschränkt auf die identitätsstiftenden Aspekte.

*Kohl als historische Figur hat schon heute mindestens das Gewicht eines Konrad Adenauers, vielleicht ist er sogar noch bedeutender. Die EU ist mehr als die EGKS und die EWG. Kohl ist neben Jean Monnet der einzige Ehrenbürger Europas. 1998 haben das die Staats- und Regierungschefs erkannt und eindeutig entschieden. Was als Zwiespalt bleibt: Kohl als Europäer bzw. Europapolitiker ist in Deutschland nicht so präsent. Er war ein Pragmatiker und wusste, dass er Wahlen nur mit nationalen Themen gewinnen konnte. War es letztlich nicht auch ein gewaltiges Versäumnis der CDU, das Kapital „Europa“ nicht auch stärker nach innen einzusetzen? Blieb dieses Ka-*

*pital, zu sagen, dass die CDU am Aufbau Europas massiv mitwirkte, ungenutzt?*

Wir kennen alle die Geschichte Hemingways „Der alte Mann und das Meer“: Als der Mann mit dem Fisch, den er zuvor gefangen hatte, im Hafen anlangte, war der Fisch von anderen abgenagt. Ich habe damals im Kontext des Spinelli-Berichts<sup>174</sup> in meiner Rede im Parlament darauf hingewiesen, dass es uns nicht so gehen würde, wie dem alten Mann bei Hemingway. Der Fisch wurde zwar nicht gefressen, aber der Fisch, den wir an Land gezogen haben, war unverkäuflich. Leider war Europa zu jener Zeit gar kein Thema, das verkaufbar war. Europa hat die Leute nicht bewegt. Anderes Beispiel: Wir hatten im EP einmal eine Schülerbesuchsgruppe, die ein Kollege betreute. Er wies auf die Hauptmotive und den Erfolg wie Frieden und Versöhnung hin. Als ihm ein Schüler „Na und?“ entgegnete, war mein Kollege am Boden zerstört. Ich sagte ihm, dass ein solcher Kommentar im Grunde das schönste Kompliment sei, das man Europa machen könne. Dass man den Frieden schon für so selbstverständlich hält, ist fantastisch. Europa war dem Bürger in der Zwischenzeit egal. Es war nicht das Thema, was die Wähler berührt hat. Das Marketing Europas ist erheblich verbesserungsbedürftig. Man hat sich nichts einfallen lassen, weil die einen Europa als selbstverständlich betrachteten und die anderen meinten, dass das Thema nicht erfolgsrelevant sei. Die Presse war auch niemals hilfreich.

*Kommen wir auf das Thema der Parteienkooperation zurück. Welche strukturellen Störfaktoren gab es im Hinblick auf den Aufbau und die Organisationsarbeit in der transnationalen Parteienzusammenarbeit? Die Aspekte der Finanzen und fehlenden Ressourcen, die Problematik von Malta bis Schottland Wahlkampf zu führen und die Schwierigkeiten der Koordinierung haben Sie schon erwähnt.*

Strukturelle bzw. Probleme sehe ich weniger in den internationalen Parteiorganisationen als in den nationalen Abgeordneten, die natürlich mit jedem Machtzuwachs in Europa einen Verlust von Kompetenzen sehen. Wenn heute schon Europaausschüsse der Landtage in Europa

174 | *Plan zur Verabschiedung einer europäischen Verfassung im EP zu Beginn der 1980er Jahre, initiiert von Altiero Spinelli (1907–1986), italienischer Politiker der KPI, 1970–1972 EG-Kommissar für Industrie und Handel, 1972/73 EG-Kommissar für Industrie und Forschung, 1973–1977 EG-Kommissar für Industrie und Technologie.*

mitwirken wollen, ist nichts dagegen einzuwenden, solange sie nicht als Bremser auftreten. Diese Gefahr ist aber groß, weil man um einen Kompetenzverlust fürchtet.

*Gibt es eine Tendenz der Renationalisierung?*

Auch, aber es kommt auf das Sachgebiet an. Der Bürger sieht schon ein, dass die großen Themen nicht mehr auf nationaler Ebene zu lösen sind. Die Bestimmung über die Subsidiarität ist auch nicht gerade hilfreich, da sie nicht justizierbar ist. Es gibt mehrere unbestimmte Rechtsbegriffe. Wenn der EuGH einmal darüber befinden muss, ist er um diese Aufgabe nicht zu beneiden.

*Jean Monnet meinte einmal, dass Krisen die großen Einiger Europas seien. Wir erleben gegenwärtig wieder einmal eine Krise der Integration.*

Man muss natürlich fragen: Sind es Krisen, die uns zwingen, stärker als Europäer zusammenzugehen? Das war während der Bedrohung im Kalten Krieg sicher der Fall. Eine Krise die aber dazu führt, dass wir für andere die Schulden zahlen, die uns national schwächt, wird nicht als eine Europa-stärkende Krise gesehen. Wir müssen die Krisen sehr wohl differenzieren.

*Wir müssen auch eine Ökonomie und Regelbarkeit der Krisen bedenken. Während Sie im EP tätig waren, gab es einige Krisen, die man als europäische Integrationskrisen bezeichnen kann: Das Scheitern des Werner-Plans<sup>175</sup> hing mit einer Rezession der Weltkonjunktur zusammen, die viele Probleme aufwarf. Es folgte ein Rückzug in die nationalen Wirtschafts- und Ordnungspolitiken. Auch der Begriff der Euro-sklerose war zu Ihrer Zeit en vogue. Wie haben Sie diese Zeit wahrgenommen? War man sklerotisch?*

Die Integration dümpelte damals einfach so dahin. Diesen Zustand hat Jacques Delors dann mit der Schaffung eines echten Binnenmarktes überwunden. Das hängt natürlich auch mit Personen zusammen. Der Begriff Eurosklerose war sicher nicht falsch.

175 | Der Werner-Plan von 1970, benannt nach Pierre Werner (1913–2002), luxemburgischer Politiker der CSV, 1959–1974 und 1979–1984 Premierminister seines Landes, sah bis 1980 die Gründung einer Währungsunion und die Schaffung einer europäischen Währung vor.

*Er bezieht sich aber offensichtlich auf das Personal in Brüssel, die Kommission, denn wenn man sich den erweiterten Kontext anschaut, kann man den EuGH, das direkt gewählte Parlament, die Verhandlungen mit Griechenland, Spanien und Portugal, das EWS als wichtige Elemente des Fortschritts der europäischen Integration identifizieren. Unter dem Strich ist also gar nicht so wenig da. Offensichtlich hat sich aber der Eindruck der Eurosklerose verfestigt.*

Wenn man bedenkt, dass es im zweiten Deutschen Reich von 1871 bis 1900 dauerte, bis das einheitliche Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) geschaffen wurde, es bis 1919 zur Errichtung einer einheitlichen Finanzordnung brauchte, dann sind die Entwicklungen in Europa in den letzten 50 Jahren vergleichsweise grandios und rasant. Dann aber kam die Phase, in der der Bürger Angst bekam, weil er in die DM verliebt war. Ich möchte nicht wissen, wie sich der Wert der DM zwischenzeitlich entwickelt hätte. Anfangs war die DM innerhalb des Verbundes schwach. Wir wissen alle, dass Gerhard Schröder den blauen Brief weggeredet hat. Chirac und Schröder waren die Ersten, die die Regeln der Währungsunion nicht eingehalten haben. Für den Bürger war aber der Verlust der DM ein Negativ-Moment. Man konnte nicht argumentativ erklären, weil man das Gegenteil nicht beweisen konnte.

*Rückblickend ist es ein Faszinosum oder auch ein Mysterium, wie es Kohl gelungen ist, den Euro in Deutschland letztlich akzeptabel zu machen. Es gab keine öffentlichen Proteste, geschweige denn Revolution gegen Kohl, der die Weichen zur Einführung gestellt hat.*

Ich hatte früher in meinem Geldbeutel fünf Währungen. Immer, wenn man sie getauscht hat, erwischte man den schlechtesten Tageskurs. Der Euro macht solche Notwendigkeiten obsolet. Auch die Abschaffung der Grenzkontrollen war ein sehr positives Erlebnis. Früher stand man oft lange in der Passkontrolle. Das sind Entwicklungen, die man gar nicht so zur Kenntnis nimmt.

*Sie waren zu einem späteren Zeitpunkt Ihrer Karriere am EuGH tätig. Wie haben Sie zuvor in den 1970er und 1980er Jahre den EuGH gesehen? Haben Sie diese Institution überhaupt wahrgenommen?*

Ja, weil ich im Rechtsausschuss tätig war. Dadurch hatte ich immer indirekten Kontakt. Man musste auch die aktuelle Rechtsprechung beachten. Ursprünglich war die Rechtsprechung wegen des nötigen

Lückenschlusses eine halbe Gesetzgebung. Dieser Umstand wird auch heute noch kritisiert. Als ich das erste Mal am EuGH Verordnungen und Richtlinien prüfte, war ich immer erschüttert über die Vorgaben aus Brüssel. Mit Entsetzen habe ich dann aber festgestellt, dass ich im EP selbst an diesen Verordnungen oder Richtlinien mitgewirkt hatte. In der Gesetzgebung kann man ja nicht ahnen, wie sich diese Rechtsakte in der Praxis auswirken. Die Arbeit am EuGH war für mich natürlich ein traumhafter Abschluss meiner politischen Karriere. Sicherlich orientiert sich der EuGH auch an Grundprinzipien, die er selbst geschaffen hat. Es ist aber nicht so, dass er seine Kompetenzen missbraucht. Das kann ich aus Erfahrung sagen. Die Kompetenzen, die er besitzt, schöpft er natürlich aus, allerdings zur Stärkung Europas. Das kann man ihm zum Vorwurf machen. Letztlich ist das aber ein politischer und kein juristischer Vorwurf. Anfangs, als das Europarecht noch nicht so eng geregelt war, war der EuGH gezwungen, Analogieschlüsse zu ziehen. Er musste Lücken füllen und war damit quasi Ersatzgesetzgeber. Heute ist er das aber nicht mehr.

*Der EuGH war ein Motor der Integration und wird viel zu wenig von Historikern beachtet.*

Der EuGH hat die Bezeichnung, er sei ein Motor der Integration, immer abgelehnt, obwohl er es de facto war. Europa politisch und institutionell voranzubringen, ist in der Tat nicht Aufgabe eines Gerichtshofes. Wir, also die Richter und Generalanwälte, mussten die Vorträge, die wir hielten, jeweils beim Präsidenten des EuGH anmelden und sie von ihm genehmigen lassen. Meistens wurde von dem Veranstalter das Thema gewünscht: Der EuGH ein Motor der europäischen Einigung. Dies lehnte der Präsident jeweils mit der Begründung ab, der Gerichtshof sei nicht der Motor, sondern der Wächter.

*Vielleicht ist es treffender, ihn als einen Garanten der europäischen Integration zu bezeichnen.*

Ein Garant ist er in jedem Fall.

*Kommen wir auf die Parteienkooperation zurück. Sie haben mehrfach darauf hingewiesen, dass es innerhalb der Fraktion Qualitätsunterschiede in der Stimmung gab, die von der Mitgliedschaft der britischen Konservativen abhängig waren. Wie war eigentlich das Verhältnis der Christdemokraten Westeuropas zu den britischen Konservativen? Was*

*waren Ihrer Ansicht nach Hindernisse oder Schwierigkeiten im Umgang miteinander?*

Man muss etwas zurückgreifen: Viele betrachten auch Winston Churchill wegen seiner berühmten Züricher Rede als einen der Gründerväter Europas. Wenn man diese Rede aber analysiert, merkt man schnell, dass Churchill unter Europa nur Kontinentaleuropa verstand. Großbritannien war außen vor. Die Briten träumten damals noch vom Empire. Diese Position wirkte fort, auch in den Köpfen der Abgeordneten. Labour war zunächst weniger europafreundlich, die Konservativen hatten eine gemäßigte Position, wenngleich die ablehnende Haltung gegenüber Europa doch vorhanden war. Die Konservativen sind notgedrungen zu Europa gekommen, weil sie gemerkt hatten, dass sie alleine und ohne das Empire auf Dauer nicht bestehen können. Für die Engländer war es ein Schock, dass sie plötzlich nur noch eine Nation unter vielen waren – und nicht einmal die Nummer eins. Interessanterweise sind die skeptischen englischen Abgeordneten im EP nach spätestens einem Jahr zu glühenden Europäern geworden, nachdem sie den Betrieb und die Einzelheiten kennengelernt hatten. Die englischen Europaparlamentarier hatten mehr Probleme mit ihren Heimatparteien als mit anderen Parteien. Die Zusammenarbeit entwickelte sich also sehr gut. Es kam hinzu, dass die erste Delegation der britischen Konservativen ja keine Unbekannten waren. Diese Delegierten waren vorher schon im Europarat aktiv und hatten daher gewissermaßen schon europäische Luft geatmet. Später verschlechterte sich die Situation, aber nicht nur bei den britischen Konservativen, sondern generell. Im Laufe der Zeit kamen Abgeordnete ins EP, die über keinerlei parlamentarische Erfahrung verfügten. Das waren entweder verblendete Weltverbesserer oder Überskeptiker. Die atmosphärische Situation war zu Beginn besser.

*Die Kontinuität eines Abgeordneten resultierend aus der Mitgliedschaft im Europarat sowie der dort gemachten Erfahrung und schließlich die Mitgliedschaft im EP führten zu einer besseren und konstruktiveren Arbeitsatmosphäre im EP?*

Ja, und zwar in einem doppelten Sinne: Mitglied im Europarat konnte man nur werden, wenn man nationaler Abgeordneter war. Mitglied der parlamentarischen Versammlung wurde man zudem auch nicht während seiner ersten Legislaturperiode im nationalen Parlament. Ich war da eine Ausnahme. Eine gewisse parlamentarische Erfahrung war immer schon sehr hilfreich. Insofern waren die ersten Vertreter im EP, die



ich alle schon aus meiner Zeit beim Europarat kannte, sofort handlungsfähig. Sie brauchten keine Sekunde zur parlamentarischen Einarbeitung. Da sie zudem Europa schon geschnuppert hatten, waren sie positiver eingestellt als diejenigen, die später ins EP kamen.

*Wissen Sie, ob und inwiefern sich die Programmatik und das Profil der EVP und ihrer Fraktion mit der Aufnahme der Konservativen (1999) und ihrem Verlassen (2009) veränderte? Die Phase der 1990er Jahre haben Sie sicher noch in Erinnerung.*

Die Fragen nach Parteiprogrammen bzw. deren Fundamente haben eigentlich in der Europapolitik nur am Rande eine Rolle gespielt, weil es dort primär um Sachfragen ging: innere Vertiefung etwa. Ideologisch bedingte Fragen spielten kaum eine Rolle.

*Können Sie sich noch an Sachfragen erinnern, die zu Kontroversen zwischen Conservatives und europäischen Christdemokraten führten?*

In Bezug auf die Vertiefung schon. Die Briten waren nie bereit, weitere Kompetenzen nach Europa zu übertragen. Ansonsten gab es aber wenige Kontroversen um Sachthemen.

*Der Binnenmarkt war auch ein britisches Anliegen, das von Margaret Thatcher vorgebracht wurde. Hat der Binnenmarkt als Projekt, der mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 wieder auf die Agenda kam und schließlich im Kontext von Maastricht realisiert wurde, zu einem Schub, einer Art Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls in der großen heterogenen Parteienfamilie geführt, weil es ein gemeinsames lang ersehntes Ziel war?*

Das war schon ein weiterer Antrieb – das muss man fairerweise zugehen. Eigentlich war der Binnenmarkt von Anfang an geplant, denn das gemeinsame Europa begann mit der Vergemeinschaftung gewisser Politiken, der Öffnung des Marktes, dem Durchlässigmachen der Grenzen. Man dachte, dass wenn alles verflochten ist, wäre der point of no return erreicht. Dieser wurde letztlich mit dem Binnemarkt überschritten. Da wirtschaftliche Überlegungen eine sehr große Rolle spielten, war es damals das Thema Nummer eins.

*Von Seiten der Konservativen haben wir Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris, später Regierungschef und Staatspräsident, bisher*

*noch nicht angesprochen. Wie haben Sie eigentlich Chirac und die Rolle der französischen Politiker im Rahmen der konservativ-christdemokratischen Parteienkooperation in Erinnerung?*

Die Franzosen waren an einer Kooperation sehr interessiert, zumal sie ja nicht mehr in der NATO waren. Die Parteienzusammenarbeit bildete die einzige Plattform zur Besprechung militärischer Themen, obwohl diese im EP nicht im Vordergrund standen. Eine Kontroverse entwickelte sich im Streit um den Sitz des EP. Anfangs waren die Engländer gegen Straßburg bzw. gegen die Aufteilung der Sitze auf Straßburg und Brüssel. Sie waren nicht per se gegen Straßburg, sondern sahen in der Aufteilung eine Kostensteigerung, eine Verschwendung von Geldern. Frankreich hat sich dabei natürlich schon aus Eigeninteresse engagiert. Die Franzosen haben sich große Mühe gegeben, weil es für sie auch eine Prestigefrage war. Die Franzosen sind in der Europapolitik nie als Bremser aufgefallen.

*1995 wurde die Satzung der EVP mit der Aufwertung des Präsidiums geändert. „Gemeinsam mit den Regierungschefs, die den Mitgliedsparteien angehören, soll das Präsidium jetzt als ‚Kleiner Gipfel‘ anlässlich der Tagungen des Europäischen Rats zusammentreten, um auf die europapolitischen Entscheidungen der höheren und höchsten Verantwortungsebene unmittelbar Einfluss zu nehmen“ (Thomas Jansen). Wird das wirklich so umgesetzt? Bedeutete das einen Schritt, um die Parteienhierarchie demokratisch besser zu legitimieren?*

Das war sicher eine Folge. Ob es die Intention war, eine größere demokratische Legitimation zu finden, kann ich so nicht sehen. Es führte dazu. Man muss auch sagen, dass das Gremium der Staats- und Regierungschefs als eigenständiges Organ in den Römischen Verträgen nicht vorgesehen war. Im Kontext der Eurosklerose entstand der Gedanke der Staats- und Regierungschefs, eigeninitiativ zu werden. Die Organe, die bisher für eine Vertiefung der Integration zuständig waren, hatten in den Augen der nationalen Regierungen nicht genügend Kompetenzen. Nachdem die Staats- und Regierungschefs eine eigene Plattform, die mittlerweile auch vertraglich verankert ist, geschaffen hatten, war es nur folgerichtig, dass man das EP nicht außen vor lassen konnte. Insofern sind schließlich die jeweiligen Vorsitzenden zu diesen Tagungen eingeladen worden. Sie wissen aber selber: Wenn aus einem Kraftfahrzeugauspuff so wenig herauskäme wie aus den Ratssitzungen, dann wäre die Welt sauber. Der Rat verabschiedet eher Deklarationen und

Absichtserklärungen. Dennoch bedeutete dieser Schritt 1995 den Anfang einer engeren Kooperation.

*Die EUCD gilt im historischen Rückblick als gescheitert. Ihre Organisationsstruktur wurde von maßgeblichen Kräften, Parteien und Persönlichkeiten als zu lose und zu ineffizient betrachtet. Hinzu kam die Unterscheidung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien, wobei die Letztgenannten in der EUCD ausgeschlossen blieben. Ist das Urteil, von einer gescheiterten EUCD auch mit Blick auf die Vorgängersituation NEI zu sprechen gerechtfertigt?*

Gescheitert würde ich nicht unbedingt sagen, aber sie hat sich mehr oder weniger erledigt. Es gab dann auch fast zu viele parallele oder teils parallele, sich überschneidende Gremien, die personell auch zu meist identisch waren. Das resultierte ja gerade aus der engeren Verzahnung. Dadurch hat sich die EUCD selbst erledigt.

*Kann man zugespitzt sagen, dass die EUCD letztlich ein Opfer der Direktwahlen zum EP geworden ist?*

Das kann man so umschreiben, ja. Opfer würde ich auch nicht unbedingt sagen, weil es zu negativ klingt. Da viele der Ziele, die durch diese Organisation angestrebt wurden, tatsächlich verwirklicht worden sind, kann man sagen, hat sie sich durch Erfolg erledigt.

*Das ist im Grunde ein Befund, den man generell für Fragen der europäischen Integration diskutieren kann. Die Organization for European Economic Co-operation (OEEC) hat Ende der 1950er Jahre ihre Aufgaben erfüllt, wandelt sich zur Organization for Economic Co-operation and Development (OECD). Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wandelt sich zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Schon Jacques Santer verwendete ja den Terminus „Opfer“, als er erklärte, dass die EU Opfer ihrer Erfolge werde.*

*Kommen wir noch einmal auf Helmut Kohl zurück. Gab es Ihrer Erinnerung zufolge vor und nach Kohl vergleichbare Politikerprofile? Und wodurch zeichnete sich Kohls Rolle und die seiner Vorgänger aus?*

Kohl war immer sehr dynamisch, schon aufgrund seines Auftretens, seiner Größe von 1,93 m und seines Gewichts. Er war von Anfang an

eine prägende Figur. Wie überall im Leben haben prägende Figuren nicht unbedingt Gegner, aber zumindest Neider. Er vertrat zudem ein großes Land. Die kleineren Partner sind tendenziell sehr misstrauisch. Es ist einer der Kerngrundsätze der EU, dass wir die Gewichte nicht proportional gesetzt haben. Wir sprechen vom Grundsatz der nach oben abnehmenden Proportionalität. Wenn sie umrechnen, was Luxemburg an Stellen hat, müssten wir unter reiner Berücksichtigung der Bevölkerung tausende haben. Kohl wurde eher mit Neid und Missgunst begegnet, denn mit einer prinzipiellen Ablehnung.

*Die Akzeptanz Kohls innerhalb der EVP war aber doch unterschiedlich. Es gab ein gutes Einvernehmen mit Österreich, auch, so schien es für Kohl, mit Italien. Seitens Belgiens, der Niederlande und mitunter auch Frankreichs wurde ihm skeptischer begegnet. Oder ist das eine falsche Einschätzung?*

Nein, sie ist sicherlich nicht falsch. Die Frage ist natürlich, wie ehrlich die Zusammenarbeit war. Die Italiener haben zumindest nach außen keine Schwierigkeiten gemacht. Deshalb sind wir ja damals im Zusammenhang der Äußerungen Giulio Andreottis in Bezug auf die Wiedervereinigung aus allen Wolken gefallen, als er sich mehrere Deutschlands wünschte, weil er Deutschland so liebe. Luxemburg war immer problemlos. Die Position Belgiens hing jeweils vom Regierungschef ab. Die Niederlande waren kriegsbedingt Deutschland gegenüber zunächst sehr ablehnend und misstrauisch gestimmt. Den Engländern fiel es schwer, nur noch ein Land unter vielen zu sein. Es gab eher nationale, denn personelle Vorbehalte.

*Historisch bzw. faktisch lässt sich feststellen, dass es die SI bzw. KI zeitlich vor den christdemokratischen Parteienzusammenschlüssen gab. Wie erklären Sie sich den historischen Nachholprozess der Gründung von transnationalen Parteienkooperationen der Christdemokraten im Vergleich zur SI bzw. KI?*

Es ist natürlich historisch bedingt. Die Christdemokraten haben sich mehr oder weniger erst nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengefunden. Es waren alles neu gegründete Parteien. Die Sozialdemokraten gab es schon weit über 50 Jahre länger. Selbst die Liberalen waren älter. Solche Neugründungen müssen sich zunächst einmal daheim festigen. Es ist zeitbedingt, nicht ideologisch bedingt gewesen.

*In den 1920er Jahren während der Zwischenkriegszeit gab es schon Ansätze zur lockeren Kooperation in Form des Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne (SIPDIC). Don Luigi Sturzo<sup>176</sup> war einer der führenden Exponenten. Die Frage stellt sich aber grundsätzlich. Wenn man die Geschichte der christdemokratischen Parteien zurückverfolgt, haben wir die deutsche Zentrumspartei als eine Vorgängerorganisation der CDU und die Christlich-Sozialen in Österreich, deren Vorgeschichte bis Ende des 19. Jahrhunderts zurückgreift. Waren die Christdemokraten weniger international orientiert oder hatten sie Sorge und Angst, als „Vatikaninform“ wahrgenommen zu werden, quasi Angst zu sehr mit der Katholischen Kirche assoziiert zu werden?*

Das war vor dem Krieg sicherlich so, weil das Zentrum doch primär eine katholische Partei war. Mit Gründung der CDU gelang die große Leistung, die Christen beider großen Konfessionen zusammenzufassen. Vielleicht hätte man einiges verhindern können, wenn man sich schon vor dem Krieg zusammengefunden hätte. Die Protestanten in der CDU waren anfangs zahlenmäßig in der Minderheit. Erstaunlicherweise wurden Pietisten eher Mitglied in der CDU als die „klassischen“ Protestanten, was sich aber im Laufe der Zeit sicher gewandelt hat. Die Ursprünge waren konfessionell bedingt. Die unterschiedlichen christlichen Konfessionen haben es gar nicht für nötig befunden, international zu kooperieren. Das Religiöse ist ja von Haus aus international im Katholizismus. Sturzo ist ein berühmter Gründervater der italienischen Christdemokraten. Wir haben uns mehr auf die christliche Soziallehre gestützt. Sie hat am Anfang eine sehr große Rolle in der CDU gespielt. Der internationale Gedanke einer Parteilienzusammenarbeit kam erst später. Ursprünglich sah man gar keine große Notwendigkeit. Für uns war das geistige Fundament klar: die christliche Soziallehre. Sie war immer schon international gewesen. Auf sozialistischer Seite war man zwar in Bezug auf internationale Gründungen zeitlich voraus. Der Sozialismus an sich war aber auch schon „alt“.

*Der Sozialismus versteht sich per definitionem als ein Internationalismus, während das katholische Spektrum davon ausgeht, dass die Römisch-Katholische Kirche schon als eine internationale Organisation gilt. Offensichtlich ging es den Christdemokraten auch immer um*

176 | Luigi Sturzo (1871–1959), italienischer Politiker und Gründungsmitglied der PPI.

*die Entkräftung des Vorwurfs, man sei zu ultramontanistisch und zu wenig vaterländisch-national orientiert. Ludwig Steiner sagte in diesem Kontext, dass das Problem der Christlich-Sozialen in ihrer zu starken Verstrickung in der nationalen Dimension gelegen habe: Hätte es eine christlich-soziale bzw. christlich-demokratische Internationale schon vorher gegeben, hätte man den Faschismus vielleicht viel früher abwehren oder überwinden können.*

Wenn man die Wahlergebnisse vor dem Weltkrieg analysiert, haben die Nationalsozialisten in den rein katholischen Gebieten am schlechtesten abgeschnitten. Gegenden die „dunkelrot“ waren, haben tendenziell eher nationalsozialistisch gewählt. Die Nazis waren Meister der Semantik. Wir reden immer nur vom „Nazi“. Es waren Nationalsozialisten. Man muss das immer wieder sagen. Ohne die sozialistische Komponente wären die Nazis nie zu ihrer Stärke gekommen. Die Internationale hätte daher auf diesem Gebiete auch nichts genutzt. Das Christentum war durch seine inneren Werte vielleicht eher vor der nationalsozialistischen Propaganda gefeit. Eine internationale, institutionalisierte und auf Parteien reduzierte Zusammenarbeit hat man erst im Laufe der Zeit entwickelt, denn für die Gründer war das Christentum doch von Haus aus international.

*Kommen wir noch einmal auf einen Punkt zurück, den Sie angesprochen haben. Die Spaltung des Christentums in Lutheraner, Protestanten, Calvinisten, Katholiken etc. muss offensichtlich auch ein Hemmschuh für eine frühere stärkere und homogenere christlich-demokratische Internationale gewesen sein, wenn ich das richtig verstanden habe?*

Ja, weil man auf Parteienseite noch nicht die Institutionalisierung, die erst später kam, hatte. Sie haben Recht. Die Protestanten sahen in den Katholiken der CDU Transmontanisten. Das spielte sicher eine Rolle. Nachdem aber selbst die Sozialdemokraten Kontakte zum Vatikan geknüpft hatten und das Axiom „katholisch = CDU-Wähler“ im Grunde überwunden worden war, galten andere Regeln.

*Kann man demzufolge sagen, dass trotz des übergeordneten Rahmens des Christentums die Heterogenität ein Faktor war, der die Zusammenarbeit hemmte?*

Gehemmt würde ich nicht sagen, vielleicht verzögert. Man sah aber anfangs gar keine Notwendigkeit zur Kooperation.

*Andersherum an die vorherige Frage anknüpfend gefragt: Hat das Thema der unterschiedlichen christlichen Konfessionen von Katholiken, Protestanten usw. in den transnationalen Kooperationsformen, die Sie in den 1970er und 1980er Jahren erlebt haben, noch eine Rolle gespielt?*

Auf der internationalen Seite eigentlich nicht. Es hat keine Rolle gespielt. Auf nationaler Ebene eher. Es herrschte ein gewisses Proporzdenken – ähnlich wie es heute eine Diskussion um die Einführung einer Frauenquote gibt. Die besten Chancen, eine Funktion zu erhalten, hatte ein heimatvertriebener protestantischer Arbeitnehmer weiblichen Geschlechts. Diese Person wurde sofort nominiert. Wir müssen aber auch fragen, warum es eine SI gab. Sie war mehr als Kampfmittel und weniger als internationale Plattform für Zusammenarbeit gedacht. Auf christdemokratischer Seite wurden zunächst gar nicht der Bedarf und die Möglichkeit einer internationalen Kooperation gesehen, zumal auch die Parteien, die in Frage kamen, alle unterschiedliche Namen hatten. Bei den Sozialisten hatte jede Partei zumindest das „S“ im Parteinamen, so dass es auch rein optisch schon als Markenzeichen erkennbar war. Wir müssen auch das Markenrecht betrachten. Auf der anderen Seite nannten sich einige konservativ, andere Volkspartei, christlich und wiederum andere calvinistisch. Das war schon optisch nicht zusammenpassend.

*Was waren dann aus Ihrer Sicht die entscheidenden Antriebsfaktoren, die zu den Formen der christdemokratischen europäischen Kooperation nach dem Zweiten Weltkrieg führten?*

Man wollte sicher ein gemeinsames geistiges Fundament auch nach außen zeigen. Das hat die Zusammenarbeit erleichtert. Man hat es am Anfang als eine Kampfgruppierung gesehen wie die SI, die selbst eigene Hymnen, Fahnen und dergleichen hat. Es gab einen großen Nachholbedarf. Für Christdemokraten und Konservative war die internationale Parteienkooperation ein Novum. Die bestehenden nationalen Programme hat man miteinander abgestimmt und angepasst. Es war aber nicht so, dass die Ideen und Parteiprogramme über diese Internationale kamen, sondern umgekehrt: Die nationalen Programme sind in diese internationale Kooperation eingeflossen.

*Hat es jemals eine Debatte über eine Hymne oder wirkräftige und wahrnehmbare Symbole gegeben?*

Auf Parteiebene gab es so eine meines Wissens nicht. Wir haben uns lange mit europäischen Symbolen, die leider aus dem Lissabon-Vertrag gestrichen worden, beschäftigt. Die Integrations- oder Identitätsstärke, wie Sozialisten sie von Haus aus haben, gab es im konservativen Lager nie.

*Welchen Stellenwert würden Sie im historischen Rückblick grundsätzlich der transnationalen christdemokratischen Parteienkooperation beimessen? Vernachlässigbare Größe oder wichtiger flankierender Faktor?*

Ich halte die Kooperation für wichtig. Sie war ein Korrektiv, um größere Abweichungen zu verhindern. Der individualistische Zug ist vielleicht im Konservativen ausgeprägter. Wir sind nicht solche Parteisoldaten wie die Sozialisten, die man anpfeifen kann und dann stehen sie stramm. Christdemokraten sind nicht so uneingeschränkt bereit, dem zu folgen, was die Spitze vorgibt. Um größere Sektierereien zu verhindern, war die internationale Zusammenarbeit sicher wichtig.

*Bedeutet das, dass Sie der Christdemokratie grundsätzlich ein höheres Maß an Individualität und Individualismus zu billigen, was letztlich auch auf eine höhere Heterogenität unter den Mitgliedern hindeutet? Hat die Sozialdemokratie im Vergleich traditionell eher ein homogeneres Elektorat und Mitglieder als die Christdemokratie? Ist das ein Faktor, der sich in der Parteipolitik und -struktur widerspiegelt?*

Diesen Faktor muss man in jedem Fall einbeziehen. Die Sozialisten haben sich immer als eine Klassenpartei verstanden. Sie repräsentierten die Arbeiterklasse. Da diese Klasse zahlenmäßig schon die größte ist, mussten die Sozialisten sich streng genommen nicht mehr um andere kümmern. Die CDU und vergleichbare Parteien in anderen Ländern haben sich immer als Volksparteien gesehen, und zwar nicht quantitativ, sondern im Hinblick auf die Repräsentation des Querschnitts eines Volkes. Damit sind die Christdemokraten von Haus aus schon heterogener angelegt als die Sozialisten. Es kommt hinzu, dass der christliche Freiheitsbegriff auch ein anderer ist, etwa im Gegensatz zum Islam, wo Gott alles bestimmt. Ich war einmal geschockt, als mir ein europäischer Bauleiter eines Staudamms in Pakistan von einem Unfall berichtete.



Das Gerüst, auf dem die Arbeiter standen, brach zusammen und die Arbeiter fielen in den flüssigen Beton. Der Bauleiter wollte den nächsten Liefergang sofort stoppen, um die Arbeiter herauszuziehen, aber der muslimische Oberbauleiter meinte nur, dass das Gottes Wille sei und die Arbeiten nicht gestoppt würden. So etwas wäre bei uns in Europa undenkbar. Wir haben die eigene Verantwortung, auch Gott und den anderen gegenüber. Da es nun Millionen Menschen gibt, haben wir es auch mit Millionen verschiedener „Willen“ zu tun. Man muss sie ein wenig kanalisieren, aber grundsätzlich sind wir breiter angelegt, zumal wir ja auch wieder mehrere Interessen vertreten und nicht nur die der Arbeiterklasse. Das ist natürlich heute bei den Sozialdemokraten auch nicht mehr so eindimensional zu sehen. Trotzdem macht es die große Masse aus.

*Diese fundamentalen Aspekte produzieren wieder neue Fragen: Hat eigentlich die enge Zusammenarbeit zwischen der sozialdemokratischen und der christdemokratisch-konservativen Fraktion unter dem Aspekt des Arbeits- und Sachparlaments im EP auch dazu beigetragen, dass sich die Unterschiede in den transnationalen Parteienkooperationsformen abschleifen ließen? Man war ja dazu gezwungen, im Parlament fraktionsübergreifend zusammenzuarbeiten.*

Erstens war man institutionell gezwungen, Mehrheiten zu finden und nicht eine Regierung zu unterstützen, die es nicht gibt. Das war ein ganz anderer Ausgangspunkt. Zweitens ist man in internationaler Zusammenarbeit von Haus aus freundlicher. Es gibt nicht den typischen Parteienstreit wie auf nationaler Ebene. Europa war zudem ein Haus, das aufgebaut wird. Das deutsche Haus stand ja schon. Da konnte man zwar anders tapezieren oder streichen, aber auf europäischer Ebene hat man aufgebaut. Es ist klar, dass man dort mehr kooperiert.

*Gestatten Sie noch eine abschließende Frage zu unserem großen Gesprächskomplex der transnationalen Parteienkooperation: Welche Perspektive hat diese heute und zukünftig noch?*

Man soll weiterhin eng zusammenarbeiten, alleine schon um Bekanntschaften zu schließen. Nehmen Sie das Beispiel der Städtepartnerschaften: Wenn man sich kennt, weiß man, wie der andere denkt, wie seine Motivlage ist. Zweitens kann man in diesen Kooperationen darauf hinarbeiten, die Einzelprogramme anzugleichen bzw. anzupassen und Anregungen zu übernehmen. Ich halte die Zusammenarbeit für wichtig.

Sie ist nach außen in den Hintergrund getreten, weil sie durch die ständigen Treffen der Regierungschefs überlagert wird. Früher gab es die ja nicht. Man könnte auch die Gegenfrage stellen, ob wir noch einen diplomatischen Dienst benötigen. Allein durch die ständigen Begegnungen, treten die Treffen auf Parteebene in den Hintergrund. Ob sie noch notwendig sind, weiß ich nicht, aber für sinnvoll erachte ich sie nach wie vor.

*Sie haben schon mehrfach Ihr Interesse und Ihre Begeisterung für Europa erwähnt, der Sie auch als Mitglied und Präsident der PU Ausdruck verliehen haben. Wie verlief eigentlich Ihr Weg in diese Organisation?*

Sie haben meinen Antworten entnehmen können, dass ich an und für sich zur konservativ denkenden Gruppe gehöre. Die PU ist ein überparteilicher Zusammenschluss, der der Förderung des Europa-Gedankens dient. Die PU ist die älteste europäische Gruppierung. Sie und ihr Gründer Richard Coudenhove-Kalergi<sup>177</sup> haben mich fasziniert. Coudenhove ist schon vor dem Zweiten Weltkrieg in Erscheinung getreten. Damals war die PU eigentlich breiter angelegt. Robert Bosch<sup>178</sup> war unter anderem Mitglied. Wir waren und sind auch heute noch überparteilich. Paul Löbe,<sup>179</sup> ehemaliger Präsident des Reichstages und SPD-Mitglied, gehörte auch der PU an. Wir haben immer noch einige Sozialdemokraten unter den Mitgliedern. Durch das konservativ-wertorientierte Profil sind die Sozialdemokraten aber mittlerweile leider nicht mehr so bereit, in der PU mitzuwirken, obwohl es formalrechtlich keine Parteienpräferenz gibt. Dennoch ist es richtig, dass heute CDU-Wähler eher geneigt sind, Mitglied der PU zu werden, als die Elektoren anderer Parteien. Dies mag auch daran liegen, dass die PU dezidiert Werte des Christentums vertritt.

*Können Sie ein wenig zu Otto von Habsburg, einer führenden Persönlichkeit in der Europabewegung, speziell in der PU, sagen?*

177 | Richard Coudenhove-Kalergi (1894–1972), alt-österreichischer Schriftsteller, Politiker und 1922 Gründer der PU.

178 | Robert Bosch (1861–1942), deutscher Unternehmer, Gründer der Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik, der späteren Robert Bosch GmbH.

179 | Paul Löbe (1875–1967), deutscher Politiker der SPD, 1920–1924 und 1925–1932 Reichstagspräsident, 1949–1953 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Otto von Habsburg war schon kraft seines Namens ein Faktor, der viele auch für die PU gewonnen hat. Die Hälfte des deutschen Adels ist Mitglied der PU. Otto von Habsburg war zugleich ein sehr überzeugender Redner. In Vorbereitung eines Vortrags in Bayern kamen einmal seine Mitarbeiter, die dafür verantwortlich waren und sprachen über die Abwicklung mit dem zuständigen Bürgermeister. Letzterer fragte, wie er Otto von Habsburg ansprechen sollte. Ihm wurde gesagt, er könne „Dr. Habsburg“ oder „kaiserliche Hoheit“ sagen, woraufhin dieser sich für die erste Variante entschied. Als die Veranstaltung begann, war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Bürgermeister sprach dann Otto von Habsburg vor lauter Nervosität mit „Majestät“ an. Die Gruppierungen auch des Adels stehen überwiegend zu Werten. Die Werteorientierung der PU hatte mich angesprochen und überzeugt. Man wollte Europa eine Seele geben. Das ist schon alleine deshalb wichtig, damit man sich mit diesem Gebilde leichter identifizieren kann.

*Richard Coudenhove-Kalergi sprach schon sehr früh von der Notwendigkeit der Entwicklung „einer neuen Adelsrasse für Europa“, wie es im zeitgenössischen Jargon hieß. Er selbst stammte ja auch aus diesem Milieu, hat sich aber zum Vernunftrepublikaner entwickelt. Während des Krieges arbeitete er im Exil für Otto von Habsburg. Welche Rolle würden Sie generell dem Adel mit Blick auf den Vereinigungsgedanken zukommen lassen? Dieser Aspekt wurde seitens der Forschung bislang wenig beachtet, auch wenn der Adel nicht mehr den gesellschaftlichen Stellenwert nach den Brüchen von 1918 und 1945 hatte, als zuvor. Welche Rolle spielen Persönlichkeiten aus dem Adelsmilieu mit einem langen Vorlauf an Vorfahren, Traditionen und Dynastien auch speziell mit Blick auf die Parteienkooperation? Adelige sind ja per se multinational bzw. kosmopolitisch ausgerichtet.*

Sie sind kraft ihrer Erziehung und Familie international. In ihrem Leben haben sie den Europagedanken privat verwirklicht, etwa wenn man sich das Heiratsverhalten anschaut. Sie sind sicher nicht programmatisch prägend gewesen, aber sicher aufgrund ihrer Lebensart. Auch das ist allein ein Punkt, den man nicht vernachlässigen sollte. Die internationale Kooperation, die wir auch politisch anstreben, haben sie privat längst umgesetzt. Insofern passt der Adel gut in die Kreise der Europabewegung. In der Lebensform, der praktischen Umsetzung, sind sie ein Vorbild.

*Fallen Ihnen Beispiele und wichtige Exponenten ein, die man berücksichtigen muss?*

Wir hatten mehrere Landesvorsitzende in der PU: Prinz Sayn-Wittgenstein<sup>180</sup> in Nordrhein-Westfalen, ein Prinz von Sachsen war sächsischer Vorsitzender und auch der Herzog von Bayern ist uns verbunden. Sie bekennen sich zum Gedanken der europäischen Einigung, sicher weit mehr als manche Angehörigen anderer Milieus.

*Wir gestaltete sich das Verhältnis von Nicht-Adeligen zu Adeligen innerhalb der CDU/CSU, z. B. von Strauß zu Graf Huyn?*

Völlig normal. Es gibt keinen bei uns, der noch vor einem Grafen „einen Diener macht“ und es gibt sicher auch keinen Grafen, der uns mit „Was macht er?“ anspricht.

*Wir haben einen aktuellen Bezug zuletzt mit Freiherr Karl-Theodor zu Guttenberg erlebt. Interessant war, dass seine Person einen großen Anklang auch in der breiten Bevölkerung fand.*

Das Wichtigste dabei ist bestimmt das sichere Auftreten und der Aspekt, dass ein Adelliger die Tätigkeit in der Politik nicht als einen Beruf betrachtet. Die Adeligen sind von daher unabhängiger. Heute wird ja der Politiker immer als unfähig, korrupt und opportunistisch eingeschätzt. Der Status und das Ansehen haben sich sehr gewandelt. Demgegenüber demonstriert der Adel – selbst wenn er arm ist – eine Unabhängigkeit, die man anderen gar nicht zutraut. Das ist sicher ein Massenphänomen der Psychologie. Die Adeligen sind sicher eine Bereicherung, auch in anderen Bereichen. Ein Graf Einsiedel,<sup>181</sup> ein Bismarck-Enkel, war ja sogar Bundestagsabgeordneter der Linken. Die Adeligen sind nicht auf eine Partei limitiert, aber aufgrund ihrer Lebens- und Denkweise eher dem konservativen Spektrum zuzuordnen.

*Wie ist eigentlich Otto von Habsburg, der ja lange für die CSU im EP saß, in seiner eigenen Partei wahrgenommen worden?*

Heinrich Aigner<sup>182</sup>, der damalige Vorsitzende der Europa-Union in Bayern, hat Otto von Habsburg gewonnen. Er führte ihn in die CSU ein. Da

180 | Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (1927–2008), deutscher Politiker der CDU, 1965–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages.

181 | Heinrich von Einsiedel (1921–2007), deutscher Politiker der SPD, später PDS, 1994–1998 Mitglied des Deutschen Bundestages.

182 | Heinrich Aigner (1924–1988), deutscher Politiker der CSU, 1957–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1961–1988 Mitglied des EP.

Habsburg natürlich ein Zugpferd war, hatte er immer nur volle Säle. Die Leute kamen und wollten ihn hören. Es war eine Win-win-Situation.

*Es war immer Paradox, dass Habsburg für Österreich nicht in Frage kam oder eigentlich sogar hätte kämpfen müssen, um in Österreich überhaupt einreisen zu dürfen, während er für die bayerische CSU im EP saß. Wie haben Sie ihn als Parlamentarier erlebt?*

Er war unwahrscheinlich fleißig und blieb stets bis zum Schluss. Er hat keine Sitzung versäumt, war sehr diszipliniert und arbeitsam – das muss man zugeben. Habsburg war beispielgebend.

*Sie haben von der geistigen Nähe der Konservativen und der PU gesprochen. Gab oder gibt es eigentlich eine Kooperation zwischen der europäischen Partei der Christdemokraten und der Paneuropa Bewegung? Wenn ja: Wie gestaltete sich diese?*

Wir haben im EP eine Parlamentariergruppe „Paneuropa-Union“. Sie ist international ausgerichtet. Ich weiß aber nicht, wie viele Abgeordnete und Mitarbeiter inzwischen zu dieser Gruppe gehören. Ich schätze, dass es um die hundert Personen sind. Insofern gibt es eine Verzahnung, die aber nicht institutionalisiert ist. Es handelt sich eher um eine Personalprälatur.

*Sie haben schon auf den überparteilichen Anspruch der PU hingewiesen. In ihr waren Sozialisten, Großdeutsche, Christlich-Soziale, Konservative und Monarchisten vertreten. Coudenhove hatte als Vorbild die Panamerikanische Union, auf die er mehrfach Bezug nahm. Das Modell, was er sich zunächst überlegt hatte, war ursprünglich am Bundesstaats-Modell der USA mit einem Zwei-Kammern-System orientiert. Sein Modell veränderte sich dann und ging von konföderativen zu intergouvernementalen Strukturen über. Die Vereinigten Staaten von Europa waren seine Losung. Spielte eigentlich das United Europe Movement (UEM) von Duncan Sandys noch eine Rolle, als Sie in den späten 1970er und 1980er Jahren aktiv waren?*

Unsere Endvorstellung sah die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa vor. Ich persönlich würde sogar von einem Staat Europa reden, natürlich auf föderaler Basis. Da die Wirklichkeit aber die Grenzen aufzeigte, trat die Traumvision letztlich zurück. Man kann ja keine Dinge propagieren, von denen man weiß, dass sie nicht allgemein akzeptiert

werden. Lord Duncan-Sandys habe ich, wie schon erwähnt, persönlich kennengelernt, wobei sein UEM zu meiner Zeit keine prägende Rolle mehr spielte. Die Engländer haben auch gemerkt, dass sie nicht mehr so einflussreich sind, wenngleich klar ist, dass sie sich schon gerne von anderen abgehoben hätten. Sie haben aber gesehen, dass sie mehr oder weniger alleine stehen, weshalb sie sich unterordnen mussten.

*Das UEM favorisierte eine Konföderation, während bei Coudenhove auch das bundesstaatliche Moment eine Rolle spielte. Gab es eigentlich einen Dissens zwischen dem UEM und der PU?*

Verfassungs- und staatsrechtlich gibt es natürlich gewaltige Unterschiede zwischen einem Bundesstaat und einem Staatenbund. Neuerdings kommt noch der Begriff „Staatenverbund“ hinzu, mit dem sich auch das Bundesverfassungsgericht (BverfG) befasst hat. Niemand weiß genau, was das eigentlich ist. In meinen Augen besteht insoweit ein großes Defizit, das die Akzeptanz Europas seitens der Bevölkerung verringert. Man weiß gar nicht, was aus diesem Europa einmal werden wird. Deswegen sollte man schon den Mut haben und deutlich machen, was man eigentlich will. Die Frage der Finalität offen zu lassen gleicht einem Haus ohne Dach: Dort regnet es herein. Staatenverbund? Ich kenne einen Schiffsverbund. Aber was ist ein Staatenverbund? Weil es auch juristisch so kompliziert ist, hat sich die Diskussion dieser Frage auf den Kreis der Fachleute reduziert. Die breite Masse interessiert das nicht.

*Duncan Sandys und Coudenhove-Kalergi wurden angesprochen. Auch Jean Monnet kam mit der Losung der Vereinigten Staaten von Europa. Sein Aktionskomitee trug diesen Namen und war bis in die 1970er Jahre aktiv. Monnet hatte das Bundesstaatsmodell der USA vor Augen, während Sandys die Konföderation als Ziel ausgab. Coudenhove-Kalergi war während der 1960er Jahre ein großer Anhänger von de Gaulle, der das intergouvernementale Prinzip favorisierte. Welches Ziel hatte man eigentlich zu Ihrer Zeit in der PU und wie hat man diese sehr widersprüchlichen Konzeptionen beurteilt?*

Natürlich hat uns dieses Problem auch in der PU beschäftigt, aber nicht vordergründig. Unser politisches Hauptziel war – auch damals schon – die Einigung des gesamten Europas – wir hatten auch MOE jenseits des Eisernen Vorhangs immer vor Augen. Wir waren für die Öffnung der Mauer und die Einbeziehung der Oststaaten. Das war unser primä-

res Ziel. Die Staatsform war mitunter ein Thema in Arbeitskreisen auf unseren Jahrestagungen. Es war jedoch noch nicht akut, da wir das vereinte Europa ja noch nicht hatten. Willy Brandt wollte Habsburg einmal fast lächerlich machen, als er sagte, die Einigung Europas würde nie kommen. Wir haben aber daran geglaubt und es damals durchgesetzt, dass ein leerer Stuhl für die noch nicht anwesenden Mittel- und Osteuropäer im Parlament aufgestellt wurde. Gut, man hätte keinen eigenen leeren Stuhl gebraucht, da der Plenarsaal sowieso nie voll ist, aber als symbolisches Zeichen erfüllte er seine Wirkung.

*Welcher deutsche Bundeskanzler von Adenauer bis Merkel war eigentlich aus Ihrer Sicht ein Paneuropäer? Wer favorisierte das ganze große Europa ohne Grenzen und Mauer? War Adenauer ein Paneuropäer?*

Man muss hier sicher unterscheiden zwischen werktags und sonntags. Nach außen waren sie am Sonntag sicher alle Paneuropäer. Ob sie es aber alle so gewollt haben, lasse ich dahingestellt. Ich würde nur in Nuancen zwischen allen Kanzlern – eingeschlossen die Sozialdemokraten – differenzieren. Für die Kanzler stand Paneuropa sicher nicht im Vordergrund.

*Wen würden Sie unter Berücksichtigung der Nuancen am ehesten als einen Paneuropäer sehen?*

Am ehesten würde ich Helmut Kohl dazu rechnen.

*Kommen wir zurück auf Ihre Zeit im EP. Sie waren Mitglied in verschiedenen Ausschüssen. Inwieweit konnten Sie dort eigentlich die christdemokratische Programmatik umsetzen? Oder hatten Sie eine andere Herangehensweise, eine pragmatische?*

Ich persönlich hatte eher eine pragmatische Herangehensweise, auch bedingt durch die Ausschüsse, denen ich angehörte. Zu Beginn meiner Zeit war ich stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses. Als ich 1969 in den Bundestag kam, war ich bereits Mitglied der Arbeitsgruppe „Umwelt“ in meiner Fraktion, als Umwelt noch gar kein Thema war – in keiner Partei. Selbst in meiner Partei sind wir nur belächelt worden. Gewisse Themen haben die Alt- oder Großparteien schlichtweg verschlafen. Dazu gehört auch die Umweltpolitik. Zudem war ich auch federführend im Rechtsausschuss. Dieser überprüfte mehr die Rechts-

fragen als die inhaltlichen, insofern gab es keine Notwendigkeit nach ideologischen Gesichtspunkten zu votieren. Kontroverse Themen wie etwa die Abschaffung der Todesstrafe standen nicht an. Eine pragmatische Herangehensweise war besser – das war bei den anderen Parteien auch nicht anders. Wir haben uns an der Sache orientiert und dann für diese Sache Mehrheiten gesucht und gefunden. Es wäre tödlich gewesen, wenn man auf ideologischen Überlegungen beharrt hätte. Weder die einen noch die anderen hätten dann Mehrheiten gefunden, da wir im Unterschied zu einem nationalen Parlament überfraktionelle Mehrheiten brauchten. Unsere Gegner waren die Kommission und der Ministerrat und nicht etwa eine parteipolitisch gefärbte Regierung oder Koalition. Es ist strukturell anders.

*Welche konkreten Themen wurden eigentlich in der Delegation für die Beziehungen zu den Golfstaaten erörtert, deren stellvertretender Vorsitzender Sie zwischen 1985 und 1986 waren, etwa Fragen der Energieversorgung?*

Der Vorsitzende dieser Delegation war ein Abgeordneter der Front National, der Partei von Jean-Marie Le Pen, ein honoriger ehemaliger Botschafter und alter Adelige, den man garantiert nicht als rechtsradikal bezeichnen konnte. Nach dem Proporz der Ausschussverteilung stand der Front National ein Ausschussvorsitz zu. Den deutschen „Sozis“ war das natürlich ein Dorn im Auge. Da es aber in der Geschäftsordnung festgelegt war, gab es nichts daran zu ändern. Die Sozialdemokratin Heidemarie Wieczorek-Zeul<sup>183</sup> war Mitglied und konnte nicht verhindern, dass der Le Pen-Mann Vorsitzender wurde. Vor der ersten Sitzung kündigte sie daraufhin an, dass die Sozialdemokraten einen Misstrauensantrag gegen den Vorsitzenden einbringen wollen. Daraufhin hat der Vorsitzende niemals eine Ausschusssitzung einberufen. Frau Wieczorek-Zeul meinte daraufhin, dass ich den Vorsitz übernehmen sollte, wenn er verhindert sei. Die Geschäftsführung teilte mir aber mit, dass der Vorsitzende nicht verhindert sei, er einfach keine Sitzung einberufe und ich nicht befugt sei, ihn zu übergehen. Also kam es zu keiner einzigen Sitzung dieser Delegation. Es gab natürlich Kontakte auf privater Ebene, institutionell fand dort aber nichts statt.

183 | Heidemarie Wieczorek-Zeul (geb. 1942), deutsche Politikerin der SPD, 1979–1987 Mitglied des EP, 1998–2009 Entwicklungsministerin ihres Landes.



*1989 erfolgte der Fall der Mauer. Der Weg zur deutschen Einheit wurde nicht nur mit positiv-guten Wünschen seitens der westeuropäischen Partner versehen. Wie haben Sie den Fall der Mauer und den Weg zur Einheit im EP erlebt? Wie war die Stimmung?*

Die meisten Abgeordneten im Parlament, auch die der anderen Länder, haben sich echt gefreut. Es gab natürlich gewisse Obere – das ist ja kein Geheimnis – wie Margaret Thatcher, in der einen Hand ihr berühmtes Handtäschchen, in der anderen François Mitterrand schleppend, die versuchten, diese zu hintertreiben. Thatcher mochte Deutschland sowieso nicht. Viele andere befürchteten eben, dass dieses wiedervereinigte Deutschland zu groß wird, den Rahmen sprengt und sich von Europa abwendet. Diese Befürchtungen sind aber nicht eingetreten, so dass sich mittlerweile die Fronten wieder beruhigt haben. Es gab damals einige, die eine Wiedervereinigung nicht gerne gesehen haben. Ich hätte an dem Tag in Berlin sein können, weil ein Ausschuss dort tagte, an dem ich teilnehmen hätte können. Da ich aber kurz zuvor dort war und später wieder nach Berlin musste, habe ich abgesagt. Es war ja nicht absehbar, dass so ein Ereignis stattfindet. Da ich in der *Intergroup amici poloniae* war, erlebte ich die Phase des Kriegsrechts in Polen. Man merkte zwar, dass es brodelt, wusste aber nicht, wann etwas passieren würde. Somit habe ich die Wiedervereinigung nicht hautnah erlebt. Genauso ging es einem irischen Kollegen, der zwar in Berlin war, aber die Nacht im Bett verbrachte und erst am nächsten Tag am Telefon von seiner Frau aus Irland berichtet bekam, was geschehen war. Als ich dann vier Tage nach dem Mauerfall in Berlin war, erlebte ich die ersten Spuren des Kapitalismus. Ich lieh mir für fünf DM Hammer und Meißel und hackte mir ein Stück aus der Mauer heraus. Bei der Reaktion einiger Freunde konnte auch Helmut Kohl nur den Kopf schütteln: Giulio Andreotti sagte ja, dass er Deutschland so sehr liebe, dass er sich gleich mehrere davon wünsche. Die helle Begeisterung war bei manchen Regierungschefs nicht zu sehen. Je weiter man aber auf die Bevölkerungsebene kam, desto enthusiastischer waren die Leute. Es war sicher das Ereignis des Jahrhunderts.

*Wie erklären Sie sich eigentlich die Haltung Andreottis?*

Ich kann es mir nicht vorstellen. Während des Luxemburger Gipfels, auf dem es zur Einheitlichen Europäischen Akte kam, hielt ich für das Parlament als Vizepräsident die offizielle Rede. Damals kam Andreotti zu mir und drückte mir gegenüber sein Gefallen an meiner Rede aus.

Wir haben ihn nur als Freund Deutschlands gesehen. Ich weiß nicht, ob er senil war oder welche Überlegungen er hatte. Wir konnten es uns nicht erklären.

*Besonders die USA haben Bonn auf dem Weg zur Einheit unterstützt.*

Es sind vier Personen, die sich besonders um die Einheit verdient gemacht haben. Das eine ist sicher Ronald Reagan mit seiner Nachrüstung. Der andere ist Papst Johannes Paul II., der im Hintergrund tatkräftig mitwirkte. Ohne Michail Gorbatschow wäre eine Einheit nicht erfolgt. Auf deutscher Seite gehört natürlich Helmut Kohl, der den Mantel der Geschichte rechtzeitig ergriffen hat, dazu. Andere träumten deutscherseits noch von einer selbstständigen DDR mit menschlichem Gesicht. Die Wiedervereinigung kann man in der Tat an Personen festmachen.

*Die deutsche Sozialdemokratie war in Bezug auf die Wiedervereinigung eher verhalten. Oskar Lafontaine war bremsend. Auch die österreichischen Sozialdemokraten verhandelten mit Hans Modrow.<sup>184</sup> Die Christdemokraten bezogen eindeutig Position. Zeigten sich diese unterschiedlichen Haltungen zwischen Sozialdemokratie und Christdemokratie eigentlich auch im EP?*

Die deutschen sozialdemokratischen Europaparlamentarier waren für die Wiedervereinigung. Dort gab es nicht die Vorbehalte wie in der Bundesrepublik. Die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik träumten natürlich von einem zweiten Deutschland auf sozialistischer Grundlage mit menschlichem Gesicht. Zunächst waren das auch die Zielsetzungen der Montagsdemonstrationen. Ich habe einige der Führer, die später hauptsächlich für die Grünen im EP saßen, kennengelernt. Sie gaben zu, dass sie eine eigenständige DDR mit demokratischem Gesicht intendierten. Zu dieser Gruppe gehörte sicher auch Lafontaine. Sie sind aber überrollt worden. Aus „Wir sind das Volk“ wurde schließlich „Wir sind ein Volk“. Damit war die These einer zweiten demokratischen deutschen Republik obsolet und es kam zur Wiedervereinigung.

*Sie haben die Einheitliche Europäische Akte (EEA) angesprochen. Welche Bedeutung hatte diese eigentlich auf dem Weg nach Maastricht?*

<sup>184</sup> | Hans Modrow (geb. 1928), deutscher Politiker der SED und PDS, 1989/90 Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

Durch die EEA sind die Grundüberlegungen für den Binnenmarkt geschaffen worden. Der Binnenmarkt war später tatsächlich die Triebfeder für die Weiterentwicklung Europas. Die EEA kommt leider in der Literatur ein wenig zu kurz, vielleicht deshalb, weil alle anderen vertraglichen Änderungen oder Neuerungen mit einem Städtenamen identifiziert worden, wo die Regierungskonferenz stattgefunden hatte – angefangen bei Rom, bis jetzt Lissabon. Die einzige Abweichung in diesem Zusammenhang ist die EEA. Im Grunde hätte man sie Luxemburger Vertrag nennen müssen, damit sie einprägsamer gewesen wäre. Ich halte die EEA für einen wichtigen Grundstein. Viele andere Regierungskonferenzen haben lange nicht so positive Folgen gehabt.

*Wie haben Sie in Ihrer Zeit das Verhältnis zwischen USA und EG bzw. EU wahrgenommen? War Brüssel für Washington zu Ihrer Zeit überhaupt eine Adresse oder eher eine Quantité négligeable?*

Europa war sicher keine Quantité négligeable für die Amerikaner – im Gegenteil. Sie waren aus Eigeninteresse daran interessiert, nicht die einzigen Lastesel in der Weltpolitik zu sein. Sie wollten Europa als entlastenden Partner. Brüssel gab es aber für sie nicht. Brüssel hatte keine eigene Telefonnummer. Die USA haben die einzelnen Länder angerufen. Jetzt hat Europa zwar eine eigene Telefonnummer, aber wenn dort angerufen wird, heißt es: Hier spricht Europa. Wollen Sie die Meinung Englands? Dann drücken Sie die eins. Wollen Sie die Meinung Frankreichs? Dann drücken Sie die zwei usw. Die Amerikaner hatten ein großes Interesse, die Ellipse mit den zwei Brennpunkten zu verwirklichen. Den Brennpunkt Europa gab es aber aus ihrer Sicht nicht als Einheit. Sie waren insofern an einer Weiterentwicklung sehr wohl interessiert.

*Zwischen 1984 und 1992 waren Sie Vizepräsident des EP. Wie wurden Sie eigentlich Vizepräsident? Welche Aufgaben waren damit verbunden?*

Das Parlament hat inzwischen, soweit ich weiß, 14 Vizepräsidenten, die in Relation zur Größe der Fraktionen auf die einzelnen Fraktionen aufgeteilt werden. Dann wird man im Plenum gewählt. Da ich einer der Dienstältesten war, wurde ich zu einem der Kandidaten der Christdemokraten auserkoren. Insgesamt habe ich während drei Perioden amtiert und bin immer mit hoher Zustimmung gewählt worden. Die Hauptaufgabe besteht in der Leitung der Sitzungen im Plenum. Da es aber zahlenmäßig betrachtet sehr viele Vizepräsidenten gibt, werden niemals

alle mit dieser Aufgabe betraut. Ich bin sehr oft dazu ausgewählt worden, weil es bei mir angeblich immer recht schnell ging. Einmal in der Woche gab es eine Sitzung des Präsidiums, in der alle aktuellen Themen erörtert werden: Personalentscheidungen, Tagesordnungspunkte, Kontakte mit den Staats- und Regierungschefs usw. Ich musste auch oft, weil ich einer der ersten Vizepräsidenten war, den jeweiligen Präsidenten vertreten, auch im Ausland. Für die Vertretung kamen wegen der Masse der Vizepräsidenten nicht alle in Frage. Ich war voll involviert. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Als der Dalai Lama zu Besuch kam, entstanden Diskussionen. Er war ein Streitpunkt. Die Chinesen haben Protest bekundet. Der damalige Präsident hatte mir die Verantwortung zugesprochen und als der chinesische Botschafter schließlich zu mir kam, um förmlich Protest einzulegen, entgegnete ich, China solle dem Potala Palast in Tibet den gleichen völkerrechtlichen Status wie dem Vatikan gewähren. Der Botschafter bekam fast einen Herzinfarkt und ich würde heute wohl noch kein Visum für die Einreise nach China bekommen. Die Aufgaben sind also ähnlich zu denen in einem nationalen Parlament.

*Inwieweit ist eigentlich ein Vizepräsident mit der Fraktion und Parteiprogrammatik verschränkt?*

Es ist klar, dass innerhalb des Hauses in Personalentscheidungen zunächst alles nach Proporz geregelt wird. Man muss aufpassen, dass man entsprechend zum Zuge kommt. Bei der Platzierung von Tagesordnungspunkten muss man darauf aufpassen, dass die Punkte, die die Fraktion für wichtig erachtet, nicht in die Nachtdebatte kommen. Ansonsten kann man inhaltliche Punkte nicht im Präsidium durchsetzen. Das geschieht bei der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden.

*In dieser Zeit erlebten Sie mit Pierre Pflimlin, Henry Plumb, Enrique Barón Crespo<sup>185</sup> und Egon A. Klepsch vier verschiedene Präsidenten. Wie gestaltete sich Ihr Verhältnis zu ihnen? Können Sie diese als Menschen und Amtsträger charakterisieren? Wie aktiv waren sie?*

Pierre Pflimlin war ein Routinier alter Schule. Er war zuvor zweimal Premierminister in Frankreich. Er hatte mich fest einbezogen und war

185 | Enrique Barón Crespo (geb. 1944), spanischer Politiker der sozialistischen Partei, 1989–1991 Präsident des EP.

nicht ehrenbewusst. Das hatte er gar nicht nötig. Ich durfte ihn oft vertreten. Pflimlin war im positiven Sinne mit allen Wassern gewaschen. Henry Plumb war etwas großzügiger. Pflimlin wusste immer genau, was er wollte und wo es lang lief. Henry Plumb war in dieser Hinsicht etwas gelassener. Auf dem Höhepunkt der BSE-Krise nahm er mich einmal mit nach England. Wir aßen live im britischen Fernsehen Rindfleisch, um den Engländern klar zu machen, dass selbst wir zwei keine Angst vor dem Rinderwahn haben. Enrique Barón Crespo ist kein Baron. Barón ist sein Namensteil, obwohl er anfangs immer als Baron angesprochen wurde. Mit ihm habe ich mich sehr gut verstanden, wie auch mit Egon Klepsch, der ja meiner Fraktion angehörte. Klepsch war oft ein bisschen „müde“, wenn ich das so sagen kann – auch altersbedingt. Alle waren auf ihre Art Persönlichkeiten. Betonen würde ich die besonderen Fähigkeiten von Pflimlin und Henry Plumb. Die Präsidentschaft wechselt alle zweieinhalb Jahre, also zweimal pro Legislaturperiode. Theoretisch könnte eine Wiederwahl stattfinden. Es hat sich aber eingebürgert, dass man wechselt, weil jedes Land einmal den Präsidenten stellen möchte. Sie werden verstehen, dass man in zweieinhalb Jahren nie so prägend sein kann – inhaltlich schon gar nicht, weil dafür die Fraktionen zuständig sind. Insofern ist das Präsidentenamt primär ein repräsentatives des Parlaments nach außen.

*Sie haben noch andere Präsidenten bzw. Präsidentinnen erlebt.*

Simone Veil.<sup>186</sup> Sie war aufgrund ihrer ministerialen Erfahrung in Frankreich prädestiniert für dieses Amt. Später habe ich noch Nicole Fontaine,<sup>187</sup> die aus unserer Fraktion stammte, erlebt. Mit ihr bin ich immer noch in persönlichem Kontakt. Jeder hat auf seine Art das Parlament repräsentiert, zuletzt ja Hans-Gert Pöttering. Ich glaube, dass alle Präsidenten ein großes Ansehen genossen und Europa würdig vertreten haben. Inhaltlich konnte ein Parlamentspräsident aber nicht so initiativ werden, wie etwa ein Fraktionsvorsitzender. Im Deutschen Bundestag ist das nicht anders.

186 | Simone Veil (geb. 1927), französische Politikerin der UDF, 1979–1982 Präsidentin des EP.

187 | Nicole Fontaine (geb. 1942), französische Politikerin des Centre des Démocrates Sociaux, der UDF, heute UMP, 1984–2002 und seit 2004 Mitglied des EP, 1999–2002 Präsidentin des EP, 2002–2004 Industrieministerin ihres Landes.

*1994 folgte der deutsche Sozialdemokrat Klaus Hänsch<sup>188</sup> Egon Klepsch im Amt des EP-Präsidenten. Wie erklären Sie die Tatsache, dass zweimal hintereinander ein Deutscher diese Funktion ausübte? War das Zufall?*

Der Wechsel findet praktisch zwischen der EVP und den Sozialisten statt. Diese beiden Fraktionen bilden zusammen immer die Mehrheit. Die kleineren Fraktionen ärgert das natürlich. Sie würden einen Wechsel über die Parteien bevorzugen. Es gibt aber im EP immer mehrere Parteien, manchmal bis zu zehn Untergruppierungen. Man kann also beispielsweise nicht sagen, dass in der Reihenfolge der Ziffern jede Fraktion einmal den Präsidenten stellt. Es gibt mehr oder weniger Absprachen zwischen den zwei oder drei größten Fraktionen. Der Kollege Hänsch war damals einfach an der Reihe. Wir hatten zunächst auch gewisse Vorbehalte, dass wieder ein Deutscher kommt. Die Nationalität stand aber insgesamt nicht im Vordergrund, sondern die Fraktion. Da es den Sozialisten zustand, den Präsidenten zu stellen und sie Klaus Hänsch nominiert hatten, wurde er gewählt. Er war ein guter Präsident. Sie standen alle über den Parteien im echten, positiven Sinne. Die anderen Fraktionen haben die Wahl akzeptiert. Es wurde nie beanstandet.

*Wie haben Sie als Parlamentarier und Vizepräsident die Zusammenarbeit mit der Kommission erlebt, insbesondere die Rolle des langjährigen Kommissionspräsidenten Jacques Delors?*

Eigentlich hätten wir uns gewünscht, die Kommission als natürlichen Verbündeten gegen den Rat zu haben. Unser politisches Feindbild, und zwar nicht in parteipolitischer Hinsicht, war der Rat als Bremser. Die Kommission war immer gut beraten, wenn sie sich mit dem Parlament verständigt und verbündet hat. Das war unter Delors der Fall. Delors wollte etwas bewegen und das konnte er nur zusammen mit dem Parlament – gegen den Rat. Es gibt natürlich auch Kommissare, die das anders sehen, die damit liebäugeln, daheim noch Ministerpräsident zu werden. Sie sind dann nicht bereit, den Rat zu verärgern. Offiziell wird das aber nie zugegeben. Mitunter ist es für eine Sache nicht schlecht, wenn der Amtsinhaber ein gewisses Alter hat. Nicht nur weil er dann Erfahrung hat, sondern weil er sagen kann, dass er nichts anderes mehr

188 | Klaus Hänsch (geb. 1938), deutscher Politiker der SPD, 1979–2009 Mitglied des EP, 1994–1997 Präsident des EP.

werden will. Das stärkt natürlich seine Person enorm. Man muss zugeben, dass es Fälle gab, in denen die Kommission andere Interessen vertreten hat bzw. auf Seiten des Rates war. Man kann aber nicht prozentual quantifizieren. Es war immer fallabhängig. Primär waren wir daran interessiert, mit der Kommission zusammen zu agieren – natürlich auch mit dem Rat, doch nur wenn er willens war. Heute auf dem Wege der Mitentscheidung ist das etwas anderes. Damals als der Rat so oder so das letzte Wort hatte, selbst wenn die Kommission auf unserer Seite war, konnten wir nichts machen. Wir waren mehr mit der Kommission verbündet als mit dem Rat.

*1999 spitzte sich die Situation im Zuge der Debatten um die Kommission Santer zu. Es kam zum ersten Mal in der Geschichte zu einer Kollektivedemission einer ganzen Kommission. Hier hat das Parlament eine maßgebliche Rolle gespielt. Die Folgen und Einschätzungen werden je nach Lager und Organ sehr unterschiedlich gewichtet. Wie haben Sie diese Vorgänge damals erlebt? Wie würden Sie diese unter Berücksichtigung des von Ihnen angesprochenen Mächteverhältnisses zwischen Parlament, Rat und Kommission beurteilen?*

Das Parlament konnte die Kommission nur in ihrer Gänze absetzen. Dieses Recht wurde uns in der Annahme zugebilligt, dass wir es niemals in Anspruch nehmen könnten. Konkret ging es damals um die französische Kommissarin Édith Cresson, die ihren Zahnarzt und Geliebten als Mitarbeiter engagiert hatte. Jacques Santer war zu anständig, um sie zu drängen, selber zu demissionieren. Kurzum: Die ganze Kommission trat zurück bzw. wurde nicht mehr unterstützt. Der Sache nach war es das nicht wert – und der einen Person wegen erst recht nicht. Es war aber institutionell-legal die einzige Möglichkeit. Uns wäre es weit lieber gewesen, dass wir immer schon einzelne Kommissare hätten wählen und entlassen können. Das hat sich damals als aber als rechtlich nicht möglich herausgestellt.

*Helmut Kohl war zu diesem Zeitpunkt kein Bundeskanzler mehr und konnte Santer daher nicht mehr stützen. Santers Vorgänger war Jacques Delors. Können Sie uns eine Einschätzung geben, wie Sie Delors erlebt haben?*

Unter allen Präsidenten der Kommission war Jacques Delors der beste, impulsivste und aktivste. Ich will Hallstein außen vor lassen. Man kann ihn schlecht einbeziehen, weil die Kommission damals noch dreigeteilt

war. Jedes Organ hatte eine eigene Kommission. Da Hallstein als Proeuropäer erster Güte nie einen Besuch bei nationalen Regierungen gemacht hat, haben ihn die Franzosen nicht bei der Wahl zum ersten Präsidenten der Kommission unterstützt. Das habe ich sehr bedauert. Man kann ihn nicht mit späteren Präsidenten vergleichen, da das institutionelle Gefüge anders war. Deshalb muss man sagen, dass Delors der beste war.

*Wieso war er der beste?*

Er war sehr aktiv sowie initiativ und hat Europa vorangetrieben. Delors war mehr oder weniger derjenige, der den Binnenmarkt geschaffen und damit die Phase der Eurosklerose beendet hat. Jacques Santer war genauso ein überzeugter Europäer, aber er war zu gutmütig und damit auch nicht so dynamisch.

*Sie waren neben Ihrer Funktion als Abgeordneter des EP auch Mitglied der WEU. Wie gestaltete sich eigentlich die Zusammenarbeit zwischen EP und letzterer Institution?*

Die Mitgliedschaft in der WEU war mit der im Europarat gekoppelt. Die Abgeordneten beider Organisationen waren personell immer identisch, sofern die Herkunftsländer der Parlamentarier der WEU angehörten. Alle deutschen Abgeordneten in der WEU-Versammlung waren gleichzeitig Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Von daher brauchte man keine enge Zusammenarbeit. Sie war natur- und personenbedingt. Wir hatten am Anfang auch einmal im Jahr gemeinsame Sitzungen mit dem EP. Das hat sich aber nicht bewährt, weil man sich auf Außenpolitik sowie große Überlegungen konzentrierte und nicht auf Sachfragen. Ich hatte angeregt, dass wir Letztere lieber auf Ausschuss- und nicht auf gesamt Versammlungsebene diskutieren. Der Vorschlag wurde sehr begrüßt, aber nie umgesetzt. Der Europarat entwickelte sich zu der Zeit, als das Europaparlament stärker wurde, eigentlich mehr oder weniger zu einem freischwebenden Anhängsel. Zu dieser Zeit war der österreichische Kollege Franz Karasek Generalsekretär. Er war heilfroh, dass es zur Direktwahl kam, weil dann praktisch keiner mehr gleichzeitig dem Europarat angehörte. Ich war der Letzte, der das Dreifachmandat hatte. Karasek meinte, dass diese Entwicklung den Europarat stärke, weil der Europarat nunmehr mit der WEU die einzige Institution sei, die Verbindungen zum nationalen Parlament habe. Die Zahl der Doppelpmandate im Europaparlament hat sich nach einigen Jahren



quasi auf null reduziert. Die persönliche Verflechtung hat dem Europarat und der WEU aber eigentlich nicht viel gebracht, weil die Musik im Europaparlament spielte. Nachdem die Ostländer dem Europarat beigetreten waren, änderte sich diese Situation. Sie waren zunächst noch nicht im EP vertreten und betrachteten die Zeit im Europarat als Wartesaal. Ich will das Ansehen des Europarates aber keines Falls schwächen. Ich bin Ehrenmitglied der Versammlung des Europarats und war lange Zeit dort aktiv. Es ist aber schon so, dass sich die eigentliche Europapolitik ins Europaparlament verlagert hat.

*Kann man so weit gehen und die WEU und den Europarat als Schattenorganisation zu bezeichnen?*

Schatten ist vielleicht zu schwach, kommt dem aber schon nahe. Im militärischen Bereich gibt es eine NATO-Parlamentariergruppe im EP. Die WEU selber wird integriert. Insofern sind es Auslaufmodelle.

*Welche Rolle hat die WEU vor ihrer Inklusion in die EU-Verträge (Amsterdam) wirklich gespielt?*

Im Grunde konnte man sagen, dass die WEU die Parlamentariergruppe der NATO war, obwohl sie es offiziell nicht war. Es gab ja eine eigene. Die zivil-militärische Diskussion fand aber in der WEU statt.

*Welche Rolle spielte eigentlich die Diskrepanz zwischen Mitgliedern in der EG bzw. EU und Nicht-Mitgliedsländern der EG/EU im Europarat?*

Man muss auf der institutionellen-staatsrechtlichen Seite beginnen: Der Europarat ist ein völkerrechtliches Gremium. Alles, was er beschließt, gilt nicht unmittelbar, sondern muss von nationalen Parlamenten erst ratifiziert werden und braucht eine bestimmte Mindestzahl der Staaten, die zustimmen. Der Entscheidungsprozess war zeitlich langwierig. Das war damals der Anlass für Robert Schuman und die anderen Gründerväter zu sagen, dass man ein Organ benötigt, das verbindlich und zügig entscheidet. So kam es zur Gründung der EG. Dies war institutionell bedingt. Anfangs war die Diskrepanz kein Problem, weil jeder Abgeordnete Mitglied eines nationalen Parlaments sein musste. Die Verzahnung war gewährleistet. Nach der ersten Direktwahl zum EP waren alle Doppelmandate auslaufend. Auch manche Parteivorsitzenden hatten ein Doppelmandat. Sie waren aber nie anwesend, weil sie überlastet waren. Für sie war das eher ein Prestigemandat. Ich wurde

einmal gefragt, ob das Doppelmandat sinnvoll sei. Von der Verzahnung her, glaube ich ja. Auch Karasek meinte, dass der Europarat aufgewertet würde, wenn die Verbindung mit den nationalen Parlamenten bestehen bleibe, aber vom Europarlament getrennt werde. So ging man schließlich getrennte Wege. Es fanden auch keine gemeinsamen Sitzungen mehr statt.

*1993 wurde der Vertrag von Maastricht ratifiziert. Welche Bedeutung würden Sie diesem beimessen? Wie fällt Ihr Vergleich zu den folgenden EU-Verträgen von Amsterdam, Nizza und Lissabon sowie dem Verfassungsvertrag aus?*

Maastricht war ein großer Schritt nach vorne, nicht nur weil die Wirtschafts- und Währungsunion festgeschrieben wurde, sondern auch weil er ein Drei-Säulen-Vertrag war. Im Lissabon-Vertrag sind die Säulen nunmehr zusammengefasst worden. Damals waren Sie ein großer Fortschritt. Amsterdam hätte mehr bringen sollen, aber es gab nur ein paar Anpassungen für die Erweiterung. Lissabon ist jetzt die entscheidende Rechtsgrundlage. Leider ist der Verfassungsvertrag gescheitert. Man hatte nicht einmal den Mut, den Rechtsakt Verfassung zu nennen, sondern deklarierte ihn Verfassungsvertrag. Inhaltlich ist Lissabon der EUV und der AEUV, also der Vertrag über die Europäische Union und der Vertrag über die Arbeitsweise der Union. Dieser letzte Teil der Verträge entspricht den früheren Verträgen, weshalb es hier bis auf ein paar Anpassungen nichts Neues gibt. Der erste Teil hat hingegen einige Neuerungen. Im Vergleich zum Verfassungsvertrag wurde alles gestrichen, was auf eine gewisse Staatlichkeit hingedeutet hätte, z. B. die Symbole. England wollte nichts, was in irgendeiner Weise an einen Staat erinnert. Der Vorrang des europäischen Rechts wurde gestrichen und durch eine Erklärung ersetzt. Viele sagen zwar, dass es egal sei, ob vertraglich fixiert ist, ob es eine zwölf Sterne zeigende Flagge gibt. Trotzdem darf man das nicht unterschätzen. Gerade im Hinblick auf die Identifikation sind gewisse Aussagen in einer Verfassung schon wichtig. Wir haben dann in einigen Institutionen beschlossen, die Europaflagge, wann immer es möglich ist, zu hissen. Es ist schade, dass man nicht den Mut hatte, den Vertrag als Verfassung zu bezeichnen, obwohl er einer Verfassung im Wesentlichen gleichkommt. Lissabon brachte das Entscheidende. Vorher gab es vier verschiedene Gesetzgebungsverfahren. Jetzt gibt es in 90 Prozent der Fälle das Mitentscheidungsverfahren, das eine volle Gleichstellung des EP mit dem Rat bringt.

*Ist die Frage der Rechtspersönlichkeit nicht ein Punkt, der in Richtung Staatlichkeit deutet?*

Nein, das würde ich nicht sagen. Die Rechtspersönlichkeit war vorher auch schon für den Vertragsteil EG gegeben, nur nicht für den Vertragsteil EU. Die EG hatte Rechtspersönlichkeit, die EU nicht. Die EU hat jetzt insgesamt den Status einer Rechtspersönlichkeit, was natürlich in der Tat Richtung Staatlichkeit geht. Man darf das aber nicht überbewerten.

*Wie beurteilen Sie aus juristischer Sicht das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, aber auch jenes zum Vertrag von Lissabon?*

Es wurde immer behauptet, dass das BverfG der Gegenpol zum EuGH sei. Wir vom EuGH haben dieses Urteil natürlich sehr genau studiert. Es war keine Kampfansage an den EuGH. Es war eine an den Deutschen Bundestag. Das Europaparlament war davon nicht betroffen, wenn man das Urteil genau liest und ehrlich verstehen will. Es war eine Ohrfeige für den Bundestag, die der aber gar nicht bemerkte. Der Bundestag meinte, dass es gegen Europa gerichtet sei. Der Maastrichter Vertrag ist aber passiert, genauso wie Lissabon. Die Verträge wurden bestätigt. Im Lissabon-Urteil kann man lesen, dass der Bundestag keine Kompetenzen abtreten dürfe, die zu einer inhaltlichen Entleerung des Deutschen Bundestages führen würden. Einem Parlament so etwas vorzuschreiben, halte ich für gewagt. Angesprochen war der Bundestag, der die Tragweite des Urteils gar nicht erkannte. Die Reaktion des Parlaments war mäßig bis nichtssagend. Als Parlament dürfte man sich eigentlich nicht von einem Gericht vorschreiben lassen, was man politisch tun darf und was nicht. Rechtliche Grenzen dürfen aufgezeigt werden, aber nicht politische.

*Erkennen Sie Unterschiede und Tendenzen in den Karlsruher Urteilen zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon?*

In der rechtlichen Form gibt es kaum Unterschiede und Tendenzen. Die Urteile sind rechtlich nicht zu beanstanden, wohl aber politisch. Das Aufzeigen von Grenzen, die nicht rechtlicher, sondern politischer Natur sind, kommt im Lissabon-Urteil klar zum Ausdruck. Im Maastrichter Vertrag ist das eher abstrakt erkennbar. Ich halte die These für gewagt, dass man die Kompetenzen des Bundestages inhaltlich nicht entleeren darf. Ein Parlament kann als Volksvertretung doch selber bestimmen,

was es will – meine ich. Natürlich müssen gewisse Grenzen eingehalten werden, aber man kann sie politisch möglicherweise auch ändern.

*Wie sehen Sie die Wirkungen mit Blick auf andere Vorbehalte anmeldende Akteure und Staaten in der EU?*

Die anderen Länder haben keine Verfassungsgerichte mit dieser Dichte. In England wäre ein solcher Prozess undenkbar. Eher schafft Westminster noch die Monarchie ab, als dass es sich von einem Gericht Auflagen diktieren lassen würde.

*Die Urteile des Verfassungsgerichts in Karlsruhe waren also weniger in Richtung Brüssel und Luxemburg als Vorbehalte gerichtet, sondern vielmehr Rügen mit Blick auf den Bundestag?*

Ja, so kann man die Urteile verstehen. Der Bundestag hat die Ohrfeigen bekommen, ohne es gemerkt zu haben.

*Es wurde auch interpretiert, dass das Urteil Karlsruhes zum Vertrag von Lissabon im Vergleich zu jenem zum Maastrichter Vertrag der Bundesrepublik als Integrationsakteur verstärkt und offener Fesseln anlegt habe. Würden Sie das auch so sehen?*

Ja, im Lissabon-Urteil wird das konkreter formuliert, während es im Maastrichter Urteil mehr zwischen den Zeilen angedeutet würde.

*Wie sehen Sie grundsätzlich die Vereinbarkeit zwischen Grundgesetz und Unionsverträgen? Ist das juristisch und politisch gesehen ein Problem?*

Wir haben einen Grundgesetzartikel, der besagt, dass Deutschland berechtigt ist, Kompetenzen auf internationale Organisationen zu übertragen. Das BverfG steht selbstverständlich dazu, aber seiner Meinung nach darf der Bundestag keine Kompetenzen übertragen, die zu einer Entleerung der Kompetenzen des Bundestages oder der Bundesrepublik führen. Es ist aber ein Grenzfall, ab wann das der Fall ist. Ich persönlich meine, dass sich ein Land auch selber auflösen kann. Warum nicht? Auf dieses eisglatte Feld wollen wir uns aber nicht begeben. Wo die Grenzen zu ziehen sind, ist sowohl ein politisches als auch ein juristisches Problem. Ich meine, dass ein Parlament als gewählte Volksvertretung zu weit mehr berechtigt ist, als was das BverfG ihm zubilligt.

Deswegen wiederhole ich mich: Die Ohrfeige hat der Bundestag bekommen, nicht das EP. Aus europäischer Sicht würde ich sagen: Das BverfG räumte ein, dass es Maastricht akzeptiert und toleriert, Gleiches gilt gerade noch für Lissabon. Damit sind wir Europäer eigentlich zufrieden.

*Wissen Sie, wie man in Luxemburg am EuGH auf das Urteil von Karlsruhe reagiert hat? Hat man sich überlegt, dazu Stellung zu nehmen?*

Der EuGH oder auch andere Gerichte bewerten nie die Rechtsprechung eines anderen Gerichts. Da ist man viel zu höflich. Es gab im vergangenen Jahr eine Sitzung im Europäischen Gericht, an der ich als Referent zusammen mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts teilgenommen habe. Darin ging es um die angesprochene Problematik. Ich habe damals gesagt: Das Verhältnis zwischen EuGH und BverfG ist normal, aber nicht erotisch. Insofern finden auf persönlicher Ebene schon Begegnungen statt. Institutionalisiert haben sich diese nicht – auch nicht mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Mit dieser Institution kamen auch nur Gespräche über interessante Fälle auf persönlicher Ebene zustande. Es gibt kein ehrgeiziges Unterordnungs- oder Überordnungsverhältnis zwischen EuGH und BverfG. Jedes hat seine eigene Kompetenz und mischt sich nicht in die Rechtsprechung des anderen ein, auch wenn es klarerweise Überschneidungen gibt. Es ist bedauerlich, dass der Deutsche Bundestag selbst oft das Verfassungsgericht einschalten muss, weil er intern gar nicht fähig ist, eine Mehrheit oder einen Konsens zu finden. Deshalb brauchen sich die Parlamentarier auch nicht darüber zu wundern, dass sie an Macht verlieren. Ich persönlich wäre auf europäischer Ebene ein großer Befürworter, wenn man, wie beispielsweise in den Niederlanden, bevor ein Gesetz verabschiedet wird, es tatsächlich verfassungsrechtlich prüfen lässt, damit man es nicht erst dann, wenn es in Kraft ist, möglicherweise wieder korrigieren muss. Es wäre sinnvoller, es gleich vorher zu prüfen. Das Land Luxemburg wollte ein solches Verfahren auch einmal einführen, was letztlich aber an einer zu geringen Zahl von Richtern scheiterte. In den Niederlanden gibt es verschiedene Senate, die ein solches Verfahren durchführen können, so dass es keine personelle Doppelfunktion gibt, die zu einer späteren Befangenheit führen könnte. Ein solches Vorprüfverfahren wäre aber sinnvoll, auch in Deutschland. Vielleicht könnte man ehemalige Richter des Verfassungsgerichts zusammen mit ehemaligen Abgeordneten zusammenarbeiten lassen, um dadurch viele Probleme im Voraus zu entschärfen.

*Von 1997 bis 2003 waren Sie Generalanwalt am EuGH. Welche Vorkenntnisse hatten Sie von diesem Organ der EG und wie sind Sie dorthin gelangt?*

Ich hatte bereits erwähnt, dass ich schon in den 1950er Jahren ein europäisches Rechtszertifikat in Italien erworben hatte, als Europa und Europarecht bei uns noch unter ferner liefen. Sowohl im Bundestag als auch im EP war ich überwiegend Mitglied der Rechtsausschüsse. In Bonn war ich Berichterstatter für europarechtliche Fragen, so dass ich aufgrund meiner bisherigen über 20-jährigen Parlamentszeit mit den Rechtsproblemen auf europäischer Ebene im Grunde bestens vertraut war. Als eine Stelle im EuGH frei wurde, hat Deutschland mich vorgeschlagen. Für die Stelle eines Generalanwalts gibt es in Deutschland keine vergleichbare Position. Diese entstammt dem französischen Recht. Die französischen Generalanwälte sind inzwischen beim *Conseil d'État*, also beim obersten französischen Verwaltungsgericht angesiedelt. Ursprünglich wurden sie in Frankreich als *Commissaire du Roi* bzw. später als *Commissaire du Gouvernement* bezeichnet. Das waren mehr oder weniger die Kontrolleure der Gerichtsbarkeit. Nachdem die Gerichtsbarkeit in Frankreich unabhängig wurde, blieb die Stelle erhalten, allerdings nicht mehr als Kontrolleur. Die Generalanwälte sind auf der gleichen Ebene wie die Richter angesiedelt und bereiten Schlussanträge zu den entscheidenden Rechtssachen vor. Das sind Rechtsgutachten mit einem Urteilsvorschlag, an die der EuGH aber nicht gebunden ist. In den meisten Fällen folgt der EuGH aber den Vorschlägen der Generalanwälte. Diese sind also trotz der Bezeichnung keine Anwälte. Sie sitzen auch hinter dem Richtertisch und nicht wie ein Anwalt davor. Man hat keine andere Bezeichnung gefunden. In Frankreich werden sie seit eineinhalb Jahren auch nicht mehr *Commissaire du Gouvernement* genannt, sondern *Rapporteur public*. Sie vertreten im Grunde das europäische Recht. Das ist natürlich eine sehr interessante Funktion. Braucht man sie? Ich würde sagen, ja. Vor allen Dingen jetzt noch, denn man muss bedenken, dass der EuGH nach wie vor in 85 Prozent der Fälle erste und letzte Instanz ist. Die Berufung, also die zweite Instanz-Tätigkeit, beschränkt sich auf etwa 15 Prozent der Fälle. Deshalb ist es sicher sinnvoll, wenn jeder Fall doppelt geprüft wird, und zwar auch strukturell verschieden: Auf der einen Seite vom Generalanwalt, der alleine arbeitet, auf der anderen Seite von einem Spruchkörper, eine Dreierkammer bis hin zur Großen Kammer mit 13 Richtern. Diese strukturelle Unterscheidung halte ich für sehr wichtig.

*Der EuGH ist eine supranationale Einrichtung. Wie gestaltete sich Ihrer Erinnerung und Erfahrung nach das Verhältnis zwischen ihm, dem Ministerrat, dem Rat, der Kommission und dem Parlament?*

Der EuGH ist in der Tat ein supranationales Organ. Jedes Land hat zwar einen Richter, aber die Zahl der Generalanwälte liegt noch bei acht. Sie soll aber einmal erhöht werden, weil Polen einen ständigen Platz fordert. Die Zahl wird wohl auf elf erhöht. Mitunter wurde beklagt, dass die Rückflüsse bzw. Rückläufe in die Mitgliedsstaaten zu schwach sind. Der Gerichtshof hat sich aber immer als unabhängig gesehen. Auch die Kollegen der anderen Länder haben niemals Kontakt zu den eigenen nationalen Regierungen gepflegt. Natürlich war man zuweilen bei Empfängen oder hat ein Fachgespräch geführt, aber niemals im Sinne eines Befehlsempfängers. Das wurde uns natürlich manchmal verübelt und man hat uns auch deswegen zuweilen kritisiert. Beim Generalanwalt wird diese Unabhängigkeit und Supranationalität auch dadurch gewährleistet, dass wir niemals Fälle aus den eigenen Ländern zugewiesen bekommen haben. Deswegen war man natürlich auch in der nationalen Presse unbekannt. Meine Person wurde mehr in französischen und spanischen Zeitungen erwähnt als in deutschen. Das ist richtig und gut so. Die Unabhängigkeit dieses Gerichts wird strikt und von allen gewahrt. Ich habe niemals erlebt, dass ein Richter Weisungen aus seinem Land erhielt. Das wäre auch kontraproduktiv gewesen. So war das auch mit dem Rat. Mit der Kommission ist das anders, weil sie sich praktisch an jedem Prozess beteiligt. Die Kommission kann in allen Prozessen auftreten und tut das in der Regel auch. Trotzdem gibt es keine Beeinflussung. Die Kommission bringt ihre Argumente vor und das Gericht stimmt zu oder nicht. Es besteht Anwaltszwang beim EuGH mit Ausnahme in Vorabentscheidungsersuchen, wo das nationale Recht gilt. Die Mitgliedsstaaten und Organe sind durch ihren eigenen Rechtsdienst vertreten. Das sind natürlich qualifizierte Experten im Europarecht.

*Die historische Forschung hat der Rolle des EuGH, der seit der Montanunion besteht, bisher nur wenig Beachtung geschenkt. Welchen Stellenwert würden Sie ihm grundsätzlich im Verlauf der europäischen Integration und im institutionellen Geflecht der EU beimessen?*

Man muss sicher zwei Phasen unterscheiden: Die erste Phase umfasst die Anfangszeit, als das Europarecht nur in Ansätzen bestand und es viele Lücken gab. Diese musste der Gerichtshof dann durch Analogieschlüsse schließen, was er eigentlich nicht gerne tat, weil es in die Nähe

der Gesetzgebung kommt bzw. manchmal sogar Gesetzgebung war. Das ist nicht Aufgabe eines Gerichts. Inzwischen – so hat ja unser früherer Präsident gesagt – ist das Europarecht so dicht geregelt, dass dann wenn etwas nicht geregelt ist, es politisch auch nicht geregelt werden sollte. Deshalb seien wir nicht befugt, über Analogieschlüsse Regelungen vorzunehmen. Ich will Ihnen ein konkretes Beispiel nennen: Wir haben fallbezogen über die Richtlinie der Rechte der Arbeitnehmer beim Betriebsübergang diskutiert. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden viele Gemeinden in der DDR zusammengelegt, wobei eine Mitarbeiterin ihre Stelle verlor. Sie konnte sich nicht auf diese Richtlinie berufen, weil sie im klassischen Sinne des Arbeitsrechts keine Arbeitnehmerin war, sondern Bedienstete im öffentlichen Dienst. Ich hatte vorgeschlagen, die Richtlinie analog anzuwenden, wurde aber überstimmt. Die Kollegen meinten, dass eine solche Verfahrensweise nicht zulässig sei, weil diese Beschäftigten nicht von der Richtlinie umfasst würden. Nun konnte ich mich aber noch an meine Parlamentszeit erinnern, als diese Richtlinie beschlossen wurde. Damals wollte man den öffentlichen Dienst einbeziehen. Weil er aber auf mitgliedstaatlicher Ebene so unterschiedlich geregelt war, entschied man sich dagegen und einigte sich auf eine eigene Richtlinie, die aber nie verabschiedet wurde. Diese Frau fiel also durch den Rost. Ich war aufgrund meiner parlamentarischen Kenntnisse eher bereit, einen Analogieschluss zu ziehen. Die Richter hingegen orientierten sich streng am Wortlaut der Richtlinie, wobei man natürlich fragen kann, ob das eine gerechte Entscheidung war. Die Antwort lassen wir einmal dahingestellt. Der EuGH wird inzwischen nicht mehr dafür kritisiert, dass er Lücken analog schließe, sondern dass er sich an seinen Grundsätzen orientiere, die nirgends normiert seien und die er selbst entwickelt habe. Dies gilt z. B. für die Vorrangswirkung des europäischen Rechts. Der EuGH hat eine Entscheidung gefällt, dass der Vorrang des europäischen Rechts sogar gegenüber dem nationalen Verfassungsrecht gelte. Das führte zu einem Aufschrei sondergleichen. Es gab allerdings eine Zeit, in der z. B. in Österreich praktisch jedes Gesetz mit Verfassungsrang versehen wurde, damit man es nachher nicht mehr so leicht ändern konnte. Würde man den Vorrang des europäischen Rechtes nicht akzeptieren, könnte man so leicht Europarecht unterlaufen. Der EuGH hat weitere einige Grundsätze entwickelt, die manchen im nationalen Bereich ein Dorn im Auge sind. Nehmen Sie das Urteil der Geschlechtergleichstellung auch im Privat- und Vertragsrecht bei Versicherungen. Es wurde argumentiert, dass man Frauen und Männer versicherungsrechtlich nicht vergleichen könne. Frauen würden älter, also müssten sie länger Beiträge zahlen, sodass niedrigere Summen gerechtfertigt



wären. Der EuGH entschied aber, dass man die Geschlechter gleichstellen müsse. Diese Regel hat aber nicht der Gerichtshof erfunden. Sie ist europarechtlich in 16 Antidiskriminierungsbestimmungen fixiert, die die Mitgliedsstaaten durchgesetzt haben und die stolz darauf waren. Daheim konnte man argumentieren, dass man Gleichstellungen nach Alter, Geschlecht, Rasse usw. durchgesetzt hat. Wenn es aber konkret wird, schimpfen die Mitgliedsstaaten über den, der die Bestimmungen anwendet, die sie im Rat beschlossen haben. Man muss hier schon differenzieren, wenn man den EuGH angreift. Der EuGH überschreitet seine Kompetenzen nicht. Dass er natürlich in den Bereichen, in denen er kompetent ist, diese Kompetenzen sehr europafreundlich interpretiert, kann man ihm nicht vorwerfen.

*Es ist ja seine Aufgabe.*

Genau. Insofern ist der EuGH natürlich positiv gegenüber Europa eingestellt.

*Sie sagen, dass es ein sehr undifferenziertes Bild vom EuGH gibt. Das ist auch mein Eindruck. Worin würden Sie vordringliche Aufgaben der zeitgeschichtlichen Integrationsforschung mit Blick auf den EuGH sehen?*

Man wird sicher eine ganze Reihe von Urteilen auswerten müssen. Man kann wegen der Masse aber niemals alle heranziehen. Wir müssen unterscheiden zwischen Vorabentscheidungsersuchen und Vertragsverletzungsverfahren. Erstere werden von nationalen Gerichten vorgelegt, wenn sie nicht wissen, wie eine Europarechtsbestimmung auszulegen ist. Sie dürfen auch nicht über die Gültigkeit des Europarechts befinden, das kann allein der EuGH. In Vertragsveretzungsverfahren wird gegebenenfalls festgestellt, dass Mitgliedstaaten den sich aus dem Europarecht ergebenden Vertragsverpflichtungen nicht nachgekommen sind, wobei sie im Wiederholungsfall sogar zu Sanktionen verurteilt werden können. Dieser Aspekt wird für die historische Forschung interessanter sein, als die Analyse von Vorabentscheidungsersuchen, wobei es auch dort interessante Fälle gibt, wie auch bei Nichtigkeits- oder Untätigkeitsklagen. Sie müssten die Urteile im Hinblick auf ihre politische Relevanz klassifizieren.

*Sie haben zuvor darauf hingewiesen, wie sehr man darauf Wert legt, Distanz und Abstand zu wahren. Welchen Einfluss nahmen Ihres Wis-*

*sens nach Staaten auf die Bestellung von Personal im EuGH bzw. mit Blick auf die Ernennung von Richtern?*

Im Gegensatz zu Deutschland, wo es Gremien bzw. Richterwahlausschüsse für die Besetzung der Positionen beim BVerfG und den Bundesgerichten gibt, ist eine Beteiligung eines parlamentarischen Gremiums bei der Richter- oder Generalanwaltsernennung noch nicht vorgesehen. Bislang sind die Mitgliedsstaaten in ihren Personalvorschlägen frei. Ernannt wird man zwar vom Ministerrat, aber auf Vorschlag des Landes, dem die Stelle zusteht. Neuerdings gibt es aber ein gemischtes Gremium mit Vertretern aus Parlamentariern und ehemaligen Richtern bzw. anerkannten Persönlichkeiten des europäischen Rechts, das aber nur darüber befindet, ob die vorgeschlagene Person für das Amt qualifiziert ist. Das Gremium hat nicht die Befugnis, die Ernennung zu empfehlen oder zu torpedieren. Es erfolgt lediglich eine Stellungnahme. Natürlich wird das Parlament langfristig auch ein volles Mitspracherecht fordern. Bislang kann man nicht sagen, dass das Vorschlagsrecht von den Staaten missbraucht wurde bzw. irgendeine Fehlbesetzung erfolgt ist. Es ist doch logisch: Wenn ich ein Gericht der europäischen Gerichtsbarkeit habe, muss ich erwarten, dass der Richter oder Generalanwalt entsprechende Kenntnisse hat. Da die Arbeitssprache des Gerichtshofs Französisch ist, muss derjenige auch Französischkenntnisse haben oder sie so schnell wie möglich in Intensivkursen erwerben. Das hat bisher immer geklappt. Ich kenne aus früheren Zeiten niemanden, von dem ich sagen würde, dass er eine Fehlbesetzung war. Die meisten haben einen politischen Hintergrund. Man weiß, in welche politische Richtung sie tendieren, was ich auch nicht für schlecht halte. Wenn ich höre, dass man von jemandem sagt, er stehe über allen Parteien, so heißt das für mich, dass er bei allen Parteien steht – je nachdem, wer gerade die Regierung stellt. Auch wenn jemand sagt, dass ihn Politik überhaupt nicht interessiert, wage ich zu bezweifeln, ob derjenige für eine Richter- oder Generalanwaltsposition geeignet ist. Das ist ja nicht nur *l'art pour l'art*. Mir ist lieber, wenn ich die politischen Präferenzen kenne. Auch in diesem Fall habe ich nie erlebt, dass irgendjemand parteipolitische Überlegungen in die gerichtliche Entscheidung einbezogen hätte. Ohne Zweifel hatte ich hervorragende und unabhängige Kollegen.

*Kann man den EuGH als Mittler zwischen Kommission und Rat verstehen?*

Im Hinblick darauf sind die Generalanwälte sicher freier. Der Gerichtshof selbst hält sich zurück. Er will keine Initiativen oder gar Anweisungen geben. Er hat zwar in Urteilen, die mehr oder weniger juristisch begründet waren, gesagt, dass auch andere Regelungen denkbar seien, aber nur dann, wenn es wirklich eine bessere Regelung geben würde. Niemals wurde aber vorgegeben, etwas konkret zu ändern, obwohl im Lissabon-Vertrag tatsächlich einmal eine entsprechende Änderung vorgenommen wurde. Ich will ein konkretes Beispiel nennen: Es gab eine Verordnung, die einem Gesetz entspricht, die die Maschengröße bei Fischernetzen festschrieb, damit die kleinen Fische noch durch die Maschen schwimmen können. Diese Verordnung entsprach natürlich nicht den Vorstellungen einiger Fischereiorganisationen, weshalb sie klagen wollten. Sie waren aber nicht individuell betroffen, weil alle betroffen waren. Nun hatte diese Verordnung aber alles so klar geregelt, dass keine weiteren Durchführungsmaßnahmen mehr nötig waren, gegen die man hätte klagen können, wie es auf nationaler Ebene möglich ist. Den Fischereiorganisationen blieb nur die Möglichkeit, gegen die Verordnung zu verstoßen, damit ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet wird und in diesem den Versuch zu unternehmen, dass das nationale Gericht den Fall dem EuGH vorlegt. Wir Generalanwälte hatten ein solches Vorgehen als unzumutbar eingestuft, was der Gerichtshof zwar auch so sah, in Anbetracht der Rechtslage aber nicht verhindern konnte. Tatsächlich hat der Gesetzgeber diesen Aspekt aufgegriffen und in einer entsprechenden Bestimmung ändernd normiert. Generell hält sich der Gerichtshof aber vornehm zurück. Generalanwälte können noch eher vermitteln. Bei privaten Begegnungen kann man mitunter seine Kritik äußern.

*Welchen Einfluss würden Sie dem EuGH mit Blick auf die zunehmende Konvergenz von Gemeinschaftsrecht – d. h. auf die Verdichtung des Acquis communautaire – zumessen?*

Der EuGH hat sicher einen großen Einfluss darauf, aber eigentlich primär die Gesetzgebung. Heute wird zuweilen kritisiert, dass der Gerichtshof bzw. „Europa“ schon so sehr ins Zivilrecht eingreife. Natürlich, vor 50 Jahren gab es noch nicht so viele und starke grenzüberschreitenden Vertragsbeziehungen. Heute kauft jeder im Ausland ein oder lässt sich etwas schicken. Denken Sie auch an Verkehrsunfälle im Ausland, Eheschließungen über Grenzen hinweg, wobei ich letztere nicht einem Unfall gleichstellen will. Solche Entwicklungen machen entsprechende Angleichungen des Zivilrechts zwingend notwendig. Das Straf-

recht wird nach wie vor als nationale Kompetenz betrachtet. Sie können aber international agierende Kriminelle nicht einmal nach spanischem, einmal nach bulgarischem Recht mit unterschiedlich ausfallenden Strafen verurteilen. Das würde auch als ungerecht empfunden. Wenn sich die Lebensverhältnisse angleichen, muss man auch die Rechtsbestimmungen angleichen.

*Haben Sie im Laufe Ihrer langjährigen Tätigkeit in der Europapolitik eigentlich eine ansatzweise bzw. allmählich in Entwicklung befindliche „europäische Kultur“ der Mitgliedsparteien erkennen können?*

Man müsste natürlich zunächst einmal eine Gegenfrage nach dem Verständnis von Kultur stellen. Ich glaube aber trotzdem, dass man die Frage bejahen kann. Aufgrund der Parteiprogramme liegt man meistens schon auf einer Linie. Insofern ist das sicher leichter, als wenn man nur reine Zweckverbände zusammenschließen oder kooperieren lassen würde. Die internationale Zusammenarbeit, personell von Leuten geführt, die sich als Europäer fühlen, kann auch als Triebfeder für eine europäische politische Kultur fungieren.

*Wie beurteilen Sie die EU-Osterweiterung von 2004/07, die in der Geschichte der europäischen Integration die größte Erweiterungsrunde darstellte und eine EU der 27 Mitglieder zur Folge hatte?*

Das war eine Revolution. Die Osterweiterungen waren gewünscht. Solange der Ostblock bestand und das Thema nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stand, konnte man die Forderung danach leicht stellen. Dass diese Erweiterung die Probleme verstärkt und die 33 Kopenhagener Kriterien nicht immer von allen gleich weit erfüllt worden sind, ist unbestritten. Man hat vielleicht manche etwas zu schnell aufgenommen, wieder andere fehlen noch, aber die Erweiterung war nötig, weil kein Land der neuen Staaten des Ostens allein überlebensfähig wäre. Die Globalisierung hat so zugenommen, dass eigentlich Länder ab einer gewissen Größe – wenn sie nicht wie Norwegen über Öl oder Gas verfügen – gut daran tun, sich zusammenzuschließen. Weil das jedes Land aus MOE weiß, ist es um ein vielfaches besser, sich mit Westeuropa zusammenzuschließen als einen neuen Block, nicht unbedingt kommunistisch orientiert, zu bilden. Trotz aller Lasten, die wir uns mit der Erweiterung „aufgehast“ haben, war die Osterweiterung nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Jetzt kommt es darauf an, wie man die neue Situation ausgestaltet, damit alle Mitglieder einen Vorteil daraus

ziehen können. Ich möchte aber niemals einen Block neu entstehen sehen, der möglicherweise gegen Europa gerichtet wäre.

*Warum hat eigentlich in diesem Kontext der EWR als Übergangslösung keine Rolle gespielt? Für Norwegen spielt er immer noch eine Rolle.*

Der betrifft nur noch Norwegen, Island und Liechtenstein.

*Im EWR sind quasi auch die anderen EU-Mitglieder.*

Faktisch betrifft der EWR nur die drei genannten Länder.

*Es hätten 13 Länder im EWR sein können und 10 in der EU.*

Ja, ursprünglich war die EFTA auch größer als die EWG. Nicht ohne Grund haben die meisten Länder die EFTA aber schließlich verlassen und wechselten in die damalige EWG, weil sie erkannten, welches Projekt konkreter war. Die Schweiz wäre auch gekommen, aber die Schweizer haben selbst den Verbleib im EWR abgelehnt. Sie sind nur Mitglied der EFTA.

*Wie wichtig war eigentlich die NATO-Osterweiterung mit Blick auf die der EU? Sie ging ja zeitlich voraus. Welcher Zusammenhang ist aus Ihrer Sicht gegeben?*

Die NATO-Erweiterung war von den Ostländern vielleicht noch mehr gewünscht als von uns, weil sie die Sowjetunion bzw. Russland kannten. Der Sicherheitsgedanke war für sie wichtiger. Die NATO ist aber auch eine Friedensgemeinschaft, die nicht gegen Russland gerichtet ist, auch wenn die Russen das zum Teil noch befürchteten.

*Welchen Standpunkt vertreten Sie in Bezug auf Vertiefung vs. Erweiterung der EU? Welche Chancen sehen Sie auch im Hinblick auf eine zukünftige Vertiefung?*

Die Vertiefung ist dringendst nötig. Sie hätte eigentlich vor den Beitritten der Ostländer abgeschlossen sein müssen. Man hätte die Vertiefung als Acquis communautaire anführen können und den Beitritt davon abhängig machen können. Die Vertiefung als gemeinsamen Rechtsbestand hinterher durchzuführen, ist verdammt schwierig, weil es mitun-

ter doch an der Akzeptanz scheitert. Die Vertiefung ist in meinen Augen leider vernachlässigt worden, weil man in der Euphorie des Mauerfalles und des Zusammenbruchs des Kommunismus natürlich voll auf die Erweiterung gesetzt hat. Man muss sowohl vertiefen als auch erweitern, aber es wäre besser gewesen, wenn man die Vertiefung vorher abgeschlossen hätte.

*Wohin entwickelt sich die EU? Wie und wo sehen Sie die Grenzen (Finalität) der EU?*

Es gibt natürlich Länder wie Großbritannien oder auch gewisse Parteien, denen die EU als ein Zweckverband zur Lösung gemeinsamer Probleme genügt. Sie interpretieren die EU als eine Art Freihandelszone plus X. Das wäre in meinen Augen aber ein Schönwettereuropa, das bei der ersten Krise auseinanderfällt. Ich kann nicht nur kooperieren. Es muss ein Haus werden, wo die Wände zusammenhalten. Es sollte keine Bretterbude sein, die beim ersten Wind auseinanderbricht. Ich persönlich plädiere natürlich als überzeugter Europäer für die höchstmögliche Form in Form eines Bundesstaats Europa. Das ist das Mindeste, was wir brauchen. Wir könnten die föderalen Strukturen aufrechterhalten. Das Subsidiaritätsprinzip wird betont, die Länder müssen eigenständig entscheiden können. Es gibt aber auch die andere Seite der Medaille: die Europatreue der Mitgliedsstaaten. Sie müssen Europa treu sein und Europa die Aufgaben erleichtern. Das wird nie gesehen. Ich bin für eine föderative Struktur, wenn die nicht so aussieht, dass jedes Land, meint, es müsse sich vom anderen abgrenzen und eigene und abweichende Regelungen treffen. Dann wäre man wieder im Jahre 1945 angekommen, als man angefangen hat. Föderative Momente müssen sicher erhalten bleiben, aber nicht solche, die eigentlich notwendige Harmonisierungen blockieren.

*Jean Monnet wird immer im Zusammenhang mit der vermeintlich nicht-sinnvollen Finalitätsdebatte nach dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ zitiert. Müsste man nicht mit der Auffassung von Monnet brechen, um zu dieser Finalitätsdebatte zu gelangen?*

Ursprünglich würde ich Jean Monnet vollkommen Recht geben, weil die Schaffung Europas eine Revolution und Sensation war. Es war vorher undenkbar. Früher saßen sich Sieger und Besiegte am Tisch gegenüber, heute sitzen wir alle an einem runden Tisch. Die Deutschen waren bereit, Europa zu schaffen, weil wir unser Vaterland verloren haben. Für

uns war Europa Vaterlandersatz, was ein Franzose als Bürger der *Grande Nation* oder ein Engländer mit seinem Empire sicher anders sah. Insofern hatte Jean Monnet sicher Recht, dass man es schrittweise aufbauen muss. Man sprach immer vom sogenannten *spill-over*-Effekt: Wenn erst einmal die Wirtschaft vergemeinschaftet ist, wird der Funke automatisch überspringen und die Politische Union entstehen. Mittlerweile hat sich aber herausgestellt, dass dem nicht so ist. Deshalb muss man auch der Gerechtigkeit halber sagen, was man eigentlich aus Europa machen will. Der *spill-over*-Effekt kommt nicht mehr automatisch. Man muss die Methode von Jean Monnet weiterentwickeln, aber zu seiner Zeit war es die einzig richtige Methode.

*Lieber Herr Alber, haben Sie herzlichen Dank für ein über fünfstündiges hochinteressantes Gespräch mit sehr vielen Facetten.*